

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 * 30. JG * NR. 184
November/Dezember 2007 1,50 Euro
www.direkteaktion.org

Hoch zu Ross

Strike-Bike – WerksbesetzerInnen in Nordhausen führen gemeinsam mit der FAU ungewöhnliche und zugleich erfolgreiche Kampagne durch

Es war ohnehin nicht wenig Aufmerksamkeit, die die Belegschaft des Fahrradwerkes in Nordhausen durch ihre Besetzung des Werkes genoss, sind solche Kampfmaßnahmen hierzulande doch geradezu exotisch. Wirklich etwas erreicht war damit aber auch nichts. Weder ließ sich dadurch die geplante Betriebschließung rückgängig machen, noch war damit Einfluss auf das Insolvenzverfahren zu nehmen. Genauso wenig konnte durch die Öffentlichkeitswirksamkeit eine politische Lösung erzwungen werden. In einer Ausgangssituation, in der die Abwicklung des Betriebes bereits unter Dach und Fach ist, bestand die einzige Perspektive, bei der man sich nicht vom Erbarmen der Politiker und des Unternehmens oder von der Bereitwilligkeit investitionswilliger Unternehmer abhängig gemacht hätte, in einem radikalen Schritt: der Übernahme des Betriebes in Selbstverwaltung. Gerade dies war aber ein Weg, der aus verschiedenen Gründen von der Belegschaft zunächst ausgeschlossen wurde. Und so gestalteten sich die Perspektiven dementsprechend bescheiden, wie wir bereits in der letzten DA berichteten.

Dann Ende September kam der Paukenschlag: Was viele nicht erwartet hatten, sollte nun doch – zumindest teilweise – angegangen werden. Die Belegschaft trat an die Öffentlichkeit mit der Nachricht, dass sie für kurze Zeit die Produktion in Selbstverwaltung aufnehmen werde. In einer Kampagne, die sie u.a. in Kooperation mit der FAU durchführen werde, sollten 1.800 Exemplare eines eigens entworfenen Fahrrads an die entsprechende Anzahl von KäuferInnen vorverkauft werden. Anschließend sollten sie im besetzten Betrieb produziert und schließlich ausgeliefert werden. Mit der Kampagne «Strike-Bike» begann nun eine nahezu einmalige Aktion in der bundesdeutschen Geschichte – und mittendrin die FAU.

Fortsetzung auf Seite 7

Vielen Dank, auf Wiedersehen!

Arbeit für einen feuchten Händedruck hat Konjunktur. Kampagne gegen unbezahlte Probearbeit geplant

In Zeiten von Hartz IV, wachsender Flexibilisierung und Kosteneinsparung werden hart erkämpfte ArbeitnehmerInnenrechte nur noch als Wachstumshemmnisse und unnötiger Ballast, von dem sich Unternehmen befreien müssen, angesehen. Die Folgen sind uns allen bekannt: Abbau regulärer Beschäftigung, Lohnverfall, Aufweichung des Arbeitsrechts usw. Sie zeigen sich uns in Gestalt der Niedriglohnarbeit, prekärer Zeitarbeit oder auch des Ein-Euro-Arbeitszwanges. Das Ende der Fahnenstange ist damit aber immer noch nicht erreicht. Denn neuerdings hat sich unter dem Deckmantel von Probearbeit oder Praktika auch die völlig unbezahlte Arbeit durchgesetzt.

Zwei Geschwister: Praktika und Probearbeit



Eine inzwischen relativ große Beachtung finden die Praktika. Sie dienen schon längst nicht mehr dazu, Erfahrungen in einem Beruf zu sammeln, sondern entsprechen oftmals regulären Tätigkeiten – nur eben ohne die gebührende Entlohnung. Bei einem Praktikum bleibt es im seltensten Fall, die meisten Betroffenen absolvieren mehrere Praktika, bis ihnen irgendwann eine feste Anstellung angeboten wird. Immer diese Aussicht vor Augen, nehmen viele eine extrem niedrige Bezahlung hin, die eher ein symbolisches Gehalt darstellt. Da ist es nicht weit bis dahin, dass in Praktika gar nichts bezahlt wird – ein ebenso um sich greifendes Phänomen.

Von dieser Form der (fast) unbezahlten Arbeit sind oft AkademikerInnen betroffen, die nach ihrem Studium eine Anstellung suchen. Für viele Unternehmer stellen sie gut ausgebildete, aber dennoch kostenlose oder billige Arbeitskräfte dar. Gerade weil es sich um hoch qualifizierte – und nicht »irgendwelche« – ArbeiterInnen handelt, werden unbezahlte Praktika inzwischen teilweise als Problem wahrgenommen. Zuletzt machte der Begriff »Generation Praktikum« in diesem Zusammenhang die Runde.

Kaum Beachtung findet dagegen die unbezahlte Probearbeit, sozusagen eine Boomvariante der unbezahlten Arbeit. Sie breitet sich derzeit zunehmend aus und findet sich quasi in allen Bereichen. Ob Gastronomie, Handel, Gewerbe oder Bau, gerade bei Tätigkeiten, die keine oder kaum eine Einarbeitung benötigen, ist die unbezahlte Probearbeit mittlerweile zum Standard geworden. Aber auch bei Tätigkeiten, für die spezielle Kenntnisse oder eine längere Ausbildung erforderlich sind, hat sich diese Form der Ausbeutung ausgebreitet im Zuge von Arbeitslosigkeit, Jobkonkurrenz und wirtschaftlich prekärer Lage. Angeheizt wird die Situation u.a. durch Zeitarbeitsfirmen, die auch qualifizierte Erwerbslose durch die Ausnutzung ihrer Lage in unbezahlte Probearbeit vermitteln. Teilweise werden auch Unternehmen von der Arbeitsagentur mit kostenlosen »Probe«-ArbeiterInnen versorgt, die durch den auf ihnen lastenden Druck der Agentur gefügig gemacht werden. Nicht zuletzt sollen die ja beweisen, so heißt es oft, dass sie arbeitswillig seien.

Entwürdigung statt Entlohnung

In der Mehrzahl der Fälle dauert diese »Probearbeit« nur ein paar Stunden oder wenige Tage. Allerdings kommt es auch vor, dass die Betroffenen mehrere Wochen lang arbeiten, nicht selten dabei eine volle Arbeitsleistung für die betreffende Stelle erbringend. Nach dem Ende der Probearbeit meldet sich einfach das Unternehmen oft nicht mehr bei den Probe-ArbeiterInnen. Und auch im Falle einer offiziellen Ablehnung wird häufig kein Lohn für die geleistete Arbeit gezahlt, ja selbst bei einer Anstellung kommt es vor, dass die Probearbeit nicht rückwirkend vergütet wird.

Fortsetzung auf Seite 4

Inhalt

Betrieb und Gesellschaft

Zeitlupe

Globales

Hintergrund

Kultur

Direkte Aktion * Kolonnadenstr. 19 * 04109 Leipzig
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Catwalk

Kampagne: Keine Arbeit ohne Lohn!

Die Kampagne der Lokalföderation Berlin will Standards setzen: Gegen die Überausbeutung in Probeschichten und Praktika. Auf einer Website werden in Kürze rechtliche und praktische Informationen zugänglich sein unter www.keine-arbeit-ohne-lohn.de
Einen allgemeinen Überblick gibt es bereits in dieser DA auf die Titel-Seite. Außerdem will die LF Berlin konkrete Berichte sammeln und veröffentlichen.

Hast Du schonmal ohne Lohn gearbeitet? Dann schicke eine Schilderung als Text oder in Stichpunkten an: <keine-arbeit-ohne-lohn@fau.org>

Gewerkschaftsfreiheit in Gefahr

Eigentlich ist die Gewerkschaftsfreiheit bei der französischen Post nicht nur in Gefahr: Seit Januar 2006 besteht sie nicht mehr! Nachdem Management und Zentralgewerkschaften ein Abkommen schlossen, können die Mitglieder der CNT in dem ehem. Staatsunternehmen nur noch verdeckt handeln. Allein das Verteilen von Flugblättern rechtfertigt in Augen des Unternehmens Entlassungen – späte Rache für die Anti-Privatisierungskampagne der CNT, die sich wiederum mit einer Kampagne zur Wehr setzt.

Nun ruft die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft auch zu internationaler Solidarität auf... Enttäuschen wir sie nicht!

Kauf dich glücklich!

»Die Sabottage ist die kleine Schwester des Boykotts«, schreibt Emile Pouget vor 110 Jahren. Hinzuzufügen wäre: Sie ist die heimliche Schwester des Streiks. Genaueres legt M. Halfbrodt in einer historisch interessierten Einleitung dar. Wirklich spaßig wird es in den exzellent übersetzten Texten Emile Pougets, einer Ikone des revolutionären Syndikalismus.

Die Textsammlung »Die Geburt der Sabotage« gibt es für EUR 3,00 zzgl. Porto u.a. bei www.syndikat-a.de (für WiederverkäuferInnen gibt es Sonderkonditionen)



FAU-Ticker

+++ Im Oktober wurde die Ortsgruppe Aachen neu in die FAU aufgenommen +++ die Föderation der IT-Syndikate beteiligte sich an der Mobilisierung für die Demonstration »Freiheit statt Angst«, die am 22. September in Berlin stattfand +++ die FAU Hannover organisierte zum 15. September Aktivitäten gegen eine Wahlkampfveranstaltung der NPD. In einem Flugblatt kritisierte sie Anknüpfungspunkte zwischen der nationalistischen Standortlogik der DGB-Gewerkschaften und dem Nationalismus rechter Gruppierungen +++ bundesweit unterstützen Mitglieder der FAU-Gewerkschaften und von Café Libertad den Arbeitskampf der KollegInnen des Fahrradwerks Bike Systems in Nordhausen +++ die FAU Potsdam eröffnete am 4.Oktober ihr neues Café im KUZE. Neben Café und Tee gibt es dort jeden Donnerstag zwischen 15 und 20 Uhr Informationen und Lösungsansätze bei Stress auf der Arbeit, in der Uni oder der Schule +++ die FAU Duisburg stellte sich im September im Rahmen der Kampagne »Bundeswehr wegtreten« mehreren »Bundeswehr-Werbeshows« entgegen +++ in einem Referendum hat sich die FAU-IAA im September dafür entschieden, das Projekt Flores-Magon unserer Schwesterorganisation USI-IAA in Chiapas (Mexiko) finanziell zu unterstützen +++ in Krefeld gibt es eine Initiative zur Gründung eines Allgemeinen Syndikates der FAU +++ am 29. August berichtete Stern.de über die Kooperation eines zivilen Krankenhauses mit der Bundeswehr während des G8-Gipfels, nachdem die Angelegenheit zuvor von der Gewerkschaft Gesundheitsberufe Hannover (GGB) öffentlich gemacht wurde (siehe DA#183) +++ ein neuer FAU-Kontakt in Zwickau ist über die FAU-VAB Leipzig erreichbar

Wer hätte das gedacht! Die AnarchosyndikalistInnen, das Gräuel eines jeden Logopäden, sind auf einmal in vieler Leute Munde. Seit der »Strike-Bike«-Kampagne versuchen sich Medienangehörige und einfache Leute in der Aussprache dieser Vokabel, oder in ihrer Niederschrift. Weniger überraschend dagegen ist das, was sich an Kenntnissen über die FAU offenbart: Und das grenzt weiterhin an blanke Ahnungslosigkeit und Ignoranz. Trotz dieses Mangels an Spürsinn lassen es sich zahlreiche Kommentatoren der Ereignisse nicht nehmen, uns mit einem Gutachten über die FAU zu beglücken. Und was da alles zu Tage kommt!



Auch die FAU-Fahne weht im Nordhausener Werk

»Der knallrote Aufstand…«, titelte Welt Online in einem Artikel, der u.a. die Rolle der FAU bei dem Geschehen in Nordhausen zu beurteilen dachte. Mit Schaum vor dem Mund und Krusten vor den Augen empört sich dort der Schreiberling über die »Verfassungsfeindlichkeit« der FAU und scheut sich auch nicht, diese quasi in einen Topf mit der NPD zu werfen. Mögen ihm im Jenseits die gefallenen GenossInnen aus dem antifaschistischen Widerstand die Augen aufkratzen. Andere wiederum sehen DDR-NostalgikerInnen am Werke und verkünden Weisheiten, wie, dass das, was wir anstreben – zumindest das, was sie vermuten –, schon damals nicht funktioniert habe. Wow! Wie Syndikalismus und DDR auf eine Kuhhaut passen sollen – keine Ahnung?

Am meisten angetan aber hat es mir ein Kommentar des WDR. Was die FAU nicht alles den Nordhausenern verschweigen würde!? Z.B., dass durch ein »Strike Bike« nicht der Kapitalismus beseitigt werden könne. Ach Gott, was haben sich die Nordhausener von uns blenden lassen! Als ob die »Schwächsten in der wirtschaftlichen Nahrungskette« etwas verändern könnten. Wie?, frage ich mich, besorgen das etwa die Stärksten? Na dann, zurückgelehnt und herrlichen Zeiten entgegen!

Den werten WDR-Redakteuren und sonstigen Wasserträgern der Herrschenden sei deshalb bei dieser Gelegenheit – wohl aber vergeblich – empfohlen, gründlichst die Positionen der FAU zu studieren. Und das können sie u.a. mit dieser neuen Ausgabe der DA. Oder: »Schauen Sie doch mal selbst auf die Webseite dieser Union«, um mit den Worten eines empörten Thüringer Landtagsabgeordneten zu sprechen.

Selbstverständlich sind diesmal ein Hauptthema die Ereignisse bei Bike Systems. Und auch sonst ist die aktuelle Ausgabe wieder mal reichhaltig bestückt mit allerlei Themen rund um den Klassenkampf. Und das Beste daran: mit praktischer, gewerkschaftlicher Orientierung – denn dafür steht die FAU.

Holger Marcks (Redaktion »Betrieb und Gesellschaft«)

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bad Segeberg . Libertäres Cafe im AJZ (Hotel am Kalkberg), -> jeden Montag 15–21 Uhr, Kontakt: <fause@fau.org>
Bielefeld . . . . c/o »Umweltzentrum« – August-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld -> jeden 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, 1. Do. im Monat, libertäre Filme in der AJZ-Kneipe, <faubi@fau.org>, www.fau-bielefeld.de.vu
Bremen . . . . . FAU-IAA – Lokalföderation Bremen, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, <fauhb@fau.org>, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk, 01 62 3 82 94 67
Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>, c/o FAU – Bremen
Bremerhaven . Kontakt über Bremen.
Flensburg . . . . c/o Infocafé – Hafermarkt 6, 24943 Flensburg.
Hamburg . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr. 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, 0 40 4 32 21 24
Hannover . . . . UJZ Korn, Kornstraße 28–30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel . . . . FAU-Kiel, c/o Infoladen «Beau Rivage» Hansastraße 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck . . . . . . Kontakt über OG – Hamburg.

Region Ost

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig.
Berlin . . . . Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, <faub@fau.org>, 0 30 28 70 08 04, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr
Allgemeines Syndikat, 2. und 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, <asy-b@fau.org>, 0 30 28 70 08 04
Bildungssyndikat, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, <bsy-b@fau.org>, 0 30 28 70 08 05
Kultursyndikat, 1. Do. im Monat 20.00 Uhr <ksy-b@fau.org>, 0 30 28 70 08 06
GNLL Berlin-Brandenburg, Treffen jeden letzten Do. im Monat 20.00 Uhr, <faugrs@fau.org>
Stammtisch Pflege und Gesundheitswesen: 2. Donnerstag im Monat 19.00 Uhr im «Cafè Walden», Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>
FAU-Tresen in der Lunte jeden 2. und 3. Mo. ab 20.00 Uhr, Weisestr. 53, Neukölln, U8/Boddinstr.
Dresden . . . . . FAU-Dresden, c/o Infocafe im AZ Conni, Rudolf-Leonhardt-Straße 39, 01097 Dresden, Präsenzzeit: zweiwöchentlich (ungerade Kalenderwochen) donnerstags 16.00–20.00 Uhr, <fau-dd@gnuviech.info>
Frankfurt/O . . FAU-IAA, c/o Utopia, Berliner Straße 24, 15230 Frankfurt/Oder, <fauff@fau.org>, www.fau-ffo.de.vu
Göttingen . . . . Kontakt über Leipzig.
Gransee . . . . . FAU-IAA – Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft Berlin-Brandenburg, <faugrs@fau.org>, c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale . . . c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-KONTAKT
Leipzig . . . . . . FAU-VAB Leipzig c/o »Libelle«, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>
Magdeburg . . . FAU-Magdeburg c/o »Blaue Welt Archiv«, Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg, Offener Stammtisch -> jeden 2. Donnerstag im Monat um 19.00 Uhr im »Denker«, Goethestr. 39, <faumd@fau.org>
Potsdam . . . . FAU-Potsdam, Hermann-Elflein-Straße 32 14467 Potsdam, Tel: 01 77 6 39 50 60 <faupdm@fau.org>
FAU-Café Donnerstags von 15.00–20.00 Uhr im »KUZE« Hermann-Elflein-Straße 10
Treffen des ASy-Potsdam jeden Freitag 18 Uhr
FAU-Potsdam im Netz: www.fau-potsdam.de.vu
Zwickau . . . . . Kontakt über Leipzig.

Region Süd

Aschaffenburg Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M . . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg . . . . . c/o Infoladen Freiburg, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffpunkt -> jeden 3. Fr. im Monat um 20.00 Uhr in der KTS
Gießen . . . . . . FAU – Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o »Infoladen Gießen«, Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, <faugi@arcor.de>, <faugi@fau.org>, www.ak44de.vu, jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend «Cafè Sabotage» – offener Abend für alle Interessierten bei Musik & Bier im »Infoladen Gießen«
Lich . . . . Postfach 1215, 35420 Lich, fauli@fau.org
Mainz . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
München . . . . Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, 01 73 4 04 81 95, <faum@fau.org>, www.faum.de, -> öffentliches Treffen jeden Mi. ab 19.00 Uhr in der Schwanthaler Str. 139 (Rg); Allgemeines Münchner Syndikat Erwerbsloser und Lohnabhängiger (A.M.S.E.L.), www.fau-amsel.info.ms, 01 79 7 20 66 14
Neustadt/W. . . FAU – Ortsgruppe, Postfach 2066, 76829 Landau, <faunw@fau.org>
Nürnberg . . . . . <fnbg@gmx.de>
Tübingen . . . . c/o Infoladen »Grenzenlos«, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . GNLL-KONTAKT, über Frankfurt/Main

Region West

Aachen . . . . . FAU-Aachen, <info@fau-aachen.net> www.fau-aachen.net,
Bochum . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn . . . . FAU – OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, 02 28 9 09 31 71, <faubn@fau.org> www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr.
Dortmund . . . . c/o »Langer August«, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, 02 31 8 63 01 05 (Anrufbeantworter), Fax: 02 31 8 63 01 01, <faudo@fau.org>
Duisburg . . . . . FAU-Duisburg – Lokalföderation, Querstr.38, 47178 Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im »Bürgerhof«, Sternbuschweg 97, 47057 Duisburg, Info-Telefon und SMS: 01 79 3 25 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . FAU-Düsseldorf – Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: 0 12 12 5 11 02 91 74, Fon/SMS: 01 79 3 25 86 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld 0 21 51 39 42 70
Moers . . . . c/o »Barrikade«, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, <faumo@fau.org>
Münster . . . . . c/o »Interkulturelles Zentrum Don Quijote« – Scharnhorststr. 57, 48151 Münster -> Treffen jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr. Offene Diskussionsveranstaltung Jeder 4. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr Präsenzzeit: Jeden Mittwoch 12.00–14.00 Uhr (Tel.: 02 51/52 11 12) <faums@fau.org> www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate:
<bsy-public-info@list.fau.org>, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft:
Berlin-Brandenburg, über Gransee, <gnll@fau.org>
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen

Nord: Kiel <reko-nord@fau.org> | Ost: Potsdam <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 20 43, 30020 Hannover, Germany, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 20 43, 30020 Hannover, Germany, <is@fau.org>

Internationale Arbeiter/Innen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), z.Zt. ohne Postadresse, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

FAU-CH . . . . . . Postfach 580, CH-8037 Zürich
FAU-Bern . . . . Quartiergasse 17 CH-3013 Bern, <bern@fauch.ch>

Österreich

Syndikalistische Initiative,
. . . . Stiftgasse 8 1070 Wien, <syndinit@yahoo.de>, www.syndinit.org,
Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA),
. . . . c/o »Hängematte« Stiftgasse 8 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Bürokratisch für Anfänger

Ein kleiner Ausflug in die absurde Personalpolitik an Berliner Schulen

Ein neues Zauberwort geistert durch die Berliner Blätter, wird von einer Konferenz zur nächsten Tagung gerufen und verspricht, die Bildungs- und Personalpolitik des Landes Berlin zu retten: die Personalkostenbudgetierung. Schon der bloße Klang nötigt jeder Verwaltungsbeamtin ein seliges Lächeln ab und lässt allen anderen Menschen eben dieses im Gesicht erfrieren.

Bereits das Einstellungsverfahren unter dem alten Schulsenator Klaus Böger (SPD) mutete einigermaßen kurios an. Nach diesem meldeten die Schulen ihre Mangelfächer der Senatsschulverwaltung, und für den so kundgetanen Stellenbedarf ging die Verwaltung nun ihrerseits auf die Suche nach passenden BewerberInnen. So weit, so gut. Die verwaltungstechnische Pointe bestand nun darin, dass die Schulverwaltung schon im Vorhinein festgelegt hatte, welche Fächer denn Mangelfächer sein dürften, und sich dabei nicht an derzeitiger Ausstattung oder am Bedarf der Schulen orientierte, sondern an den Abschlussprognosen der Universitäten für zukünftige LehrerInnen.

In der Praxis

sah das folgendermaßen aus: Eine Schule benötigte beispielsweise eine Lehrkraft für Geschichte und Biologie – leider keine ausgeschriebenen Mangelfächer der Schulverwaltung. Dafür gab diese Englisch, Latein und Informatik immer wieder gern als Mangelfächer aus. Die kundige Schulleiterin beantragte also gleich eine Lehrkraft für Englisch und Biologie. Das brauchte die Schule zwar nicht wirklich, wurde aber genehmigt.

Kam die neue Kollegin dann an die Schule, so unterrichtete sie natürlich nie auch nur eine Stunde Englisch – brauchte die Schule ja gar nicht –, sondern Vollzeit Biologie. Da nun aber eine volle Stelle Biologie an der Schule gar nicht frei war, mussten alle anderen Biologie-LehrerInnen Stunden abgeben. Schulintern wurde dann so lange hin- und hergeschoben, bis auch die halbe Stelle Geschichte von jemandem übernommen werden konnte. Dieser Prozess ging bei jeder neuen Stelle von Neuem los. Weder für KollegInnen noch SchülerInnen die Voraussetzung für kontinuierliches Arbeiten. Und auch kein guter Einstieg für die neuen KollegInnen.

Versuchte eine Schule, diesen Mechanismus zu durchbrechen, und wies die Verwaltung darauf hin, dass die Mangelfachliste an den Realitäten vorbei ginge, so wurde ihr entgegnet, dass die Liste stimmen müsse, da die Schulen dauernd diese Mangelfächer beantragten. Auf die Idee, dass die Schulen diese Fächer nur beantragten, um überhaupt neues Personal zu erhalten, kam in der Verwaltung wohl niemand.

Weiterhin wurden durch dieses Einstellungsverfahren Deutsch und Geschichte in Berlin zu den heimlichen Mangelfächern. Viele erfolgreiche HochschulabsolventInnen sorgten dafür, dass diese Fächer aus Sicht der Senatsverwaltung nie Mangelfächer waren, und so wurden die ausgebildeten LehrerInnen kaum eingestellt. Kurz gefasst: Wären die Studierenden alle durch ihre Examen gefallen, gäbe es heute mehr Deutsch-LehrerInnen an Berliner Schulen. Das eben Dargestellte ist genau die Art von Kuriosität, die es so amüsant macht, über Verwaltungen zu reden – und so schwer, mit ihnen zu koexistieren.

Lehrerschlussverkauf

Immerhin wurde bei dem alten Verfahren der Personalschlüssel noch mit einer Ausstattung der Schulen von 105% berechnet.



Also alle Aufgaben waren personell gedeckt (100%) und für Ausfälle von KollegInnen gab es eine Reserve von 5%. Diese war zwar knapp und in den Jahren zuvor auch beständig gekürzt worden, doch der neue Schulsenat unter Federführung von Jürgen Zöllner (SPD) schaffte die Reserve einfach gänzlich ab. Mit viel Tamtam wurde verkündet, dass die Schulen nun über eine Ausstattung von 100% verfügten, was gut klang, doch verschwieg, dass erstens 5% Fachpersonal eingespart wurden und zweitens zukünftig keine Schule ihre Aufgaben mehr vollständig erfüllen kann, sobald auch nur ein Kollege fehlt.

Um dieses Problem kurzfristig zu beheben, wurden im Februar 2007 erst einmal 350 befristete Stellen geschaffen. Der Haken: Eingestellt wurde nur für die Schulzeit. Am Anfang der Sommerferien konnten sich alle gleich wieder auf dem Arbeitsamt melden. Den Schulen fehlte immer noch Personal, Tendenz steigend, da weitere KollegInnen in den Ruhestand gingen, dauerkrank oder zum Ärger der Personalverwaltung einfach schwanger wurden.

Glücklicherweise hatte in der Verwaltung jemand mitgerechnet und sah, dass nicht alle Schulen ihr Personal schon von 105 auf 100% reduziert hatten. Die 1.200 KollegInnen, die nach der neuen Rechnung plötzlich irgendwo zu viel waren, wurden über die Sommerferien kurzerhand zwangsversetzt. Das löste natürlich nicht den Personalmangel an allen Schulen. Über die Ferien wurde noch mal ein bisschen festeingestellt und zwar dort, wo die SchulleiterInnen am lautesten auf ihre missliche Lage aufmerksam machten. Und für die Zurückhaltenderen gab es dann im September noch ein bisschen Personal und für alle als Sahnehäubchen oben drauf: die Personalkostenbudgetierung.

Vom Regen in die Traufe

Jede Schule hat jetzt ein Budget, aus dem sie Vertretungskräfte finanzieren kann, wenn eine Lehrkraft durch Krankheit oder Schwangerschaft ausfällt. Doch nur, wenn sie mindestens drei Wochen fehlt - bis dahin müssen die anderen KollegInnen die Vertretung übernehmen –, und natürlich nur solange, wie das Budget reicht. Kein Budget, keine Vertretungskräfte! Der schwarze Peter für Unterausstattung ist damit vom Senat elegant den Schulen zugeschoben worden, und die Misere wird in Zukunft auf dem Rücken der KollegInnen ausgetragen werden.

Auch dieses Verfahren ist gekennzeichnet durch eine Reihe von Kuriositäten, immerhin etwas, wofür die Berliner Schulverwaltung ein gutes Händchen hat. Geklärt worden war zwar die Frage der Finanzierung von Vertretungsstellen, doch niemand schien sich Gedanken gemacht zu haben, wer da eigentlich finanziert werden sollte oder gar wollte.

Natürlich wurde auch diese unliebsame Aufgabe gleich den Schulen untergeschoben. Sie sollten ihre eigenen Karteien für potentielle Vertretungen aufbauen. Leider fanden sich nicht genug LehrerInnen, die gewillt waren, kurzfristig abrufbar einzuspringen, maximal drei Monate zu bleiben und jedes Mal kurzfristig mitgeteilt zu bekommen, welche Fächer sie in welchem Stundenumfang unterrichten sollen. Schließlich riefen die SchulleiterInnen sogar die SeminarleiterInnen der Referendare an und fragten, ob sie nicht jemanden wüssten, der bei ihnen, wenn es mal brenne, Unterricht vertreten könne. Denkwürdigerweise fiel niemandem auch nur ein Name ein.

Nach diesem Flop war und ist die neue Antwort der Senatsschulverwaltung eine



zentrale Kartei im Internet. Hier kann sich jede und jeder eintragen, der oder die irgendetwas kann und bereit ist, für einen Zeitraum von maximal drei Monaten an einer Schule Vertretung zu machen – Bezahlung gestaffelt je nach Abschluss. Doch auch hier versammeln sich eben nicht die Fachkräfte. Ganz im Gegenteil: Die Kartei ist so desolat bestückt, dass eine ausgebildete Lehrerin zur Zeit mehrere Anfragen pro Woche bekommt.

Der Mangel an Fachpersonal

führt schulintern wieder zu Verschiebungen, denn fachfremde Personen können zur Vertretung nicht in jeder Klasse und vor allem nicht in Abschlussklassen eingesetzt werden – jeder Schüler, jede Schülerin könnte gegen das Abschlussergebnis klagen. Diese rechtlichen Fragen scheinen vorher einfach nicht bedacht worden zu sein. Also werden Lerngruppen und LehrerInnen wieder so lange verschoben, bis für eine fachfremde Person eine leistbare Stelle geschaffen ist, die diese dann für maximal ein Vierteljahr besetzt. Und dann wird entweder wieder zurückgeschoben oder eine neue Vertretung gefunden oder neu verschoben oder … ?

Es gibt Verwaltungsreformen, die vom Regen in die Traufe führen. Gab es im Schulsenat bis vor kurzem noch so etwas wie eine bürokratische Planwirtschaft, die an Realitäten und Bedürfnissen der Betroffenen vorbeiging, so gibt es nun ein System outgesourcter Verantwortung, in dem strukturelle Mängel auf den Rücken der Betroffenen ausgetragen werden. Die Budgetierung von Personalkosten macht dies besonders deutlich. Es bleibt zu hoffen, dass sich die KollegInnen für ein neues Verfahren einsetzen, das durch verlässliche und ausreichende personelle Ausstattung den Rahmen für zufriedenstellendes Arbeiten ermöglicht.



Anna Streusand

Stellenschieberei wie beim Stuhltanz

Kolumne Durruti



Ach, was hatte ich mir nicht alles von diesem Jahr versprochen. Wilde Fernsehdebatten, wüste Auseinandersetzungen auf der Straße, durch eine Klagenflut lahmgelegte Gerichte, jammernde Unternehmer, die tausende und abertausende neue Maschinen und Werkzeuge anschaffen müssen – alles dank des neuen Antidiskriminierungsgesetzes, in Kennerkreisen auch »Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz« genannt. In schadenfroher Erwartung ob des anstehenden Chaos, in das die Gesellschaft zu stürzen droht, rieb ich mir klammheimlich die Hände, ganz besonders die eine. Endlich, endlich würde auch ich einer anerkannten und geschützten Minderheit angehören. Schon malte ich mir aus, für welche Berufe ich mich bewerben werde, nur um laut »Diskriminierung!« zu rufen, wenn man mich ablehnen sollte. Drucker, Schlosser, Maschinenbauer – im Grunde alle handwerklichen Tätigkeiten, ganz besonders jene, die mit der Bedienung umständlich konstruierter Maschinen verbunden sind und von daher mir und meinen Schicksalsbrüdern und -schwestern bisher verwehrt geblieben waren. Denn ich bin ein Linkshänder.

Ohne zu übertreiben, kann man mit Fug und Recht behaupten, dass keine andere gesellschaftliche Gruppe so gleichmäßig diskriminiert wurde und wird wie wir Linkshänder. Kulturen und Religionen der Welt lassen sich einteilen in solche, die Linkshändigkeit mehr, und solche, die sie weniger benachteiligen. Gut weg kommen wir nirgendwo. Entweder verfolgt oder belächelt man uns. Und baut Werkzeuge, die wir nicht bedienen können. In der gesamten uns bekannten Menschheitsgeschichte hat es ausnahmslos Rechtshänderkulturen gegeben. Herrschaft wurde von Rechtshändern erfunden und ausgeübt. Uns blieben nur die Nischen: Künstler, Politiker, Tennisspieler. Doch damit ist jetzt Schluss! Dachte ich jedenfalls. Bis ich mit einem Juristen über die Angelegenheit sprach.

Wieder einmal musste ich mir vor Augen halten lassen, wie naiv ich Gesetze verstehe. So wie damals, als ich nicht begriff, wie es Religionsunterricht an öffentlichen Schulen geben kann, wenn doch Staat und Kirche per Gesetz getrennt sind. Da hatte ich das Recht zu wörtlich genommen. Dieses Mal hingegen nicht wörtlich genug. Absatz für Absatz gingen wir das Gleichbehandlungsgesetz durch. Worunter ich denn denke, dass Linkshändigkeit fiele? Es ist wohl kaum eine Angelegenheit der Religion oder Herkunft, auch Geschlecht und sexuelle Identität kann hier ausgeschlossen werden. Aber, erwiderte ich, das sind doch nur Beispiele, die genannt werden, um Benachteiligungen im Beruf zu veranschaulichen. Aber nein. Das Gesetz, wie eben schon der Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung, bezieht sich ganz ausdrücklich auf diese Typen der Diskriminierung und keine anderen. Allenfalls… wie wäre es mit Behinderung? Wenn ich auf Behinderung plädieren würde, ließe sich vielleicht was machen.

Das ist doch wieder mal typisch. Im doppelten Sinne für einen Juristen, der obendrein noch Rechtshänder ist. Da wird einem doch glatt das Wort im Munde umgedreht. Ich will mich zur Wehr setzen gegen eine Welt, die mich technisch einschränkt, und kann das nur erreichen, indem ich mich als krank stigmatisieren lasse und somit all jene uralten Vorurteile, gegen die wir Linkshänder seit Jahrhunderten so zäh wie aussichtslos kämpfen, auch noch bestätige? Es ist eben eine verkehrte Welt, in der ich lebe.

Matthias Seiffert

TERMINE

Bonn

Mi. 21. Nov., 20.30 Uhr
Netzladen, Wolfstraße 10, Hinterhaus
Buchvorstellung: »Anarchismus auf Kuba«
(Frank Fernández)
Mit Rudolf Mühland.
Anschließend Diskussion.

Bremen

(Naturfreundejugendhaus, Buchtstraße 14/15)

Fr. 2. Nov., 18.00 Uhr
Working Class Cafe:
Willkommen im Überwachungsstaat!
Referent: Ralf Bendrath (aktiv beim CCC Bremen),
Veranstalter: FAU Bremen

Fr. 1. Dez., 18.00 Uhr
Working Class Cafe:
Der Syndikalismus von Melbourne
Eintritt frei

Düsseldorf

(sofern nicht anders angegeben, Veranstaltungen im Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53)

Do. 15. Nov., 19.30 Uhr
Vortrag: Anarchistische Strömungen und Utopien
Überblick über die anarchistischen Strömungen, ihre Utopien und ihre Ideen zur Transformation der Gesellschaft

Sa., 1. Dez., 20.00 Uhr
Hinterhof, Corneliusstr. 108
Strike-Bike-Verlosung
Im Rahmen der CSB-Weihnachtsfeier

Do. 20. Dez., 19.30 Uhr
Film: «Vivir la Utopia»
Dokumentarfilm über die Geschichte der anarchistischen Bewegung Spaniens bis zur Spanischen Revolution 1936

Moers

(Barrikade, Bismarckstr. 41a)

Sa. 24. Nov., 19.00 Uhr
Vortrag: Work-Life-Balance
Zur Regulation von Geschlechterverhältnissen.
Mit Stefan Paulus.
Anschließend Diskussion.

Sa. 15. Dez., 20.00 Uhr
Vortrag: Faschismus und soziale Frage.
Lehren aus der Geschichte und Erfahrungen der Gegenwart.
Mit Karl-Heinz Roth.

Münster

(Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57)

15.11.2007, 20.00 Uhr:
ANARCHIE! Horst Stowasser
stellt seine Bücher »Anarchie!« und »Anti-Aging für die Anarchie« vor.
Ort: nachschauen unter www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/

28.11.2007, 20.00 Uhr:
»Sag Du zum Chef«
Infos und Austausch über Methoden von Leiharbeitsfirmen, CallCentern und Briefzustellern in Münster und anderswo.
Mit einer Vorstellung des Internetforums chefduzen.de

19.12.2007, 20.00 Uhr:
Perspektiven von Studierendenprotesten
Ein Rückblick auf die Proteste von 1997 und 2002, lehrreiche Anekdoten und Konsequenzen für Bildungsproteste der Zukunft.

Weitere Termine auf: www.fau.org/termine

Respekt statt mieser Arbeitsbedingungen

Ende September traten die Beschäftigten der OTTO-Logistiktochter »Hermes Warehousing Solutions« (HWS) in Haldensleben und Hamburg in den Streik. Sie fordern mehr Lohn für ihre Arbeit. Die von der Arbeitgeberseite angebotene Erhöhung von 0,9% bei gleichzeitiger Streichung von Zusatzleistungen wird als unzureichend bezeichnet, da die ArbeiterInnen damit im Endeffekt weniger Geld in der Tasche hätten. Die am Konflikt beteiligte Gewerkschaft ver.di fordert hingegen eine Lohnerhöhung von 5,5% und den Erhalt der Zusatzleistungen. »Wir erwarten Arbeitsbedingungen, die uns nicht krank machen, und Respekt gegenüber der Arbeit, die wir leisten«, teilen die Beschäftigten auf ihrer Streikseite im Internet mit. Der Streik, der stellvertretend für den gesamten Einzelhandel in Sachsen-Anhalt und Hamburg stattfand, wurde am 15. 10. ausgesetzt, nachdem sich die Bosse zu Verhandlungen bereit erklärten.

Sollten die Arbeitgeber keinen Einigungswillen zeigen, könne der Streik jederzeit wieder aufgenommen werden, ließ ver.di verlautbaren. (RO)

Fortsetzung »Vielen Dank, …« von Seite 1

Viele Betroffene nehmen dies oder eine lächerlich geringe Vergütung hin; teils, weil sie denken, dies sei der Normalfall und das Recht des Arbeitgebers, sie auf diese Weise zu »testen«, teils, weil sie sich keine Illusionen darüber machen, dass in anderen Betrieben etwas oder mehr gezahlt wird. In jedem Falle, mit ihren Rechten in diesem Zusammenhang sind die wenigsten vertraut. Und letztlich bleibt, auch wenn auf die unbezahlte Probearbeit die Anstellung folgt, das Schuften ohne Bezahlung immer noch entwürdigend.

Was die Rechtmäßigkeit derartiger Praktiken angeht, machen sich Unternehmen bei alldem das Unwissen der betroffenen Personen zunutze. Denn was viele dabei nicht wissen, ist: Wo eine Arbeitsleistung vorliegt, muss ein entsprechender Lohn gezahlt werden. Rechtlich ist diese Verfahrensweise nur so lange zulässig, wie sie nicht angefochten wird.

Keine Frage der eigenen Bereitschaft

Die Regel ist, dass unbezahlte Arbeit ohne Protest erledigt wird. Häufig bleibt den Betroffenen auch keine Wahl, weil sie in gewissen Branchen inzwischen üblich ist und sie auf die angebotene Stelle hoffen, die sie sich von einer erfolgreichen Probearbeit versprechen. Insofern wird die unbezahlte Arbeit nicht etwa als gesellschaftliches Problem angesehen, sondern als ein individuelles, das hingenommen werden muss, zeitlich begrenzt ist und immerhin die Aussicht auf eine Stelle eröffnet.

Problematisch, und das muss mit aller Klarheit gesagt werden, ist das aber nicht nur für die Person, die ohne Entlohnung arbeitet, sondern für alle Lohnabhängigen. Wo unbezahlte Arbeit in Kauf genommen wird, werden reguläre Beschäftigungsverhältnisse zersetzt. Jede Person, die unbezahlt zur Probe arbeitet, schwächt die Position aller Lohnabhängigen, greifen Unternehmen doch selbstverständlich lieber auf Gratisarbeitskräfte zurück. Dadurch wird die unbezahlte Arbeit immer mehr zur Regel und in Arbeitsabläufe integriert. Unternehmen und Einrichtungen arbeiten ganz bewusst daran, um ihren Gewinn durch sinkende Personalkosten zu steigern. Insofern ist die unbezahlte Probearbeit im Zusammenhang der neoliberalen Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen ein weiterer Angriff auf reguläre Beschäftigungsverhältnisse.

Und immer wieder die Vereinzelung

Gerade dadurch, dass Betriebe bestimmte Stellen immer wieder mit Probearbeitern belegen – teilweise werden auf diese Weise sogar ganze »Belegschaften« ausgetauscht –, nimmt die Vereinzelung der ArbeiterInnen immer mehr zu, und es wird eine kollektive Herangehensweise an das Problem erschwert. Doch nur eine kollektive und solidarische Herangehensweise versetzt uns in die Lage, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Die legalen Möglichkeiten sind zwar theoretisch vorhanden (siehe Kasten), allerdings ist auch der rechtliche Weg sehr steinig: Aufreibende bürokratische Prozesse, fehlende Erfahrungen, Kosten und nicht zuletzt die rechtliche Grauzone stellen schwere Hindernisse dar, die zu nehmen sich nur wenige allein zutrauen.

Das Bildungssyndikat der FAU Berlin möchte an dieser Stelle ansetzen. Mit der Kampagne »Keine Arbeit ohne Lohn«, die sich gegen unbezahlte Probearbeit, Praktika und Lehraufträge richtet, soll der Vereinzelung durch immer kürzere und prekäre Arbeitsverhältnisse, mit der Ausbeutung und Nichtentlohnung erleichtert werden, Solidarität, gegenseitige Hilfe und Selbstorganisation entgegengesetzt werden. Dafür ist eine umfassende Sensibilisierung für das Problem notwendig. Denn es handelt sich nicht um Einzelfälle oder persönliche, vorübergehende Notlagen, sondern um einen Angriff auf reguläre Beschäftigungsverhältnisse allgemein, der gemeinsame Gegenwehr erfordert. Es ist die Aufgabe einer klassenkämpferischen Gewerkschaft, die Organisierung und die Kämpfe gerade in den Bereichen voranzutreiben, in denen die Arbeitermacht am geringsten ist. Denn auch heute gilt weiterhin: Wir sind nur so stark wie unser schwächstes Glied.

Bildungssyndikat Berlin

In Kürze wird eine Website zur Verfügung stehen, die über die Kampagne informiert und sowohl rechtliche als auch praktische Informationen zu diesem Thema bereitstellt.
Siehe www.keine-arbeit-ohne-lohn.tk.



Ein paar rechtliche Tipps und Hinweise

- Ein Probearbeitverhältnis gibt es rechtlich gesehen nicht. Wenn nichts schriftlich vereinbart wurde und ihr bereits gearbeitet habt (auch nur eine Schicht), habt ihr automatisch einen unbefristeten Standardarbeitsvertrag mit 4 Wochen Kündigungsfrist.
- Eine mündliche Kündigung ist nicht möglich. Der Chef muss euch 4 Wochen im Voraus schriftlich kündigen. Solange das nicht geschieht, seid ihr völlig normal angestellt.
- Ignoriert mündliche Aussagen und erklärt eure Arbeitsbereitschaft (am besten mit Zeugen). Damit ist der Boss verpflichtet, euch Arbeit zur Verfügung zu stellen. Bei »Arbeit auf Abruf« (was auf die meisten zutrifft) sind das 10 Stunden pro Woche. Wird euch weniger oder sogar keine einzige Stunde angeboten, habt ihr dennoch ein Recht auf Bezahlung der restlichen Stunden.
- Schreibt nach einigen Wochen/Monaten (dabei immer wieder Arbeitsbereitschaft erklären!), dem Chef eine Mahnung mit Frist über die nicht gezahlten Stunden. (Wurdet ihr nie bezahlt, Tariflohn angeben!)
- Nach Verstreichen der Frist zum Arbeitsgericht gehen. Das geht auch ohne Anwalt. Dort ist man verpflichtet, euch bestmöglich zu beraten und die Klage in eurem Sinne zu formulieren.

Neues von der Hartzer Front

Leiharbeit explodiert

Die Zahl der ArbeiterInnen, die bei Leiharbeitsfirmen (Sklavenhändlern) angestellt sind, ist in den beiden letzten Jahren geradezu explodiert. Gab es im Juni 2005 insgesamt rund 450.000 Beschäftigte bei den Sklavenhändlern, waren es im Juni 2007 rund 800.000. Die nahezu verdoppelte Anzahl an LeiharbeiterInnen macht gut die Hälfte der in den beiden letzten Jahren neu angemeldeten sozialversicherungspflichtigen Jobs aus. Das »Jobwunder« besteht also – neben statistischen Tricks, durch die Hunderttausende aus der Arbeitslosenstatistik verschwunden sind – zu einem guten Teil aus mies bezahlten Leiharbeitsverträgen. Sobald die Konjunktur wieder einbricht, werden die LeiharbeiterInnen die Ersten sein, die wieder auf der Straße sitzen.

Widerstand gegen die Sklavenhändler

Mittlerweile finden in vielen Städten regelmäßig Zeitarbeitsmessen statt, die von den lokalen Arbeitsagenturen organisiert werden. Entsprechend werden Hartz-IV-EmpfängerInnen per Einladung dorthin gezwungen, so auch in Münster am 18. Oktober. Spontan rief die FAU Münster zum Protest auf. Ca. 30 Personen leisteten dem Aufruf Folge und störten die Messe mit einem improvisierten Theaterstück, in dem die Veranstaltung als Sklavenmarkt karikiert wurde: Arbeitslose wurden an einem Strick durch die Halle geführt und versteigert.



Der WDR filmte diese Aktion, bis die Veranstalter die AktivistInnen des Raumes verwiesen. Vor der Halle Münsterland wurden Flugblätter verteilt, die Niedriglöhne in der Leiharbeitsbranche und die Kooperation der Arbeitsagenturen mit dieser Branche kritisierten. AktivistInnen des Internetforums www.chefduzen.de und der FAU Münster verteilten die soeben erschienene 1. Ausgabe der Zeitschrift »Leihkeule«. Abgerundet wurde die Aktion durch einen Auftritt des Berliner Liedermachers Geigerzähler mit Texten zum Thema.

BAG-Urteil zur Mitbestimmung von Betriebsräten bei Ein-Euro-Jobbern

Die Frage des Mitbestimmungsrechts von Betriebsräten bei der Einstellung von Ein-Euro Jobbern ist in mehreren Arbeitsgerichtsverfahren unterschiedlich bewertet worden. Jetzt liegt eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vor. Bei der Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern haben die Betriebsräte ein Mitspracherecht, auch wenn Ein-Euro-Jobbern weiterhin der Status und damit die Rechte von ArbeitnehmerInnen verweigert wird. Wenn ein Betrieb Ein-Euro-Jobber einstellen will, fällt dies unter das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats, so die abschließende Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts. Das BAG urteilte, dass Ein-Euro Jobber zwar keine ArbeitnehmerInnen im eigentlichen Sinne seien, sie aber in den Betrieb und die betrieblichen Abläufe eingegliedert würden und gemeinsam mit den übrigen ArbeitnehmerInnen weisungsgebundene Tätigkeiten verrichteten. Also gelten die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte. Auf die sollten wir massiv Druck ausüben, damit die staatliche Zwangsarbeit umgehend beseitigt wird und keine Ein-Euro-Jobs mehr besetzt werden.

En garde!

Beschäftigte im Klinikum Wahrendorff weiten Gegenwehr aus

Die Pläne, Beschäftigten im Klinikum Wahrendorff in Sehnde-Ilten (bei Hannover) private Beziehungen zu psychisch Erkrankten per Arbeitsvertrag zu untersagen, scheinen vorerst auf Eis gelegt. Noch bleibt jedoch abzuwarten, ob die Geschäftsleitung gänzlich von ihrem Vorhaben abgerückt ist, einen entsprechenden »Verhaltenskodex« einzuführen. Indes zeichnet sich ab, dass die Beschäftigten nicht länger bereit sind, unzumutbare Zustände hinzunehmen.

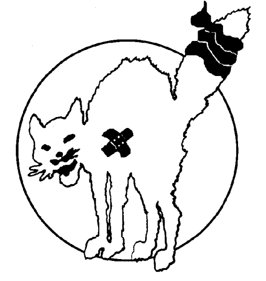
Rechtliche Schritte

Die Klinik sieht sich derzeit gleich mit zwei Klagen konfrontiert, die durchaus Rückschlüsse auf die Arbeitsbedingungen bei Wahrendorff zulassen: So erhebt eine Kollegin schwere Vorwürfe gegen eine Heimleiterin wegen Mobbings, in dessen Folge sie starke gesundheitliche Schäden davontrug. Die sich daraus entwickelnde Depression mündete in einen Suizidversuch. Anzeige hat jetzt auch ein Angehöriger einer weiteren im Heimbereich beschäftigten Kollegin erstattet, die von einem Patienten durch Würgen schwer verletzt wurde. Nur durch zufällig hinzukommende Personen konnte Schlimmeres verhindert werden.

Nicht ganz so reibungslos, wie sich das die Geschäftsleitung vermutlich erhofft hatte, verläuft auch die Übernahme eines insolventen ambulanten Pflegedienstes der Arbeiterwohlfahrt in Celle. Die knapp 20 Beschäftigten hatten nicht nur schnell erkannt, dass ihnen nach Ablauf der Schutzfrist eine Absenkung ihrer bisherigen Gehälter droht. Durch schnelles und koordiniertes Handeln machten sie nun ihre tariflich vereinbarten Zusatzrenten geltend, um sie vor dem Zugriff des Käufers zu schützen. Erst kürzlich musste die Geschäftsleitung schon einmal eine herbe Niederlage einstecken: Am 1. Oktober wurde auch die letzte der insgesamt zehn Sonderkündigungen gegen Angehörige der kämpferischen ver.di-Betriebsratsliste »Courage« vom Landesarbeitsgericht Hannover wieder kassiert. Die angefochtene Betriebsratswahl von 2005 war bereits am 11. September an gleicher Stelle zugunsten des amtierenden Betriebsrats entschieden worden.

Informationen gegen Depressionen

Abgewiesen wurde zwischenzeitlich der Strafantrag der Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB) Hannover, der sich gegen die Geschäftsleitung der Klinik wegen des Verdachts der Behinderung der Betriebsratsarbeit richtete. Die Staatsanwaltschaft Hildesheim begründete ihre Ablehnung in ihrem Schreiben vom 23. August damit, dass die Gewerkschaft die Dreimonatsfrist seit Bekanntwerden der dafür relevanten Umstände nicht gewahrt hätte. Außerdem ergäbe sich kein hinreichender Tatverdacht. Eine zweite Strafanzeige, wegen des Verdachts des versuchten Prozessbetrugs und falscher eidesstattlicher Versicherung gegen die Geschäftsleitung, ihre AnwältInnen und Mitglieder der unternehmenstreuen Betriebsratsliste, wurde hingegen an die zuständige Staatsanwaltschaft Hannover weitergeleitet und wird derzeit weiterverfolgt.



Am 18. September wandte sich die GGB schließlich erneut mit einer Aktion direkt an die Beschäftigten: Mitglieder suchten sie im gesamten Heimbereich in den Ortsteilen Köthenwald und Ilten auf, um sie mittels eines Informationsblattes über ihre Rechte bezüglich Überstunden und Mehrarbeit aufzuklären. Gerade in diesem Teil der Klinik werden enorme Überstunden angehäuft. Da die Handwerker, die aktuell ausgelagert werden sollen, an diesem Tag nicht mehr anzutreffen waren, sandte ihnen die Gewerkschaft ein weiteres Informationsblatt per Post zu, um sie umfassend über ihre Rechte bei Betriebsübergang zu informieren.

Nandor Pouget (GGB Hannover)

Die DA berichtet seit Mai über die Entwicklungen bei Wahrendorff. Die bisherigen Auseinandersetzungen der GGB Hannover mit der Klinikleitung lassen sich nachlesen in den Ausgaben Nr. 181, 182 & 183. Siehe auch die Sonderseite der FAU Hannover: http://www.fau.org/ortsgruppen/hannover/gs/privatisierung.

Klinikleitung unter Druck

Dem Syndikat für Gesundheits- und medizinische Berufe SANITA München ist es zwischenzeitlich gelungen, die Diskussion über die untragbaren Arbeits- und Pflegebedingungen in den Amper-Kliniken Dachau (siehe DA Nr. 179) in die Öffentlichkeit zu tragen. Nachdem sie im August und September mit Unterstützung anderer Münchener Syndikate mehrere Kundgebungen und Veranstaltungen organisierte, griff die lokale Presse das Thema auf. Die Geschäftsleitung der zum Rhön-Konzern gehörenden Klinik reagierte mit Anzeigen wegen angeblichen Hausfriedensbruchs. Die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen (mehr Personal, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, weniger Überstunden und mehr Pausen) sind der Klinikleitung offensichtlich Grund genug, die Polizei einzuschalten.

Der eigentliche Grund dürfte aber sein, dass die Aktivitäten der SANITA auf positive Resonanz bei den Beschäftigten stoßen. (RO)

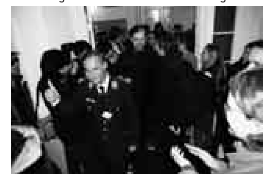
Wissenschaft vom Morden

Noch mehr Militär im Zivilbereich – die Bundeswehr macht sich an der Uni Potsdam breit

So hatten sich die Offiziellen die Eröffnung des neuen Master-Studienganges »Military Studies« sicherlich nicht vorgestellt. Am 12. Oktober kamen nicht nur die Dozenten des Studienganges, die 15 ab diesem Semester eingeschriebenen Studierenden, VertreterInnen der Fachschaften und uniformierte Bundeswehrangehörige zum Festakt in die ehrwürdigen Hallen der Universität Potsdam. Auch ungefähr doppelt so viele AntimilitaristInnen ließen sich das Happening nicht entgehen.

Militarisierung der Universität

Der Studiengang wurde in Kooperation zwischen den Lehrstühlen »Allgemeine Soziologie« und »Militärgeschichte« der Universität Potsdam sowie dem »Sozialwissenschaftlichen Institut« (SOWI) und dem »Militärgeschichtlichen Forschungsamt«



Gute Miene zum bösen Spiel – Prof. Oberleutnant im Spalier der JubeldemonstrantInnen

(MGFA) der Bundeswehr entwickelt. Dass die Bundeswehr in dieser Form institutionell mit einer zivilgesellschaftlichen Universität verschmilzt, ist bisher einmalig in Deutschland. Die Lehre soll sich der Untersuchung von »Militär, Krieg und organisierter Gewalt« widmen. Angeboten wird im Wintersemester 2007/08 neben dem Fachkurs »Die Bundewehr als Instrument deutscher Außenpolitik« u.a. auch ein Seminar zum Thema »Soziologie des Krieges«. Im Ankündigungstext wird darauf hingewiesen, dass zwar auf der »verbal rhetorischen Ebene« weitgehende Einigkeit über die Ablehnung des Krieges bestehe, es gäbe aber auch andere mögliche Perspektiven: »Der Krieg, so scheint es, hat aus dieser Perspektive offenbar neben seinen destruktiv-inhumanen Seiten auch schöpferisch-produktive«.

Nicht bereit, eine solche Perspektive zu akzeptieren, sind einige AktivistInnen der Libertären Gruppe an der Uni Potsdam. Sie griffen das Thema auf und recherchierten die Gründe hinter dem neuen Studiengang. Sie stellten dabei fest, dass die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr fernab der inneruniversitären Öffentlichkeit beschlossen wurde. Die Motivation auf Seiten der Universität für den Studiengang liegt dabei in finanziellen Anreizen und Berufsaussichten für Studierende. Dagegen ist die Bundeswehr auf akademischen Nachwuchs im Rahmen ihrer Transformation zur professionellen Armee im Einsatz angewiesen. Offensichtlich ist auch der Studiengang Teil ihrer Strategie, die militärische und zivilgesellschaftliche Ebene immer mehr zu verwischen, wie es zum Beispiel auch im Rahmen der Werbeveranstaltungen in Arbeitsagenturen und Schulen geschieht.

Die Libertäre Gruppe kritisiert in diesem Zusammenhang auch die Fachschaften Soziologie und Geschichte, die die Studierenden nicht ausreichend informiert und keinerlei Diskussionen angestoßen haben. Stattdessen ist der neue Studiengang von deren Seite abgenickt worden. Dieses Verhalten ist symptomatisch für den Zustand der Fachschaften, die offensichtlich keinen Grund zum Handeln sehen, wenn sich eine Bildungs- und Forschungseinrichtung vom eigenen Forschungsgegenstand abhängig und damit kritische Wissenschaft unmöglich macht. Und tatsächlich räumt das SOWI in seinem Jahresbericht 2006 selber ein, dass »die Forschungsplanung des Instituts nicht frei« sei, sondern sich »überwiegend am Erkenntnis- und Unterstützungsbedarf des Bundesinnenministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr« orientiere.

Der Dekan der philosophischen Fakultät Bernhard Kroener sieht hingegen keine Gefahren für die kritische Wissenschaft an der Universität Potsdam. Die Forschungseinrichtungen der Bundeswehr seien anerkannt und hätten sich in der Vergangenheit einen guten Ruf erworben, ließ er im Neuen Deutschland verlautbaren. Außerdem würden schon seit Jahren DozentInnen der Bundeswehr an der Universität Potsdam eingesetzt, ohne dass es Beschwerden von Seiten der Studierenden gegeben habe. Von deren Seite wurden zwischenzeitlich allerdings Beschwerden laut, dass sich Bundeswehr-DozentInnen in ihren Veranstaltungen nicht als solche zu erkennen gegeben hätten.

Jubel, Trubel, Heiterkeit

Um den ProtagonistInnen des neu geschaffenen Studienganges einen würdigen Empfang zu bereiten, hatten sich einige AntimilitaristInnen frühzeitig am Eingangsportal am Neuen Palais positioniert. Mit Marschmusik wurden die Gäste von uniformierten AktivistInnen begrüßt. Als Professor Kroener im Saal zum Reden ansetzte, kannte die Begeisterung keine Grenzen mehr. »Mehr, mehr, mehr Militär muss her«, wurde lautstark skandiert. Der Dozent schien darüber allerdings nicht sehr begeistert, und seine Laune wurde auch nicht besser, als sich die falschen Gäste zu früh über Sekt, Saft und Brezeln hermachten.

Nach zehn Minuten verließ er mit seinem teilweise uniformierten Gefolge fluchtartig den Saal, um sich in ruhigere Gemächer zurückzuziehen. Die DemonstrantInnen folgten, im Gleichschritt. Vor dem Büro des Professors kam es im Anschluss zu hitzigen, immer noch von Marschmusik untermalten Diskussionen. Schließlich tauchte eine Delegation der »Rebel Clown Army« auf, verteilte (Schokoladen-)Geld für die Universität und rief einen eigenen Militärstudiengang aus, der im Gegensatz zu dem der »Bundesversität Potsdam« wesentlich mehr praktische Elemente enthalte. Dies wurde direkt im Anschluss durch ein »Krieech-Spiel« eindrucksvoll demonstriert. Die Offiziellen machten gute Miene zum für sie bösen Spiel und verteilten, nachdem sie dazu aufgefordert worden waren, die zwischenzeitlich unter Verschluss genommenen Brezeln und den restlichen Sekt an die Menge.

Robert Ortmann (BsyB)

Mehr Informationen:
www.inforiot.de/nomilitarystudies





Friedhof der Kuscheltiere III

An der Uni Gießen wird es keinen Studiengebührenboykott geben. AStA in der Kritik

Auf einer der letzten Vollversammlungen im Sommersemester 2007 hatten Ende Juni knapp 800 Studierende einen Studiengebührenboykott beschlossen. Der Beschluss sah vor, dass von 22.500 Studentinnen und Studenten mindestens 5.000 die erhobenen Gebühren von 500 Euro auf ein extra dafür geschaffenes Treuhandkonto einzahlen, um dann gemeinsam die Zahlung der Gebühren zu verweigern.

Am 20. August beendete der AStA der Justus-Liebig-Universität (JLU) den Boykott dann überraschend während einer Pressekonferenz. Als Grund wurde das Vorgehen der Universitätsleitung genannt, die nicht alle Gebührenbescheide zu einem einheitlichen Termin verschicken wollte, sondern die Verschickung in verschiedenen Tranchen abwickelt. Deshalb sei es nicht möglich, den Boykott ohne unzumutbare Risiken für Einzelne durchzuführen. Man könne die Verantwortung nicht mehr tragen.



Indymedia

Für diese Entscheidung hagelte es heftige Kritik von der Protestbasis. In Gießen gibt es ein sehr aktives Protestplenum, welches in den letzten zwei Jahren die Proteste gegen Studiengebühren maßgeblich gestaltet hat. Es wurde zwar die Infrastruktur des AStA benutzt, aber agiert wurde weitgehend unabhängig. Das Protestplenum organisierte die beiden letzten Campus-Protestcamps, bereitete eine Verfassungsklage gegen die Studiengebühren in Hessen mit vor und war mit Ständen in der Innenstadt präsent. Außerdem wurde der Schulterschluss zwischen ArbeiterInnen und Studierenden geprobt, in dem Besuche bei streikenden Telekom- und Bahn-Angestellten organisiert wurden.

Viele Aktive des Plenums waren enttäuscht darüber, dass der AStA den Boykott eigenhändig und ohne Absprache abbrach. Stimmen wurden laut, dass er die Studierenden bevormunde, nicht mit ihnen kommuniziere und sich über das Votum der Vollversammlung hinweggesetzt habe. Kritiker warfen den Verantwortlichen außerdem unsolidarisches Verhalten und überstürztes Handeln vor und forderten sie zum Rücktritt auf. Die Verantwortlichen im AStA, die den Boykott erst unterstützt und dann abgebrochen haben, sind v.a. Mitglieder der »Demokratischen Linken« (DL). Diese, lange als radikaldemokratisch und parteiunabhängig bekannt, werde, so die Kritik, immer mehr zur Kaderschmiede der neuen Linkspartei und ihrer Studierendenorganisation »Sozialistisch Demokratischer Studierendenverband« (SDS). Die Umbenennung sei wohl nur noch eine Frage der Zeit.

In der Pressekonferenz trat der AStA verbalradikal in Erscheinung, kritisierte den Präsidenten der JLU scharf und kündigte weitere Aktionen an. Seitdem ist von Seiten des AStA nichts mehr geschehen. Der Widerstand wird wohl wie in früheren Jahren einschlafen. Auch 2003 wurde ein Studierendenstreik an der JLU von der DL für beendet erklärt, als sie verkündete, dass »Streik« nur noch das Label sei, unter dem protestiert werden solle. Die Besetzung von Universitätsgebäuden wurde daraufhin beendet.

Letzten Endes liegt es aber, damals wie heute, bei der Studierendenschaft, Initative zu zeigen und sich nicht bevormunden zu lassen, egal von wem. Die Hoffnungen, dass die Gebühren noch gekippt werden, liegen momentan jedenfalls nur noch beim Hessischen Staatsgerichtshof und der dort anhängigen Verfassungsklage gegen die allgemeinen Studiengebühren.

Lukas Bakalar



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

15.000 bei »Freiheit statt Angst«. Aber wie?

Fast 15.000 Menschen demonstrierten am 22. September in Berlin gegen Überwachung und für »Freiheit statt Angst«. Auch die FAU hatte zur Demonstration aufgerufen; das IT-Syndikat verteilte Flyer an interessierte IT-Beschäftigte. Am Brandenburger Tor begann die größte Aktion zum Thema seit dem Volkszählungsboykott vor über 20 Jahren. Schon zu Beginn teilte sich die Demonstration in einen sehr großen Block, der sich prinzipiell gegen Überwachung aussprach, während der kleinere Teil in erster Linie die Vorratsdatenspeicherung kritisierte. Das Verhältnis der Redebeiträge spiegelte genau ein umgekehrtes Verhältnis wieder. Die meisten RednerInnen kritisierten lediglich spezielle Ausformungen staatlicher Überwachung. Grundlegendere Kritik ließ sich vorwiegend über mehrere Lautsprecherwagen im großen antikapitalistischen Teil des Demonstrationszugs vernehmen.



Die Zweiteilung der Demonstration führte zu einigen Konflikten und überschattete an vielen Stellen die Inhalte. Bereits während sich der Demonstrationszug formierte, eskalierte die Situation, als Hunderte von der Polizei an der Teilnahme gehindert wurden, weil sie sich weigerten, sich den willkürlichen Personenkontrollen zu unterziehen. Das hinderte die Demoleitung nicht daran, kurzerhand mit der Demonstration zu beginnen. Im weiteren Verlauf distanzierte sich die Demonstrationsleitung permanent räumlich und inhaltlich von dem von ihr so bezeichneten »Schwarzen Block«. Nicht zuletzt schien dies die Berliner Polizei als Lizenz zum Prügeln zu verstehen. Die Eskalation führte neben einigen Verletzten und Festnahmen dazu, dass der Großteil der TeilnehmerInnen beschloss, die Demonstration vorzeitig zu verlassen. Zur Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor kamen dann auch nur noch wenige. Die Redebeiträge dort waren teilweise erschreckend reaktionär. Ein Tiefpunkt war die Forderung nach mehr Polizei statt mehr Überwachung. Enttäuscht hat auch der Redebeitrag des veranstaltenden foebud e.V., in dem dieser sich beim »Schwarzen Block« für das vorzeitige Ausscheiden und bei der Polizei für ihre gute Arbeit bedankte. Viele Jahre lang hatte der foebud e.V. von der solidarischen Unterstützung der überwachungskritischen Szene profitiert. Nun, da er auch von Parteien und Landesdatenschutzbeauftragten wahrgenommen wird, ist der Verein offenbar vorwiegend an kurzfristigen Teilerfolgen interessiert, die sich propagandistisch gut verwerten lassen. Die Folge eines Kniefalls vor dem bürgerlich-liberalen Spektrum dürfte den Veranstaltern der Demonstration angesichts der Abstimmung mit der Füßen und der beeindruckenden Solidarität der übergroßen Mehrheit der TeilnehmerInnen mit dem sogenannten »Schwarzen Block« deutlich geworden sein.

Österreich: Ab 2008 »Online-Durchsuchung«.

Österreich soll ab Herbst 2008 seine staatliche »Online-Durchsuchung« bekommen. Während in der BRD kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Innenminister Wolfgang Schäuble versucht, die öffentliche Meinung hinsichtlich der Notwendigkeit einer staatlichen »Online-Durchsuchung« sturmreif zu schießen, haben sich Österreichs Justizministerin Maria Berger von der SPÖ und Innenminister Platter ohne viel Federlesen auf die Einführung der nächsten Phase staatlicher Schnüffelei geeinigt. Anders als in Deutschland, wo noch eine Klage gegen die im Landesverfassungsschutzgesetz von NRW enthaltene »Online-Durchsuchung« anhängig ist, die von den Sicherheitspolitikern ängstlich abgewartet wird, bestehen ähnliche Hindernisse in der Alpenrepublik nicht. Dort weiß man zwar offensichtlich noch nicht einmal, wie die Durchsuchung überhaupt technisch funktionieren soll – schließlich soll dort jetzt erst einmal »eine Expertengruppe alle technischen und gesetzlichen Details klären« –, aber man hat sich beeilt, schon einmal die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Es gehört im Übrigen schon ein ordentliches Maß Naivität dazu, nicht davon auszugehen, dass derzeit eine abgestimmte Aktion zwischen den Regierungen Österreichs, der Schweiz und der BRD läuft, mit dem Ziel, sich in den drei Ländern gegenseitig bei der Einführung verdeckter staatlicher Überwachung und Manipulation von IT-Infrastrukturen zu unterstützen und diese voranzutreiben. Der Entscheidung der österreichischen Regierung vorausgegangen war ein informelles Treffen der Innenminister Österreichs, der Schweiz und der BRD in Weimar Anfang September, bei dem es u.a. um das Thema »Online-Durchsuchung« ging.

Großbritannien: Knast für Verschlüsselung.

In Großbritannien kann die Herausgabe der Passwörter für verschlüsselte Dateien oder Nachrichten seit kurzem per Haftandrohung erzwungen werden. Bis zu zwei, in bestimmten Fällen sogar bis zu fünf Jahre Haft drohen, wenn man im Königreich wissentlich einer richterlich angeordneten Schlüsselherausgabe nicht nachkommt. Das neue Gesetz belegt ein weiteres Mal, wie sich die Regierungen der EU-Staaten schrittweise von den elementarsten Normen der von ihnen propagierten »Rechtsstaatlichkeit« verabschieden. Neben der Beweislastumkehr (ein Beschuldigter muss nachweisen, dass ihm eine Entschlüsselung nicht möglich ist) würden in Großbritannien die Betroffenen dazu gezwungen, sich selbst zu belasten.

Mitmachen: Beiträge für diese Rubrik, insbesondere Infos zu Überwachung am Arbeitsplatz, bitte an <da-bruder@fau.org>. PGP/GPG-Key auf Anfrage.

Streik und Betriebsbesetzung

Zur Zeit ist das Thema Streik wegen der Auseinandersetzung der LokführerInnen mit der Deutschen Bahn und das Thema Betriebsbesetzung bei Bike-Systems in Nordhausen in fast aller Munde und soll hier von der rechtlichen Seite betrachtet werden.

Streikrecht

Das Streikrecht wird in Deutschland <http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland> aus Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes <http://de.wikipedia.org/wiki/Grundgesetz> hergeleitet. Auszug: »Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet…« Da dies aber keine Definition von Streikrecht beinhaltet, haben sich immer wieder die Arbeitsgerichte mit diesem Thema beschäftigt, und es gibt ein sogenanntes Richterrecht aus den 1950er Jahren zu diesem Thema.

Träger dieser Arbeitskampfmaßnahme <http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitskampf> sollen danach nur Gewerkschaften <http://de.wikipedia.org/wiki/Gewerkschaft> sein. (Was genau Gewerkschaften sind, ist aber ebenfalls nicht in einem Gesetz geregelt.)

Außerdem ist in Deutschland ein Streik nur rechtmäßig, wenn er folgende Voraussetzungen erfüllt:

- ☐ Der Arbeitskampf muss sich auf ein tariflich regelbares Ziel richten.
- ☐ Die Friedenspflicht des gültigen Tarifvertrages muss erloschen sein.
- ☐ Alle anderen Verhandlungsmöglichkeiten wurden ausgeschöpft (letztes Mittel – *ultima ratio*).
- ☐ Der Arbeitskampf wird nur im notwendigen Maße und fair betrieben (keine Existenzvernichtung).

Problematisch ist vor allem die Haftungsfrage bei Streiks, denn dem Streikrecht gegenüber steht das »Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb«. Abgeleitet wird dieses Recht aus § 823 BGB (Schadensersatzpflicht):

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

Genau um diese Punkte geht es bei der Auseinandersetzung der Gewerkschaft der Lokomotivführer mit der Bahn. Dass jetzt die »kleinen« Arbeitsgerichte vor Ort mit dieser großen Frage von der Bahn beschäftigt werden, dient lediglich dazu, die Stimmung in der Bevölkerung gegen das bisherige Streikrecht anzuheizen.

Dabei ist in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 18. 12. 2000 im Artikel 28 folgendes geregelt:

Recht auf Kollektiv-Verhandlungen und Kollektiv-Maßnahmen

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder ihre jeweiligen Organisationen haben nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten das Recht, Tarifverträge auf den geeigneten Ebenen auszuhandeln und zu schließen sowie bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich Streiks, zu ergreifen.

Einschränkungen, wie sie das deutsche Richterrecht vorgibt, sind dort nicht vorgesehen.

Betriebsbesetzung ....

Nach zivil- und strafrechtlichen Grundsätzen ist die Betriebsbesetzung rechtswidrig. Das Hausrecht des Arbeitgebers ist durch die Besetzung des Betriebes verletzt, was gemäß § 1004 BGB eine Eigentumsstörung und gemäß §§ 123, 240 StGB ein Hausfriedensbruch bzw. Nötigung darstellt.

Illegal wird eine Betriebsbesetzung allerdings erst dann, wenn der Arbeitgeber ein Hausverbot erteilt hat. Solange ist es ein »Streik am Arbeitsplatz«.

Außerdem muss es im konkreten Fall auch eine Rechtsabwägung geben. Betriebseigentum ist im besonderen Maße sozial gebunden. Die Interessen der Beschäftigten sind somit zu berücksichtigen. Siehe Art. 14 GG Abs. 2: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«

... oder Betriebsversammlung

Bei der Firma Bike-Systems im thüringischen Nordhausen ist die Rechtlage etwas komplizierter. Hier hat der Betriebsrat eine Betriebsversammlung immer weiter fortgesetzt.

§ 43 BetrVG Abs. 1.: Der Betriebsrat hat einmal im Kalendervierteljahr eine Betriebsversammlung einzuberufen und in ihr einen Tätigkeitsbericht zu erstatten.

In § 44 ist geregelt, dass diese während der Arbeitszeit stattfindet und vom Arbeitgeber zu vergüten ist. Die Dauer einer Betriebsversammlung ist gesetzlich nicht geregelt. Die Dauer der Betriebsversammlung ist daher nicht auf einen Tag begrenzt (siehe Däubler/Kittner/Klebe, *Handbuch zum Betriebsverfassungsgesetz*, 10. Aufl., Paragraf 44, Randnr. 3).

Bisherige Gerichtsurteile sprechen von bis zu vier Tagen. Somit bewegt sich die Aktion dort im Richterrecht-freien Raum.

Thersites

Die Mär von der Heuschrecke

Hintergründe zum Geschäft um Bike Systems und die ostdeutschen Fahrradwerke

Die umstrittene Metapher über das in der Bibel im Zusammenhang mit einer Plage erwähnte Insekt ist rund um die Schließung des Fahrradwerkes in Nordhausen oft strapaziert worden. In der Presse, insbesondere in Äußerungen der IG Metall, wurde der texanischen Investmentgesellschaft Lone Star vorgeworfen, als »anonyme Heuschrecke« aus den fernen USA das Werk platt zu machen. Diese vereinfachte Darstellung der wirtschaftlichen Zusammenhänge erweist sich jedoch bei genauerem Hinsehen nur als halbe Wahrheit. Wer wirklich wissen will, wer alles von der Werksschließung in Nordhausen profitiert, muss nicht unbedingt über den großen Teich blicken, denn die Initiatoren des Deals sitzen ganz in der Nähe:

Biria: Der Heidelberger Unternehmer Mehdi Biria hatte zu DDR-Zeiten die Generalvertretung für Fahrräder des VEB MIFA (Mitteldeutsche Fahrradwerke – Sangerhausen) und des VEB Fortschritt (Neukirch) für die Bundesrepublik.

Bike Sytems Nordhausen: In Nordhausen werden seit 1986 Fahrräder gebaut, damals als Konsumgüter des VEB IFA Motorenwerk. Ab 1990 firmiert der Betrieb als Südharzer Fahrradwerk und später als Bike Systems, mit wechselnden Gesellschaftern. Im Jahre 2000 wird Bike Systems von der Biria-Gruppe übernommen; die Biria AG kommt über die Bike Systems Betriebs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (BSBG) in den Besitz von Bike Systems in Nordhausen. Im November 2005 verkauft Biria die Bike Systems an Lone Star. Die Produktion wird zum 30. 6. 2007 eingestellt, ca. 135 Mitarbeiter sollen entlassen werden, rund 160 LeiharbeiterInnen werden nicht mehr angefordert.

Der Asset Deal

Biria, der ehemals zweitgrößte deutsche Fahrradhersteller mit einer jährlichen Produktion von fast einer halben Mio. Fahrrädern und einem Umsatz von 75 Mio. Euro (2004), gab auf. Die Verkäufe seiner beiden Fahrradwerke in Nordhausen und Neukirch an Lone Star fanden als sogenannte »Asset Deals« statt.

Ein *Asset Deal* ist eine bestimmte Art des Unternehmenskaufs. Der Kauf erfolgt dabei durch den Erwerb der Wirtschaftsgüter in einzelnen Teilen. Bei einer solchen Art der Übertragung von Vermögenswerten müssen für jede Sache, jedes Recht und jede Verpflichtung jeweils eigene Voraussetzungen erfüllt sein. Auf diese Art wurden die Wirtschaftsgüter des Unternehmens, also bspw. Maschinen, Patente, Rechte, Lagerbestände, Aufträge und Kundenkarteien etc. und einzelne Verbindlichkeiten, einzeln übertragen.

Aufgrund des zurückgegangenen Absatzes im Fahrradmarkt – der Verkauf sank im Jahr 2006 von 4,75 Mio. auf 4,45 Mio. Räder – wollte der Marktführer MIFA zur Absicherung eingegangener Investitionsverpflichtungen beim Ausbau der eigenen Kapazitäten (auf eine Million Räder pro Jahr) versuchen, u.a. die Aufträge des Konkurrenten Biria in die Hände zu bekommen. Das geschah über den Asset Deal der Lone Star mit Biria und der anschließenden Eingliederung in die MIFA.

Chronologie einer Plünderung

7. 11. 2005: Biria verkauft durch seinen Generalbevollmächtigten Gerhard Urbannek die »Vermögenswerte« der Werke in Neukirch und Nordhausen an Lone Star.

14. 11. 2006: die Briefkastenfirma gatus 233. GmbH wird mit Jürgen Strojohann als Geschäftsführer von Lone Star in Betrieb genommen.

5. 12. 2006: Die folgenden Verträge wurden an diesem Tag nacheinander unterzeichnet:

- die Biria GmbH (Lone Star – Neukirch) verkauft die Kundenverträge und Materialbestände für 10,37 Mio. Euro an die gatus 233. (Lone Star).
- die Bike Systems GmbH (Lone Star – Nordhausen) verkauft ihre Kundenverträge und Materialbestände für lächerliche 230.000 Euro ebenfalls an die gatus 233. (Lone Star).

Damit hat Lone Star alle Vermögenswerte der beiden Biria-Werke in der gatus 233. GmbH zusammengeführt. Die Bike Systems GmbH z.B. besitzt außer der gesetzlichen Einlage von 25.000 Euro kaum noch Werte, hat aber alle Verpflichtungen (Löhne, eventuelle Abfindungen etc.) zu tragen.

- die MIFA schließt einen Lohnfertigungsvertrag mit der Bike Systems GmbH (Lone Star – Nordhausen) in Höhe von max. 204.000 Euro pro Monat ab. Dafür sollen bis zu 30.000 Fahrräder montiert werden; pro montiertem Rad werden 6,80 Euro bezahlt. Der Vertrag läuft bis Mitte 2007 – das Aus des Nordhausener Werks ist damit beschlossene Sache.
- die MIFA übernimmt die Lieferung der bestellten Fahrräder und zahlt dafür an die gatus 233. (Lone Star) eine Provision von 1,6 Mio. Euro. Wenige Minuten zuvor waren diese Aufträge nur 230.000 Euro wert!

6. 12. 2006: die gatus 233. GmbH (Lone Star) wird an die MIFA AG übertragen. Dafür erhält Lone Star zwei Mio. Stück neue MIFA-Aktien im Wert von rund 8 Mio. Euro. Damit besitzt Lone Star 25% der Aktien der MIFA, die die Lagerbestände, Aufträge und »immateriellen Werte« des größten Konkurrenten Biria übernommen hat und so ihre Marktmacht verdoppeln konnte.

20. 12. 2006: Produktionseinstellung in Neukirch.

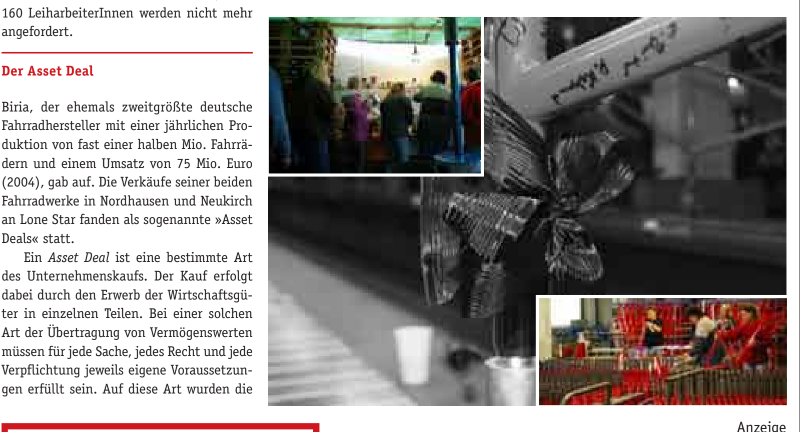
30. 6. 2007: Produktionseinstellung in Nordhausen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass Lone Star von den Verantwortlichen im MIFA-Management »ins Boot geholt« wurde, um den deutschen Fahrradmarkt zu bereinigen, eine Konkurrentin auszuschalten. Dies ist unter anderem das Geschäft von Hedge-Fonds wie Lone Star.

Das Grundübel heißt also auch in diesem Fall nicht Heuschrecke, Lone Star, Hedge-Fond oder USA. Es ist immer noch das kapitalistische Wirtschaftssystem, nach dessen Regeln hier gespielt wird, und in diesem spielen die Bedürfnisse der Menschen nun einmal keine Rolle. Nicht nur in Thüringen.

Strike-Bike Recherche-Gruppe
der FAU HH und Ffm

Weitere Hintergrundinformationen finden sich auf www.fau.org.



Streik der GDL bei der Bahn

Da sich der Konflikt der GDL bei der Deutschen Bahn zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses immer noch in vollem Gange befindet, verzichten wir in dieser Ausgabe auf einen Beitrag zu der Auseinandersetzung.

In der nächsten Ausgabe der DA wird es stattdessen rückblickend eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Arbeitskampf der LokführerInnen und damit verbundenen Fragen geben.

Redaktion »Betrieb und Gesellschaft«

Fortsetzung »Hoch zu Ross« von Seite 1



[Zeichnung© Findus] *Wer braucht schon Bosse*

Wenn diese Zeitung erscheint, ist die Kampagne mit einem sensationellen Erfolg gelaufen und die letzten Soli-Fahrräder sind auf dem Weg zu ihren KäuferInnen. Ein guter Zeitpunkt für eine Rückschau und die Beschreibung der Hintergründe.

Von der Fügsamkeit zur Besetzung

Die Belegschaft der Bike Systems GmbH war am 20. Juni 2007 darüber informiert worden, dass die Produktion in Nordhausen Ende Juni eingestellt wird. Diese lief noch die nächsten zehn Tage in der gewohnten Qualität weiter, um die letzten Aufträge abzuarbeiten, und die Belegschaft erwartete einen »vernünftigen« Sozialplan. Von Widerstand gegen die Schließung war nichts zu sehen.

Die Neue Nordhäuser Zeitung (NNZ) kommentierte dazu: »Die etwa 130 Mitarbeiter… haben nun auch die Quittung erhalten für ein Ruhigbleiben. Es ist verständlich, dass sie alle einfach nur ihren Job behalten wollten. Da gab es immer wieder Versuche, die Gehälter zu kürzen, dubiose Zeitarbeitsfirmen wurden eingeschaltet, merkwürdige Verträge wurden vorgelegt. Und immer wieder hat der Betriebsrat mitgemacht. Spätestens nach dem Dezember 2006 hätte klar sein müssen: Es gibt für den Nordhäuser Standort nur noch eine Galgenfrist. Die scheint zum Ende dieses Monats abgelaufen zu sein.«

Am 10. Juli beschloss die Belegschaft auf einer Betriebsversammlung, aus Protest gegen die Betriebsschließung ohne Sozialplan, das Werk in Nordhausen zu besetzen. Alle Beschäftigten beteiligten sich an der Besetzung, die seitdem in drei Schichten Tag und Nacht durchgeführt wurde. Auslöser dieser Aktion war die Nachricht, dass die Verhandlungen des Betriebsrates mit den Vertretern des Unternehmens und Lone Star über einen Interessensausgleich und einen Sozialplan am Vortag gescheitert waren.

Die Geschäftsleitung hatte angekündigt, dass sie nicht in der Lage sei, die ausstehenden Löhne für die Dauer der Kündigungsfristen zu bezahlen. Von einer Abfindung ganz zu schweigen. Angeboten wurde lediglich eine Transfermaßnahme, mit der die Kosten der Betriebsschließung im Wesentlichen dem Arbeitsamt überlassen werden sollten.

Solidarität ja – Hilfe nein

Die KollegInnen im Werk begannen mit einer ganzen Reihe von öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Und von dieser Öffentlichkeit fühlten sich vor allem Politiker angezogen und wollten sich informieren, obwohl sie eigentlich alle hätten informiert sein müssen. Die Situation bei Bike Systems war schließlich schon lange bekannt, aber zu den Schließungsplänen im Juni hatte es keinerlei Reaktionen gegeben.

Die NNZ kommentierte: »Jetzt stehen sie quasi mit Presseerklärungen bei Fuß und geben sich die Klinke des Werkstores in die Hände. Man sei bestürzt oder betroffen von dem, was sich an der Freiherr-vom-Stein-Straße abspiele.«

Seit dieser Zeit besuchten viele Kolleginnen und Kollegen das Fahrradwerk, und erste Solidaritätsbekundungen aus anderen Betrieben gingen ein. Auch in der Region hatte sich die Nachricht von dem besetzten Betrieb verbreitet, und große Solidarität war die Folge.

Nach viereinhalb Wochen Besetzung des Werkes stellte Geschäftsführer Müller am 10. August einen Antrag auf Insolvenz. Wenige Tage später wurde Marco Comes von der berüchtigten Anwaltskanzlei »Wutzke & Förster« vorläufiger Insolvenzverwalter.

Die IG Metall machte der Belegschaft Hoffnungen, eine Insolvenz würde nicht bedeuten, dass alles vorbei und verloren sei; sie setzte alle Hoffnungen in einen kompetenten Insolvenzverwalter. Aber schon Anfang September teilten die Anwälte mit, dass für den Monat August keine Löhne und Gehälter gezahlt werden können; auch die Zahlung eines Insolvenzgeldvorschusses durch die Arbeitsagentur sei abgelehnt worden.

Langsam aber sicher veränderte sich die Stimmung im Betrieb. BesucherInnen berichteten, die BesetzerInnen wären recht deprimiert, die politischen Parteien und die IG Metall bereiteten sich schon auf die Grabreden vor.



Die Geburt des Strike-Bikes

Als das Hamburger Café-Libertad-Kollektiv von der Besetzung hörte, schickte es als Zeichen der Solidarität Kaffee an die Belegschaft. Durch Telefongespräche neugierig geworden, besuchten zwei Mitglieder der FAU Hamburg und von Café Libertad am 23./24. August das besetzte Werk und wurden sehr freundlich empfangen. Bei ihrem zweiten Besuch, am 27. August, wurde die Idee von einer möglichen Produktion angesprochen und wie wohl ein Fahrrad ankäme, das in einer besetzten Fabrik produziert wird.

Kurze Zeit später, am 4. September, gab es die Rückmeldung aus Nordhausen, dass eine Produktion im besetzten Werk prinzipiell möglich sei. Von da an wurde die Kampagne innerhalb der FAU vorbereitet.

Auf einer Veranstaltung der FAU Berlin über »Betriebe in Arbeiterhand« hatten sich schon zuvor die Leute von Cafe Libertad und der Kreuzberger Radspannerei kennen gelernt. Daher war die Radspannerei auch der erste Ansprechpartner in Sachen Fahrrad, und sie haben sofort und begeistert das Strike-Bike-Modell entworfen und die Verfügbarkeit der Teile mit den KollegInnen in Nordhausen koordiniert.

Schließlich kam es am 8. September zu einem Koordinationstreffen zwischen FAU-Mitgliedern und der Belegschaft im Werk in Nordhausen, ohne IG Metall. Neben einer kurzen Vorstellung der FAU wurde den Anwesenden die Motivation der FAU für die geplante Unterstützung erklärt: diese freue sich über den Widerstand gegen das Plattmachen ihres Betriebs und habe großen Respekt, dass die Belegschaft ihre Interessen selbst in die Hand genommen habe und den Betrieb besetzt halte. Diese Widerstandsmethoden seien absolut nötig und unverzichtbar.

Während mehrerer Stunden wurden die meisten Details der geplanten Fahrradproduktion diskutiert und die Aufgaben festgelegt und verteilt: verbindliche Kontaktpersonen, Gründung des Trägervereins, Abwicklung der Bestellungen und der Vorfinanzierung, Klärung der Liefermöglichkeiten, Festlegung der endgültigen Fahrradmodelle, Beschaffung der Teile für die beiden Musterfahrräder, Garantie, Gewährleistung, Verpackung und Transport, die rechtliche Lage, der Umgang mit unvorhergesehenen Schwierigkeiten, Werbung, die nächsten Schritte und der verbindliche Zeitplan bis zum Produktionsbeginn.

Am Abend des 19. September kam dann endgültig grünes Licht von der Belegschaft, und die vorbereitete erste Pressemitteilung konnte über die Verteiler geschickt werden: »Belegschaft nimmt die Produktion in besetzter Fahrradfabrik im thüringischen Nordhausen selbstverwaltet wieder auf«.

Nach einigen Tagen griffen nicht nur Internetportale in der ganzen Welt das Thema auf, sondern auch Tageszeitungen, später Fernsehsender, und eine ungeahnte Pressewelle begann. Bereits am 27. September konnte der Sprecher des »Solidaritätskreises Strike-Bike« der FAU bekannt geben: »Besetztes Fahrradwerk Nordhausen – Solidarität übertrifft alle Erwartungen«.

Trotz einiger Hindernisse, die Strike-Bike-Kampagne hat es geschafft, in nur 13 Tagen 1.800 Strike-Bikes zu verkaufen. In Nordhausen sind die KollegInnen immer noch überwältigt vom Ausmaß der weltweiten Solidarität. Und langsam wird auch den HauptakteurInnen bewusst, dass sie mit ihrem Mut und ihrer Solidarität Geschichte schreiben werden.

Und weiter?

Wie es nun weitergeht, darüber lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts Genaueres sagen. Der Belegschaft ist bis zum 15. des Monats keine Kündigung zugegangen, damit wäre die nächste Möglichkeit der fristgerechten Kündigung der 31. Oktober. Allerdings gibt es bereits Pläne, die KollegInnen zum 1. November in einer Auffanggesellschaft zu parken. Vielleicht können sie während dieser achtmonatigen (angeblichen) »Qualifizierungsmaßnahme« auch über ihren Arbeitskampf und die Zukunft einer eigenständigen selbstverwalteten Fahrradproduktion nachdenken. Der Verband der selbstverwalteten Fahrradläden (VSF) hat bereits Interesse an einer Abnahme von 20.000 Fahrrädern hoher Qualität bekundet, und auch das Strike-Bike könnte in weiteren Versionen eine konkrete Chance haben. Denn Bestellungen aus aller Welt (USA, Kanada, Australien usw.) treffen weiterhin über die eingerichtete Warteliste ein.

Doch was hat das nun alles gebracht, werden sich viele fragen, wenn es das schon mit der selbstverwalteten Produktion war oder zumindest – so zu erwarten – die Arbeitsplätze nicht gesichert werden können durch einen neuen Investor? Zahlreiche Beobachter warfen der FAU vor, sie hätte die Belegschaft instrumentalisiert, z.B. für einen »nostalgischen Klassenkampf«, wie es der WDR kommentierte. Wir kennen sie ja zu genüge, die Vorstellung, dass dort, wo Widerstand ist, Aufwiegler die Strippen ziehen und »unschuldige Bürger« verführen. Dass Menschen ihr Schicksal selbst und gemeinsam in die Hände nehmen, passt vielen anscheinend nicht ins Menschenbild. Gerade wir als AnarchosyndikalistInnen sehen darin aber die Grundlagen jeglicher emanzipatorischen Entwicklung.

Die FAU hat während der ganzen Aktion niemals irgendwelche Illusionen genährt, es würden sich dadurch die Arbeitsplätze sichern lassen. Unsere Perspektive bleibt die Arbeiterselbstverwaltung. Dass die konkreten Ziele der Belegschaft (neuer Investor) nicht unseren allgemeinen Prinzipien entsprechen, darüber gab es niemals irgendwelche Missverständnisse. Der FAU ging es von Anfang an darum, konkrete, unkomplizierte und solidarische Hilfe zu leisten, ohne die Belegschaft zurechtzuweisen, zu vereinnahmen oder zu bevormunden. Wie sie ihren Arbeitskampf führt und welche Ziele sie verfolgt, obliegt ihr allein. Deshalb war es für uns selbstverständlich, auch einen Kampf zu unterstützen, der zu einem großen Teil nur symbolischen Charakter hat.

Und dennoch, über den Symbolgehalt hinaus ist die Aktion für alle Beteiligten (und nicht nur für sie) von besonderer Wichtigkeit. Es sind die konkreten Erfahrungen der Belegschaft mit der (kurzfristigen) Selbstverwaltung, die überhaupt die Perspektive einer dauerhaften Arbeiterselbstverwaltung im großen Stil eröffnen. In einem Land, in dem die Arbeiterschaft über Jahrzehnte zur Passivität erzogen wurde, stellt ein Kampf wie in Nordhausen ein Novum dar, die Produktion in einer besetzten Fabrik ist hier geradezu geschichtsträchtig.

Sicher, in Nordhausen beginnt nicht die soziale Revolution. Aber der dortige Kampf ist für uns ein wichtiger Bezugspunkt. Er zeigt zum einen, welche Perspektiven sich eröffnen können, wenn ArbeiterInnen ihre abverlangte Passivität aufgeben. Zum anderen wird deutlich, welche Dynamik durch solidarische Prozesse in Gang kommen kann. Vereinzelt sind wir das schwächste Glied in der wirtschaftlichen Hierarchie, gemeinsam und solidarisch können wir alles sein. Und Nordhausen ist nur ein kleines Beispiel dafür. Denn als FAU schwebt uns weitaus Größeres vor. Für uns ist das Strike-Bike nicht nur irgendein Produkt – es ist für uns der körperliche Beweis, dass ein Wirtschaften und Leben ohne Bosse möglich und nötig ist. Immer und überall, nicht nur im herbstlichen Nordhausen.

Kersten Cohrs & Holger Marcks

Wie immer informieren wir auf www.fau.org, wenn sich etwas Neues in der Sache ergeben hat. Ansonsten findet sich alles Wissenswerte zu der Kampagne auf www.strike-bike.de.

Thor Steinar gegen Rechts

Bis heute ist nicht restlos geklärt, ob es dem FDP-Abgeordneten im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Sebastian Ratjen nur darum ging, um jeden Preis in die Presse zu kommen, oder ob er den Blödsinn, den er dort bekannt gab, tatsächlich ernst meint. Auf jeden Fall schlug er im September vor, die bei Faschisten beliebte Modemarke »Thor-Steinar«, deren Produzent selber im Verdacht steht, rechtsextrem zu sein, zu »entmystifizieren«, indem sie von »Farbigen, Ausländern, Schwulen, Lesben« getragen werde. »Geld kriegen die sowieso von überall her!«, verkündete er in einem Interview mit der Jungle World. Deshalb müsse es darum gehen, die Mystik der Rechten zu zerstören.

Bleibt zu hoffen, dass Menschen, die von Faschisten zum Feindbild erkoren wurden, sich künftig nicht auch noch gegen die fragwürdigen ästhetischen Vorstellungen von liberalen Politikern zur Wehr setzen müssen. (RO)

30 Jahre FAU!

Eine kleine Geschichte der Freien ArbeiterInnen-Union – Teil II (1992—2007)

Nachdem wir in der DA 183 in einem ersten Artikel die Geschichte der FAU von 1977 bis 1991, also ihre Entstehung, ernste Krisen, internationale Solidaritätsarbeit, Interventionen in den gesellschaftlichen Aufbruch in der DDR 1989/90 sowie inhaltliche Neupositionierung verfolgen konnten, soll es in diesem zweiten Teil um die weitere Entwicklung und hier vor allem um die Konsolidierung der gewerkschaftlichen Strukturen bzw. die praktischen Klassenkämpfe gehen.

Wege aus der Stagnation

Die inhaltliche Ausweitung bzw. Neuorientierung - festgemacht an einer neuen und vorher jahrelang diskutierten Prinzipienerklärung – brachte nicht den erhofften Zulauf. Die erste Hälfte der 1990er Jahre war vielmehr durch Stagnation und eine gewisse Beliebigkeit gekennzeichnet. Davon unberührt zeigten jedoch örtliche FAU-Gruppen durchaus Wege aus dieser Situation auf, wie beispielsweise die FAU Halle. Im thüringischen Halle/Saale versuchten die Verkehrsbetriebe 1993/94 Linien mit dem Argument sinkender Fahrgastzahlen zu schließen. Die FAU-Betriebsgruppe bei den Halleschen Verkehrsbetrieben startete daraufhin eine Initiative, die unabhängige Fahrgastzählungen durchführte. Der erzeugte politische Druck veranlasste schließlich die Stadt, die geplanten Linienschließungen größtenteils wieder zurückzunehmen.







Ab Mitte der 1990er Jahre kam die Gesamtorganisation in ihrem Versuch, eine klassenkämpferische Basisgewerkschaft aufzubauen, Schritt für Schritt voran. Dabei entstanden die beiden ersten Branchenföderationen der FAU. Zudem häuften sich nun die Erfahrungen mit dem Eintreiben ausstehender Löhne und Honorare in den lokalen FAU-Gruppen. Darüber hinaus organisierten FAU-Mitglieder vermehrt die Begleitung und Betreuung von KollegInnen vor den Arbeitsgerichten.

Eine Kampagne und ihre Folgen

1995/96 hielt ein konfliktreicher Kampf die gesamte FAU in Atem. Dieser richtete sich gegen die Bio-Handelsgesellschaft LEBENSBAUM, die den Kaffee »Finca Irlanda« unter einem selbst erfundenen »Fair Trade«-Siegel vertrieb. Die desolaten Arbeits- und Lebensbedingungen auf der mexikanischen Finca Irlanda waren jedoch alles andere als fair, und die FAU initiierte eine Kaffee-Boykottkampagne, bei der sie bald Hilfe von Mexiko-Solidaritätsgruppen erhielt. Die Kampagne zeigte schließlich Wirkung, da der Kaffeeumsatz bei LEBENSBAUM zeitweise um nahezu 25 Prozent einbrach.

Nach den Erfahrungen in dieser Auseinandersetzung begann eine Diskussion, die im Februar 1997 zur Gründung der FAU-«Gewerkschaft Naturkost-Landwirtschaft-Lebensmittelindustrie« (GNLL) führte.

Föderation der Bildungssyndikate

Die nächsten Branchen innerhalb der FAU, die sich bundesweit zusammenschlossen, waren Pflege sowie Bildung. Während der periodisch wiederkehrenden Studierendenproteste bildeten sich an einigen Orten Bildungssyndikate (BSy) der FAU, die sich an Sozial- undErwerbslosenprotesten beteiligten oder an Studierendenversammlungen teilnahmen. Die örtlichen BSy erarbeiteten im Laufe der Zeit Rechtshilfen für jobbende Studierende oder führten selbstorganisierte Seminare durch.

Auf dem Gründungskongress im November 1998 in Berlin, an dem rund 80 VertreterInnen aus acht Städten teilnahmen, wurde schließlich die »Föderation der Bildungssyndikate« ins Leben gerufen. Dieser Kongress der BildungssyndikalistInnen wurde von einem beachtlichen Medienecho begleitet.

Immer wieder beteiligten sich die BSy an Protesten gegen Studiengebühren oder Büchergeld, wobei verschiedene direkte Aktionen wie Rektoratsbesetzungen durchgeführt wurden. Trotz der verstärkten Hinwendung zu praktischen gewerkschaftlichen Ansätzen flackerten immer wieder politisch-ideologische Diskussionen innerhalb der FAU auf, und es traten Aktive der Organisation bei, die die FAU als eine Art Ersatz für eine anarchistische Föderation betrachteten. Es war nach wie vor ein Durchlauf an Mitgliedern und Gruppen zu beobachten.

Agenda 2010

Erst mit dem Klassenangriff von oben, vorgetragen von der rotgrünen Regierung seit Ende 1998 und eingebettet in die weltweite neoliberale Globalisierungspolitik, ging ein Ruck durch die Organisation. Die FAU zeigte sich nun als eine kleine, aber wendige Basisgewerkschaft, die mittlerweile auf einen reichhaltigen Grundstock an syndikalistischer Theorie und Praxis zurückgreifen kann. An den Protesten und Kämpfen gegen die Politik des Sozialraubs sowie an der betrieblichen Mobilisierung gegen Schließungen, Verlagerungen und Arbeitsplatzabbau beteiligten sich die FAU-Gruppen und -Syndikate nach Kräften. Dabei setzte ein sich selbst tragender Prozess aus Aktion – öffentlicher Aufmerksamkeit – Zulauf – Aktion usw. ein, der die FAU einer breiteren (Gewerkschafts-)Öffentlichkeit bekannt machte und die Mitgliederzahl binnen weniger Jahre glatt verdoppelte. Nun leuchtete den meisten Mitgliedern der praktische Ansatz einer Basisgewerkschaft ein, ganz abgesehen von der blanken materiellen Notwendigkeit der Gegenwehr gegen die



Armutsverwaltung durch die Hartz-Gesetze. Viele FAU-Militante waren direkt von der Politik des Sozialabbaus, der Prekarisierung immer größerer Bereiche der Arbeitswelt oder der Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen betroffen.

Klasse gegen Klasse

Die FAU mischte sich in den neuen Kampfzyklus der Klasse, der 2002/03 begann, ein und unterstützte z.B. Streiks wie bei Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen (1). Nach der Jahrtausendwende war die anarchosyndikalistische Basisgewerkschaft zudem deutlicher als je zuvor in der Lage, eigene und selbstorganisierte Arbeitskämpfe zu führen. In Frankfurt/M. rief die FAU einen erfolgreichen Streik bei einer Leiharbeitsfirma aus, und in Berlin beteiligten sich die FAU-Syndikate an einem Kampf um den Erhalt des Arbeitsplatzes bei einem Callcenter (2) mit 300 Beschäftigten, der jedoch verloren ging. Die FAU war in den zurückliegenden Jahren flächendeckend in der sogenannten Bewegung der Montagsdemonstrationen präsent, bei der bundesweit gegen die unsoziale Politik der SPD/Grüne-Regierung gekämpft wurde.

Langsam werden also die Konturen einer kämpferischen und selbstorganisierten Gewerkschaftsalternative sichtbar, wobei der FAU zugute kommt, dass der monolithische Einheitsgewerkschaftsgedanke in Deutschland bereits erhebliche Risse aufweist. Und immer noch ist die internationale Solidarität ein wesentlicher Bestandteil des Selbstverständnisses der FAU-Militanten, was beispielsweise die breite Kampagne für die CNT Sevilla mit zahlreichen Aktionen gegen die deutsche PLUS-Supermarktkette im letzten Jahr gezeigt hat. Dass der FAU neben praktischer Solidarität auch der Austausch und die Diskussion auf internationaler Ebene wichtig ist, zeigte sich auf der »Internationalen Solidaritätskonferenz i02« in Essen. Dieses viertägige Treffen syndikalistischer und unionistischer GewerkschafterInnen aus mehr als 20 Ländern war wohl die umfassendste organisatorische Leistung der FAU in ihrer dreißigjährigen Geschichte. Die anarchosyndikalistische Basisgewerkschaft ist heute in etwa 30 Städten mit eigenen Gruppen vertreten, und es existieren mittlerweile Syndikate in den Bereichen Bildung, Landwirtschaft/Lebensmittelindustrie, Kultur und Medien, Gesundheit/Pflege sowie in der IT-Branche.

Roman Danyluk
(Allgemeines Syndikat München)



1) Gate Gourmet ist ein Airline-Catering Unternehmen. Am 07.10.2005 kam es zum Streik. Gate Gourmet verlängerte die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, verkürzte den Jahresurlaub um fünf Tage und wollte Zulagen streichen.

2) MultiCom Services GmbH (MCS) aus Berlin-Spandau (11833). Bereits seit Herbst des Vorjahres wurden 200 Arbeitsplätze vernichtet. Der Streik brach dann schließlich am 10.02.2005 aus, als 300 weitere Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollten (siehe DA 167/168).

Am Ende des Jahres wird das Buch »FAU – Die Geschichte der Freien ArbeiterInnen Union von 1977 bis 2007« erscheinen, herausgegeben von der Arbeitsgruppe »30 Jahre FAU«, Syndikat A, FAU-MAT und Edition AV.

Süßer Reichtum oder bittere Armut

Energie vom Acker entwickelt eine katastrophale Dynamik, die die Welt erschüttert

Der globale Run auf Biotreibstoffe heizt die brasilianische Zuckerrohrproduktion an und macht Landarbeiter zu »Ethanol-Sklaven«. Es gibt aber auch einen funktionierenden Betrieb, den die Arbeiter selbst verwalten.

Sobald die Sonne aufgegangen ist, schwirren Macheten durch die Luft. Mit kräftigen Schlägen ernten die Männer das reife Zuckerrohr. Nur in den frühen Morgenstunden ist die Hitze einigermaßen erträglich. Danach steigen die Temperaturen auf über 30 Grad. Im Nordosten Brasiliens ist die Zuckerrohrernte fast überall reine Handarbeit. In der hügeligen Landschaft können kaum Maschinen eingesetzt werden. Zehn Tonnen muss ein Arbeiter am Tag schaffen, dafür gibt es neun Reais, knapp drei Euro. Der Nordosten als ein traditioneller Standort der Zuckerwirtschaft ist immer noch das Armenhaus Brasiliens und gleichzeitig ein Beispiel für frühe Globalisierung und ein Ökodesaster. In der regenreichen hügeligen »Zona da Mata« wird seit dem Ende des 16. Jahrhunderts Zucker für den Weltmarkt produziert. Mit seinem Anbau wurden in Brasilien die Plantagenwirtschaft und der Sklavenhandel eingeführt. Folgen waren außerdem die Abholzung des Küstenregenwaldes bis auf sieben Prozent der Ursprungsfläche und die Auslaugung des Bodens durch die Monokulturen. Das an riesigem Großgrundbesitz der Zuckerbarone orientierte Wirtschaften prägt die ökonomischen und sozialen Strukturen des Nordostens bis heute. Außerhalb der Erntezeit haben die Landarbeiter kaum Chancen, eine andere Beschäftigung zu finden.

Kraftstoff Ethanol

Brasilien ist mit einer Anbaufläche von etwa sechs Millionen Hektar weltweit der größte Erzeuger von Zuckerrohr. Rund die Hälfte der Produktion wird heute zu Ethanol als Treibstoff für Kraftfahrzeuge verarbeitet. Die brasilianische Zuckerwirtschaft befindet sich in Aufbruchstimmung. Die Branche erhofft sich durch den globalen Boom bei der Nachfrage nach Agrartreibstoffen als Ersatz für Erdöl neue Absatzmärkte. UNICA mit Sitz in São Paulo, der weltweit größte Anbauverband für Zuckerrohr, geht davon aus, dass sich binnen 15 Jahren die Fläche der Zuckerrohrfelder in Brasilien verzwei- oder sogar verdreifachen wird. Derzeit wird der brasilianische Ethanol-Markt regelrecht aufgemischt. Im Februar 2007 verkündete die US-Regierung ihr Interesse am Aufbau einer strategischen »Ethanol-Allianz« mit Brasilien. Japan will in der nächsten Zeit acht Milliarden Dollar in brasilianische Ethanol-Unternehmen stecken, und auch die EU setzt auf Exporte von Biotreibstoffen und schielt dabei nach Brasilien. In dem südamerikanischen Land wird der Ethanol-Boom aber auch zunehmend zum sozialen Sprengsatz. Im März 2007 besetzten 800 Frauen der Bauernorganisation »Via Campesina« eine Ethanolfabrik, die bereits zum US-amerikanischen Konzern CARGILL gehört. Die Besetzung war Teil der Aktionswoche »Frauen verteidigen das Leben gegen Agrobusiness«. In einer Erklärung hieß es dazu, »die starke Ausweitung des industriellen Zuckerrohranbaus hat Umweltzerstörung, unmenschliche Arbeitsbedingungen sowie die weitere Konzentration von Landbesitz zur Folge, die zu einer Vertiefung der krassen sozialen Unterschiede in Brasilien führt«.

Konsequente Landreform...

In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob der Zuckerrohr-Boom süßen Reichtum für wenige und bittere Armut für viele bringt oder ob es gelingt, die Expansion sozial und ökologisch verträglich zu gestalten. Laut Angaben der Landpastorale (CPT), einer ökumenischen Einrichtung der katholischen Kirche, Lutheranern und Methodisten für brasilianische Landarbeiter, wurden allein im vergangenen Jahr etwa 40.000 Familien von ihrem Land vertrieben oder zwangsgeräumt – also mehr Familien, als 2006 durch die Agrarreform zu Land gekommen sind. Die CPT kritisiert, der Ethanol-Boom sei dafür verantwortlich und zerstöre darüber hinaus die Küsten-Regenwälder, bedrohe die Artenvielfalt und stelle eine immer stärkere Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion dar. Die extrem ungleiche Landverteilung ist eine der Hauptursachen der Armut in Brasilien. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung besitzen rund 80 Prozent des Landes. Viele Flächen bleiben ungenutzt und dienen als Spekulationsobjekte. Rund 4,8 Millionen brasilianische Familien sind landlos, während 4.000 Großgrundbesitzer über 85 Millionen Hektar Land verfügen. Die wirtschaftliche Misere treibt Zehntausende Menschen aus dem Nordosten als »Ethanol-Sklaven« in die Zuckerrohr-Anbaugebiete im Bundesstaat São Paulo. In der Kleinstadt Palmares Paulista beispielsweise hausen sie in gefängnisähnlichen Unterkünften. Auf den bis zum Horizont reichenden grünen Zuckerrohr-Plantagen schuften die bettelarmen Hilfsarbeiter und verwirklichen das, was Präsident Lula die »Energie-Revolution« nennt. »Sie besitzen nur die Kleidung, die sie tragen«, berichtet Valeria Gardiano, Chefin des Sozialamts in Palmares, »und bringen ihre unterernährten Kinder und kranken Schwiegermütter mit. Wir tun unser Bestes, aber die Lage explodiert.«



...und Todessprit

Innocence Dias starb einen grausamen Tod. Seine Mörder stachen sieben Mal auf ihn ein und schnitten ihm die Kehle durch. Jahrzehntelang hatte er den Guerillakrieg im kolumbianischen Departement Antioquia und den Terror durch paramilitärische Gruppen und Drogenbarone überlebt. Innocence Dias starb paradoxerweise, weil die Welt durch »grüne« Energie besser werden soll.

Sein Fehler war, dass er sein Land nicht an eine Gruppe von Paramilitärs verkaufen wollte, die eines Tages in seinem Dorf Llano Rico auftauchte. Nach dem Mord gab Dias` Familie auf und floh. Heute wachsen auf dem Land der Vertriebenen Ölpalmen der Agrarsprit-Firma Urapalma, mit der die Paramilitärs zusammengearbeitet haben. Agrarenergie ist weltweit mit Regenwaldzerstörung, gewaltsamen Vertreibungen und steigendem Hunger verbunden. Menschenrechtsorganisationen haben in der kolumbianischen Chocó-Region inzwischen 113 Morde durch Paramilitärs dokumentiert, die damit zusammenhängen, dass Palmöl-Konzerne Land für neue Plantagen suchen, das vorher afro-kolumbianischen Dörfern gehört hat. Große Regenwaldflächen sind in dem südamerikanischen Land inzwischen in Palmöl-Plantagen verwandelt worden, angeheizt durch den »Energiedurst« in den Industriestaaten auf sogenannte »umweltfreundliche« Energie aus nachwachsenden Rohstoffen. Der Boom hat katastrophale Konsequenzen für Tausende kolumbianische Kleinbauern. »Paramilitärische Gruppen gehen auf der Suche nach Land für Palmöl mit brutaler Gewalt vor«, berichtet der britische Entwicklungshelfer Dominic Nutt, der kürzlich Kolumbien besucht hat. »Sie sagen den Kleinbauern einfach: Wenn du nicht verkaufst, verhandeln wir morgen mit deiner Witwe.«

Benzin statt Brot

»Die Produktion von Agrartreibstoffen kann weltweit zu Hundertausenden zusätzlichen Hungertoten führen«, warnte im Juni 2007 Jean Ziegler, UN-Sonderbotschafter für das Recht auf Nahrung. Der bekannte Soziologe und frühere Schweizer Parlamentarier beschuldigt die EU, Japan und die USA der »totalen Heuchelei«, weil sie Agrartreibstoffe förderten, um ihre eigene Abhängigkeit von Ölimporten zu verringern. Dadurch erhöhe sich der Druck auf Land, das für Nahrungsmittelproduktion benötigt werde. US-Agronomen haben berechnet, dass bei fortgesetzter Verbrennung von Nahrungspflanzen die Zahl der Hungernden von rund 850 Millionen auf 1,2 Milliarden Menschen im Jahr 2025 steigen könnte. Das Getreide, das umgewandelt in Ethanol zur Füllung des Tanks eines Oberklassewagens notwendig ist, kann einen Menschen während eines ganzen Jahres ernähren. In Indonesien kochen inzwischen immer mehr Menschen mit gebrauchtem Frittierfett, weil sie sich das traditionell verwendete und nährstoffreiche Palmöl nicht mehr leisten können, seit der Palmölpreis im Zuge der Agrarsprit-Revolution sprunghaft angestiegen ist. Die mexikanische »Tortilla-Krise« lieferte ein weiteres Beispiel, wohin der Weg geht. In den vergangenen Monaten sind die Weltmarktpreise für Mais drastisch gestiegen, weil in den USA immer mehr Ethanol aus Mais produziert wird. Die Tortilla, das Grundnahrungsmittel der armen MexikanerInnen, ist aus Mais, und die MexikanerInnen müssen inzwischen doppelt so viel dafür zahlen wie noch vor kurzem. »Für viele Mexikaner ist die Tortilla eine Frage von Leben und Tod«, schrieb der Publizist Manuel Jánregui in der Tageszeitung Reforma. Geht der Trend weiter wie bisher, werden in Zukunft Millionen Hektar fruchtbaren Landes in der Hand weniger multinationaler Konzerne sein, die darauf Treibstoffe statt Nahrungsmittel anbauen, obwohl Millionen Menschen schon jetzt an Hunger sterben. Anfang 2007 haben Hunderte Umweltgruppen aus Lateinamerika in einem Offenen Brief an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission sowie die Regierungen und BürgerInnen der gesamten EU vor einem Agrarenergie-Boom gewarnt. Unter dem Titel »Wir wollen Nahrungsmittel-Souveränität, keine Bio-Treibstoffe«, erklären die Organisationen, es sei absolut unwahrscheinlich, dass Europa sich aus eigener Produktion mit Bioenergie versorgen könne. »Deswegen wird dies auf Kosten landwirtschaftlicher Flächen passieren, von denen die Nahrungsmittel-Souveränität in unseren Ländern abhängt.«

Während die EuropäerInnen ihre Autokultur festigten, hätten die Menschen in den südlichen Ländern immer weniger Fläche zum Anbau von Nahrung. »Wir werden darauf angewiesen sein, unsere Ernährung über Importe zu sichern«, heißt es in dem Brief weiter.

Fabrik in Arbeiterhand

Zucker und Hunger sind Begriffe, die in Brasilien nicht voneinander zu trennen sind. Damit wollten die Arbeiter der Usina Catende, einer Zuckerplantage und -fabrik im Bundesstaat Pernambuco, Schluss machen. Seit 1997 führen sie mit Unterstützung der Gewerkschaft einen ehemals insolventen Betrieb in Eigenregie weiter. Die alte Fabrik in der Ortschaft Catende gibt es seit über 100 Jahren. Ende des 19. Jahrhunderts gegründet, stieg sie in den sechziger und siebziger Jahren zur größten Zuckerfabrik Lateinamerikas auf. »Damals geschah etwas Folgenschweres in der Geschichte des Betriebes«, berichtet Lenivaldo da Silva Lima, technischer Berater des heute »Catende-Harmonia« genannten Projektes. »Die Betriebsleitung entließ über Nacht alle 2.300 Arbeiter auf den Zuckerrohrfeldern, die Hälfte der gesamten Belegschaft.« Die Verhandlungen der Gewerkschaften auf Wiedereinstellung und Entschädigung der Landarbeiter zogen sich über ein Jahr ohne Erfolg hin. Am Ende platzte den hungernden Entlassenen der Kragen: Sie besetzten 19 Tage lang das Eingangstor der Fabrik und legten den Betrieb lahm. Als Erstes sicherte die Belegschaft die Fortführung der Produktion, dann begann sie mit Schritten zur Umgestaltung des Unternehmens. Priorität hatten dabei zwei Vorhaben: Nahrungsmittelsicherheit, weil die Ernährungslage – vor allem außerhalb der Erntezeiten – sehr schlecht war, und eine Alphabetisierungskampagne. Heute wird in der Usina Catenda auf dem größten Teil der Fläche weiterhin Zuckerrohr angebaut, und die Arbeiter werden nach einem Tarif bezahlt, der etwas über dem Mindestlohn liegt. Darüber hinaus wurde allen Feldarbeitern ein Stück Land zur freien Verfügung zugeteilt. Das gewählte Leitungsgremium stellte dafür etwa drei Hektar pro Arbeiter zur Verfügung. Gleichzeitig wurde die Leistungsnorm deutlich gesenkt. Der Tagessatz eines Feldarbeiters liegt nun bei drei Tonnen. »Das kann er gut in vier Stunden schaffen«, meint Lenivaldo, »Den Rest des Tages kann er sein eigenes Feld bewirtschaften und ein Zusatzeinkommen erzielen.« Manche pflanzen Grundnahrungsmittel wie Bohnen, Mais oder Maniok an, andere aber auch Zuckerrohr. Inzwischen plant die Usina Catende, in einigen Jahren auch ins Ethanol-Geschäft einzusteigen. »Wir werden den Markt und die sozialen und ökologischen Probleme genau beobachten«, sagt Lenivaldo. »Hungersprit werden wir nicht produzieren«.

Werner Paczian
(Sprecher von Rettet den Regenwald e.V.)

Rekordhoch
Maispreis an der CBoT in US-Cent je Bushel*
450
400
350
300
250
200
16. 1. 07
19 Uhr
405,75
3. 1. 06
*1 Bushel = 35,24 l
16. 1. 07

USA: Streik gegen die Gewerkschaft
«First Student» ist ein Busunternehmen aus St. Louis im mittleren Westen der USA. Die Firma betreibt hauptsächlich Schulbusse; viele der 860 FahrerInnen sind bislang in der Gewerkschaft «Laborers' International Union of North America» organisiert. Als die Gewerkschaft ohne die Zustimmung der FahrerInnen einen 90-Tage-Kontrakt mit dem Management abschloss, der Verschlechterungen für die ArbeiterInnen bedeutet hätte, begannen diese einen wilden Streik. Der Streik richtete sich nicht nur gegen die Firmenleitung, sondern auch gegen die Gewerkschaft. Kurz vor Streikbeginn beantragten die Gewerkschaftsmitglieder, dass das Arbeitsschiedsgericht ihre Zugehörigkeit zu dieser Gewerkschaft aufhebt.

Der Streik wurde nach zwei Tagen beendet.

Thailand: Demo gegen Bahnprivatisierung
Am 12. September demonstrierten in der thailändischen Hauptstadt Bangkok einige Tausend Arbeiter des Transportsektors gegen die beabsichtigte Privatisierung der Eisenbahn und des Transports auf der Straße. Den Protest hatten vier Gewerkschaften des Transportsektors organisiert, die der Internationalen Transportarbeiter Föderation angeschlossen sind.

www.itfglobal.org

Kampagne für Streik kanadischer Holzfäller
Die Bau- und Holzarbeiter-Internationale, ein internationaler Zusammenschluss von Gewerkschaften, organisiert die Unterstützung der seit dem 21. Juli streikenden 7.000 Holzfäller in der kanadischen Provinz British Columbia. Der hartnäckige Streik richtet sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Holzarbeiter. Seit Januar 2005 gab es 65 tödliche Unfälle.

www.bwint.org

Kongo: Lehrerstreik für höhere Löhne
Education International (EI), ein internationaler Zusammenschluss von Lehrergewerkschaften, unterstützt den Streik von zwei ihm angeschlossenen Organisationen im Kongo. Die Lehrer im Kongo streiken wegen ihrer Löhne und gegen die Nicht-Ausbezahlung ihrer Zulagen für Unterkunft und den Weg zur Arbeit. EI protestiert ebenfalls gegen den Versuch, Jean-Pierre Kimbuya, Generalsekretär des Syndicat des Eneignants du Congo (SYECO), zu kidnappen.

www.ei-ie.org

Rettet den Regenwald
Friedhofsweg 28
22337 – Hamburg
Tel. +49 (0) 40 4 10 38 04
Fax:+49 (0) 40 4 50 01 44
<info@regenwald.org>
www.regenwald.org

Bulgarien: LehrerInnen streiken die vierte Woche
Am 15.10. begann die vierte Woche im Streik der LehrerInnen in Bulgarien für eine 100-prozentige Lohnerhöhung und Erhöhung der staatlichen Bildungsausgaben. In Bulgarien gibt es rund 120.000 Lehrer, die durchschnittlich 225 Euro verdienen.

Zimbabwe: LehrerInnen streiken für Inflationsausgleich
Die LehrerInnen der staatlichen Schulen in dem südafrikanischen Staat Zimbabwe verlangen einen Inflationsausgleich. Die Inflationsrate liegt gegenwärtig bei 6.500 Prozent. Manche sind so arm, dass sie ihre eigenen Kinder nicht zur Schule schicken können. Die SchülerInnen unterstützen ihre LehrerInnen.

Ungarn: StudentInnen gegen Studiengebühren
4.000 Studierende demonstrierten am 17.10. in Budapest gegen die geplanten Studiengebühren und forderten den Rücktritt des Bildungsministers. Die Studiengebühren wurden als »Studenten-Steuer« tituliert, der Betrag von bis zu 600 Euro im Jahr wird viele vom Studium abhalten.

Hambach: Ende des Streiks bei Smart
Nach vier Tagen Streik hatte Smart den Kollegen am 10.10 eine Erhöhung der Löhne um 75 Euro für die Arbeiter und ein Prozent (höchstens jedoch 30 Euro) für die Führungskräfte und Techniker angeboten. Ursprünglich wollte die Geschäftsleitung nur 30 Euro Lohnsteigerung für alle anbieten. Gleichzeitig verpflichtete sich Smart, keine Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen bis zum Jahre 2009 durchzuführen. Des Weiteren muss Smart 25 Beschäftigte für die Produktionsbereiche neu einstellen. Die Kollegen forderten 40 neue Arbeitsplätze.

Hongkong: Streik der Eisenbieger erfolgreich
Die Gewerkschaft der Bauarbeiter hat in Hongkong einen erfolgreichen 36-tägigen Streik der Eisenbieger durchgeführt. Als Ergebnis werden die Löhne auf 860 Hongkong-Dollar erhöht bei einem Arbeitstag von acht Stunden. Die Unternehmer hatten ursprünglich 850 Hongkong-Dollar bei einem neunstündigen Arbeitstag angeboten.

Italien: Viertägiger Streik von JournalistInnen
Die JournalistInnen der italienischen Nachrichtenagentur ANSA protestierten damit gegen Pläne des Vorstandes, 50 Arbeitsplätze der zentralen Redaktion in Rom zu streichen. Die JournalistInnen sind nicht damit einverstanden, dass immer mehr unbefristete Arbeitsplätze durch schlechter bezahlte freiberufliche Arbeitsverträge ersetzt werden.

Wir sind schon da!

Die Lage der polnischen MigrantInnen in Europa

Die Autorin, Monika Karbowska, berichtet und analysiert aus ihrer Sicht als polnische Migrantin und feministische Aktivistin in Europa. Ursprünglich wurde dieser Text für die Konferenz »Europa Global-Fatal 30.03 – 1.04.2007« geschrieben und wird hier in einer stark gekürzten Fassung wiedergegeben.

Quellen

Dieser Beitrag entstand auf Grundlage meiner eigenen Erfahrungen im Ausland. Seit 1992 lebe ich in Frankreich, einem Land, für das ich mich aus politischen Gründen entschieden habe. Damals war Frankreich noch nicht so konservativ und ultraliberal wie heute.

Migrationstradition

Migration gilt in Polen seit dem 19. Jahrhundert bis in die jüngste Vergangenheit als eine Lebensoption, und das obwohl das kommunistische Regime Migration nicht guthieß und sie durch die Schließung der Grenzen verhindern wollte. Aber das Leben ist immer stärker als politische Unterdrückung. Deshalb gab es während der gesamten 40-jährigen Lebenszeit des Regimes eine sowohl politisch als auch ökonomisch motivierte Migration, in den 1980er Jahren vor allem von jungen gebildeten Leuten, die keine Probleme hatten, im Westen (Deutschland, Frankreich, Kanada, USA) Aufenthaltserlaubnisse als »politisch Verfolgte« zu bekommen. Daneben gab es die sogenannte »Pendelmigration", zum Beispiel von StudentInnen, die ein Jahr lang im Westen arbeiteten, um danach mit dem verdienten Geld eine Wohnung zu kaufen und ihr Studium fortzusetzen. Das Sprichwort: »Vor dem Krieg sind wir für das Brot ausgewandert – heute für das Brot mit Schinken«, verdeutlicht die gewandelte Erwartungshaltung an die Migration, zumal sich die Lage der ArbeiterInnen unter dem kommunistischen Regime derart verbessert hatte, dass sie nicht mehr zum Überleben auswanderten, sondern um langlebige Konsumgüter zu kaufen. Natürlich gilt dies nicht für die politische Migration.

Die Ursachen der heutigen Migration

Leider hat der brutale Kapitalismus den sprichwörtlichen Schinken verschwinden lassen, sodass die Leute sich seit 1991-1992 wieder für das reine Brot zur Migration entscheiden müssen. Seit der erzwungenen Grenzöffnung für westliche Produkte, den Privatisierungen, Pleiten und der massenhaften Schließung polnischer Industriebetriebe in den Jahren 1991-1996 herrscht Massenarbeitslosigkeit in weiten Teilen Polens, im industriellen Süden genauso wie im landwirtschaftlichen Norden, nach der Schließung der staatlichen Großlandwirtschaftsbetriebe. Noch heute liegt in den Südprovinzen die Arbeitslosenrate bei 20 bis 30 %, in manchen Nordregionen sogar bei bis zu 40% – und das laut offizieller Statistiken, die die Situation vermutlich eher beschönigen. Als die Betriebe Anfang der 1990er Jahre geschlossen wurden, unternahm die Regierung – getreu der offiziellen ultraliberalen Ideologie – überhaupt nichts, um die Industrie umzustrukturieren. Die Leute wurden allein gelassen, sie sollten sich nunmehr, laut herrschender Ideologie, als »SelbstunternehmerInnen g verstehen und verhalten. Es wurden lediglich aus EU-Geldern ein paar »Freie ökonomische Zonen« aufgebaut, die nichts an der Gesamtsituation änderten. Die Menschen haben mit den Unternehmen nicht nur ihre Arbeit, sondern ihre soziale Stellung, ihre Würde, ihre soziale Bedeutung verloren. Die ihre Lebensweise bestimmenden Strukturen und Organisationen brachen plötzlich weg. Alles, was sich um Urlaub, Kultur und Sport drehte, hing mit dem Betrieb zusammen – und verschwand mit diesem. Die Menschen verloren auch ihre politische Bedeutung: Es sei daran erinnert, dass eigentlich keinE ArbeiterIn aus der Solidarność sich die Rückkehr des Privatkapitalismus wünschte!

Die Migration zwischen 1992 und 2004

Die alte Tradition kehrte also schnell zurück: Emigration als Lösung. In dieser Zeitspanne, zwischen der Unterzeichnung des Schengenzusatzprotokolls von 1992 und dem EU-Beitritt im Jahr 2004, hatten PolInnen die Möglichkeit, drei Monate lang im Westen zu leben, aber ohne Arbeitserlaubnis. Dies galt mit Ausnahme Englands, das den PolInnen durch Visumszwang verschlossen blieb. So haben die Menschen das Naheliegende getan: Schwarzarbeit blühte. Das betraf im Übrigen alle Länder Westeuropas, wenngleich es in Deutschland etwas einfacher war, eine Aufenthaltserlaubnis als SaisonarbeiterIn zu bekommen. In allen anderen Ländern war die Lage der ArbeiterInnen sehr viel schwieriger. In Frankreich war es nahezu unmöglich, die sehr restriktiven Vorschriften zu umgehen. Als Spanien und Italien in den 1990er Jahren MigrantInnen massenhaft legalisierten, waren auch tausende PolInnen darunter. In Griechenland bevorzugt die Regierung ohnehin Schwarzarbeit, sodass hier beide Augen zugedrückt werden. Für die polnischen Regierungen zwischen 1992 und 2004 existierten die MigrantInnen offiziell nicht, weil Polen in EU-Beitrittsverhandlungen eingetreten war und die jeweilige Regierung zeigen musste, dass von Polen keine »Migrationgefahr« ausgeht. So blieb die Lage bis 2005 – bis zur Grenzöffnung Englands für PolInnen. Von einem Tag auf den anderen verwandelten sich die polnischen ElendsmigrantInnen in »fast britische« Staatsbürger, die die gleichen Rechte hatten wie die EngländerInnen! Infolgedessen nahm die polnische Migration gewaltige Dimensionen an: Verschiedenen Quellen zufolge übersiedelten innerhalb von zwei Jahren zwischen 500.000 und 1 Million PolInnen nach England und Irland. Insgesamt sollen 2 Millionen PolInnen ihre Heimat seit 2004 verlassen haben. Wenn wir die Pendelmigration dazurechnen, kommen wir leicht auf 3 Millionen. In anderen EU-Ländern ist es nicht so einfach, legal an Arbeit zu kommen. In Deutschland und Frankreich wurden den MigrantInnen nur wenige Berufe geöffnet, auf dem Bau, in der Landwirtschaft, im Hotelgewerbe. Spanien hat die Grenzen erst geöffnet und will sie jetzt wieder schließen. Das Gleiche gilt für Italien. Nur Schweden hat die Grenzen total geöffnet, die Notwendigkeit aber, die schwedische Sprache zu können, um legal zu arbeiten, bremst die Flut nicht-qualifizierter MigrantInnen.

Die Lage der Migrantinnen



Migration ist natürlich auch geschlechtsspezifisch, weil die Berufe im Westen nach Geschlecht unterteilt sind. So fahren die meisten Frauen zum »Putzen« (die Migrantinnen selber sprechen nicht edel von »Hausarbeit", sondern vom »Putzen"), während die Männer auf dem Bau arbeiten. Beide fahren zur Arbeit in der Landwirtschaft (Spanien, Frankreich, Italien, Deutschland), arbeiten dort aber nicht zusammen, da wegen der getrennten Bewerbungsorganisation Frauen nicht in den gleichen Bereichen wie Männer eingesetzt werden. Eigentlich begegnen sich die MigrantInnen bei ihrer Arbeit nicht. Sie treffen sich in Polen wieder, in ihrer Stadt, ihrer Familie, ihrem Dorf. Wie in vielen Ländern Europas haben Frauen auch in Polen eine bessere Ausbildung als Männer, sind aber öfter arbeitslos. Frauen, die putzen gehen, haben oft Abitur, manchmal sogar einen Universitätsabschluss! Die heute 40- bis 60-Jährigen waren früher, vor dem Zusammenbruch ihrer ökonomischen Existenz, Beamtinnen oder qualifizierte Arbeiterinnen. Die Jüngeren haben oft kein Abitur mehr oder keine Berufsausbildung: Wie in allen Ländern führt in Polen der Druck auf die Arbeitslosen zum Rückgang des Bildungsniveaus, weil das Universitätsstudium viel teurer als früher und somit zunehmend unerschwinglich geworden ist. Eben deshalb gehen junge Frauen oft in den Westen, um Zugang zum Universitätsstudium zu bekommen. Als Kindermädchen oder Altenpflegerin verdienen sie weniger als Männer auf dem Bau. Während Männer bei einer gut bezahlten Stelle auf ungefähr 1000 Euro kommen, können Frauen mit nicht mehr als 600-700 Euro für einen Ganztagsjob rechnen. Nicht mal genug, um im Westen selbständig zu leben. Junge Frauen haben oft Französisch oder Spanisch gelernt – und sind somit den Männern in puncto soziale Integration voraus –, da diese Sprachen in Polen als »Sprachen für Fräulein aus dem gutem Hause h angesehen werden, während Englisch als die Sprache der wahren Männer gilt. Aber Männer, die Englisch lernen, finden genug Jobs in Polen, die Frauen bleiben dabei auf der Strecke. Also fahren sie nach Frankreich, um zum Beispiel als Au-Pair-Mädchen zu arbeiten, Französischkurse zu belegen, nach zwei Jahren die Sprachaufnahmeprüfung der Sorbonne zu machen und an die Universität zu gehen. Ich kenne viele Beispiele von Frauen, die so zu studieren angefangen haben. Mit dem Studium wächst die soziale Integration, und der Wunsch nach Polen zurückzugehen, lässt nach. Diese Frauen versuchen, nach dem Studium eine Arbeit zu finden und bleiben oft im Westen. Ende der 1990er Jahre war es sehr schwierig, nach dem Studium eine Arbeitserlaubnis zu bekommen: Daher versuchten die jungen Frauen, Franzosen (oft mit Migrationshintergrund) zu heiraten. Sie bekamen, wie im 19. Jahrhundert, eine Arbeitsmöglichkeit nur, wenn sie geheiratet hatten! Die Heirat war ein Mittel zum Zweck: Arbeit, Haus und eine eventuelle soziale Integration durch Kinder. Der Familie eine Arbeit und Kinder vorweisen zu können, wird immer noch als der wahre Erfolg in der polnischen Provinz angesehen. Ein Ehemann allein genügt allerdings nicht, es muss schon die Arbeit/das Geld hinzukommen. Dieses Geld aber hat die Migrantin nicht immer. Arbeitet sie schwarz, was oft vorkommt, auch wenn sie Papiere hat, kann es passieren, dass sie nicht bezahlt wird. Hat sie eine volle Aufenthaltserlaubnis, erlebt sie die Massenarbeitslosigkeit wie alle anderen WesteuropäerInnen ihrer Schicht. Doch hat sie keine Familie, auf die sie sich stützen könnte. Sie kann ihre Wohnung verlieren, obdachlos werden. Die Straßen von Paris sind voll von obdachlosen Männern, die überall in Europa gearbeitet und irgendwann aufgegeben haben, für die Arbeit, für das Bezahltwerden, für die Wohnung zu kämpfen. Sie sind ewige Migranten und schämen sich, nach Hause zurückzukehren. Heute leben diese Menschen am Rande der Stadt, in der Nähe der Autobahnen. Auch Frauen werden obdachlos, doch sie sind weniger sichtbar, da sie dank der positiven Aspekte der weiblichen Sozialisation leichter ein soziales Netz aus Freundinnen aufbauen, auf das sie sich verlassen können. Daneben gibt es die Fälle von Frauen, die prügelnde Ehemänner erdulden, um bloß nicht auf der Straße zu landen oder eine Art Hausprostitution praktizieren (für ein Dach überm Kopf mit einem Mann schlafen).

Prostitution

In Polen war die Prostitution bis 1989 eine marginale gesellschaftliche Erscheinung, da alle Frauen eine Arbeit hatten. Massive Prostitution begann mit der Herausbildung mafiöser Organisationen in der Zeit des Zusammenbruchs der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen in den Jahren 1992-1994. Da auch die Pornographie in dieser Zeit freigegeben wurde und die Presse die Prostitution als Gipfel sexueller Befreiung anpries, wurde es für junge Mädchen aus der Provinz akzeptabel, auf diese Weise eine Lösung für die finanziellen Probleme ihrer Familie zu suchen. So gerieten Hunderte von Polinnen mehr oder weniger freiwillig in die Bordelle von Deutschland, Belgien, Spanien oder auf die Straßen von Frankreich oder Schweden. Trotz ihres Ausmaßes bleibt aber die Prostitution in Polen ein Tabuthema: Die Prostituierte ist immer die »Andere«, die Ausländerin, nicht meine Frau, nicht meine Schwester, nicht meine Tochter. Das hat mit der katholischen Doppelmoral zu tun: Als die Prostitution begann, äußerte die Katholische Kirche keine Kritik. Pornographie wurde lange Zeit neben Papstfotos am Kiosk verkauft. Das ist auch logisch: »Gefallene« Frauen sind nützlich, weil sie die Ehefrau und Mutter besser zur Geltung bringen.

Die »Bolkestein-MigrantInnen«

So nenne ich die PolInnen, die mit polnischen Verträgen ins Ausland gehen, um für westliche Arbeitgeber zu arbeiten. Das Problem ist, dass ihr Lohn auf dem polnischen Lohnniveau bleibt, also zwischen 400 und 800 Euro. Diese Menschen haben dadurch keine Möglichkeit zur Integration. In Frankreich sind sie illegal, weil weder die Regierung noch die Gesellschaft das Prinzip der Herkunft akzeptieren will. Oft sind sie überzeugt, legal zu arbeiten, obwohl sie für das französische Recht überhaupt nicht existieren. Also haben sie keinen Zugang zur Kranken- oder Arbeitslosenversicherung. Wenn sie ihre Kinder aus Polen mitbringen, haben sie keinen Zugang zu Kinderkrippen, Schulen und Sozialwohnungen und auch kein Anrecht auf Arbeitslosengeld oder Umschulung, wenn der Vertrag ausbleibt. Da die polnische Regierung diese Bolkestein-Migration unterstützt, um die Arbeitslosen loszuwerden, informiert sie die MigrantInnen nicht über die Fragwürdigkeit dieser Richtlinie und die Gefahren dieser Verträge. Das Problem der »Bolkesteinverträge« besteht in der Institutionalisierung der Ungleichheit zwischen den West- und OsteuropäerInnen, was zu gegenseitigen Konflikten und auch zu nationalistischem Hass führen kann. Die WestlerInnen fürchten zu Recht den Druck der BilligarbeiterInnen auf die Löhne, und die OstlerInnen verdienen nicht mal genug, um ein autonomes Leben zu führen, weder im Westen noch in Polen. Sie arbeiten unter sehr prekären Bedingungen, wohnen oft auf dem Campingplatz oder in überfüllten Hotels, wo die Arbeitgeber sie unterbringen.

Was können wir tun?

Was wir tun können und sollten ist, diesen MigrantInnen zu helfen, sich selbst in Gewerkschaften zu organisieren, damit sie ihre Rechte verteidigen können.

Autorin: M.K.

struggle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Polen: Erfolgreicher Streik gegen Privatisierung

Nach 17 Tagen haben die Busfahrer im südpolnischen Kielce einen Streik erfolgreich und überraschend beendet. Die von der Stadtverwaltung geplante Privatisierung der Busgesellschaft MPK wurde gestoppt, die Firma soll stattdessen an die Beschäftigten übergeben werden. Noch wenige Tage vor dem Streikende hatte private Security-Leute ein Streikzentrum brutal geräumt. Die ArbeiterInnen hatten es daraufhin am nächsten Morgen zurückerobert. Bei MPK sind 630 ArbeiterInnen beschäftigt, 380 von ihnen sind Fahrer, darunter eine einzige Frau. Zur Vorbereitung der Privatisierung hatte die Stadtverwaltung den aus 160 Bussen bestehenden Fuhrpark über Jahre systematisch verrotten lassen. Im Jahr 2005 führten die Beschäftigten einen Lohnkampf, nachdem es zuvor sechs Jahre lang keine Lohnerhöhung mehr gegeben hatte. Im Gegenteil, Solidarność und zwei kleinere Gewerkschaften hatten 2002 einer Senkung der Löhne zugestimmt, »um die Firma zu retten«. BerufsanfängerInnen verdienen seither lediglich 240 Euro pro Monat, Fahrer mit dreißigjähriger Berufserfahrung ungefähr 400 Euro. Die meisten ArbeiterInnen sind zwischen 40 und 50 Jahr alt, fast alle jüngeren haben sich in den letzten Jahren auf nach England oder Irland gemacht, wo die Löhne erheblich besser sind. Der Konflikt eskalierte, als der autokratische Bürgermeister trotz gegenteiligem Wahlversprechen Verkaufsverhandlungen mit der Veolia-Gruppe aufnahm. Der französische Multi betreibt unter dem Markennamen Connex u.a. auch Zuglinien in der BRD. Die Beschäftigten lehnten die Privatisierung zunächst nicht rundweg ab, sie verlangten aber eine fünfjährige Beschäftigungsgarantie in Kombination mit Entschädigungen im Entlassungsfall und einer Lohnerhöhung. Als sich Veolia darauf nur zum Teil einlassen wollte, traten die Beschäftigten in den Streik, in dessen Verlauf die Gewerkschaft Solidarność u.a. noch rund 150 Euro Lohnerhöhung und Änderungen beim Schichtmodell forderte.

Ägypten: Drei Streiks, drei Erfolge

Die Streikwelle in der ägyptischen Textilindustrie, die seit 2006 anhält und über die wir bereits mehrfach berichtet haben, reißt nicht ab. Anfang Oktober wurde ein Streik von 24.000 ArbeiterInnen in der Mahalla Spinning and Weaving Co. erfolgreich beendet, nachdem die Regierung zusagte, für die Auszahlung ausstehender Gewinnbeteiligungen zu sorgen und die Grundlöhne zu erhöhen. Wenige Tage zuvor hatte die Regierung Mubarak bereits den Arbeitern der Ölmühle Tanta Linseed and Oil factory ähnliche Zusagen machen müssen. Auch in Bezug auf einen dritten Streik in derselben Woche, dieses Mal bei der Damietta Spinning and Weaving Co., signalisierte die Regierung, dass sie sich für die Erfüllung der Forderungen der Beschäftigten einsetzen werde. Der Geschäftsführer der letztgenannten Textilfabrik erklärte gegenüber der Presse, »die Streiks seien eine neue Mode, die zu einer Gefahr für alle ägyptischen Unternehmen würde«. Im Dezember 2006 war ein massiver Streik bei Mahalla, einem der weltweit größten Textilunternehmen, ausgebrochen. Nachdem die Regierung den Forderungen der ArbeiterInnen nachgeben musste, kam es zu einer richtiggehenden Streikwelle. Äyptische Medien berichten von alleine 200 Streiks im Jahr 2006. Die Streiks sind auch die Quittung für das Scheitern eines wirtschaftlichen Reformprogramms der ägyptischen Regierung. Mittlerweile werden die Ausstände als größte innenpolitische Bedrohung für das Regime von Mubarak angesehen.

Bangladesh: Schwere Auseinandersetzungen bei wildem Streik

Anfang Oktober kam es Dhaka erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen rund 25.000 TexilarbeiterInnen, der Polizei und Schlägertrupps der Bosse. Dabei wurden 50 Menschen verletzt und mehr als 20 Fabriken angezündet oder anderweitig beschädigt. Die Konflikte zwischen den TextilarbeiterInnen und den den vom Staat unterstützten Unternehmen des Textilsektors, über die wir mehrfach berichtet haben, setzen sich somit weiter fort. Auslöser war im aktuellen Fall das Verhalten einer als »gemäßigt« geltenden Firma. Bei Nasa, einer Textilfabrik, die u.a. für Wal-Mart produziert, hatte das Management 3.000 ArbeiterInnen, die seit zwei Tagen für die Auszahlung ausstehender Löhne und mehr Urlaub streikten, ausgesperrt. Diese zogen daraufhin zu einer nahegelegenen Fabrik der Sepal-Gruppe, um die ArbeiterInnen dort um Unterstützung zu bitten. Dort kam es zu ersten Auseinandersetzungen, als bezahlte Schläger den Protestzug angriffen. Die ArbeiterInnen bei Sepal strömten auf die Straße, ebenso wie die anderer Fabriken in der Umgebung. Innerhalb kurzer Zeit hatten sich mehr als 25.000 ArbeiterInnen versammelt. Als die Schlägertrupps der Bosse Verstärkung durch mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei erhielten, entwickelte sich eine Straßenschlacht, die sich über das gesamte Viertel erstreckte und in dessen Verlauf Barrikaden errichtet und Fabriken angezündet wurden. Hintergrund dieser und anderer Auseinandersetzungen ist nach wie vor die nicht erfolgte Umsetzung einer Vereinbarung über Mindestlöhne und verbesserte Arbeitsbedingungen aus dem Jahr 2006. Während z.B. der Unternehmerverband RMG behauptet, 97% der angeschlossenen Textilfabriken hätten das Abkommen umgesetzt, ist dies de facto in weniger als 20% der 4.000 Firmen geschehen. Mehr als 90 Prozent der ArbeiterInnen in den Textilfabriken Bangladeshs sind Frauen. Angesichts einer galoppierenden Inflation und drastischer Reallohnverluste wird die Lage der Beschäftigten immer verzweifelter, und selbst die bürgerliche Presse spekuliert darüber, dass eine Welle von Aufständen angesichts dieser Situation nur noch noch eine Frage der Zeit sein kann.

Frankreich: Streik im Nahverkehr

Am 18. Oktober legte ein Streik der Beschäftigten im Transportsektor zunächst einen Großteil von Paris und des Umlandes lahm. Im Laufe des Tages kam es überall im Land zu weiteren Demonstrationen und Streiks. Die Streiks, die sich gegen Verschärfungen bei der Rente richten, wurden ursprünglich von den Gewerkschaften bei der Eisenbahn einberufen, andere Sektoren wie das Gesundheitswesen und die Energieversorgung schlossen sich an. Parallel zu den Streiks, die den Nah- und Fernverkehr fast vollständig zum Erliegen brachten, fanden Demonstrationen gegen die Rentenpolitik der französischen Regierung in rund 130 Orten statt. Die größte zog traditionell durch Paris, an ihr beteiligten sich bis zu 25.000 Streikende. Die Streiks sollen nur der Auftakt zu weiteren Aktionen gegen die Erhöhung des Rentenalters sein.

Indonesien: Streik in fünf Stahlwerken

Zwischen 2.400 und 3.500 Arbeiter aus fünf Werken des indonesischen Stahlunternehmens PT Gunung Garuda sind in den Streik getreten. Sie fordern die Festeinstellung aller Leiharbeiter und der Beschäftigten von Subunternehmen sowie eine Feiertagszulage zum Ende des Ramadan.

Starbucks vs. Starbucks Workers Union

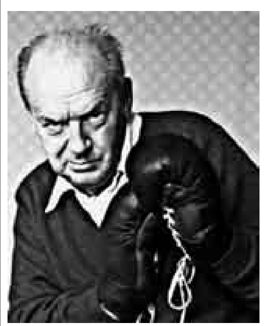
IWW strengt Verfahren gegen Kaffee-Haus-Multi an.

In der Auseinandersetzung zwischen den Industrial Workers of The World (IWW) und Starbucks, der größten Kaffee-Haus-Kette der Welt, ist der Gerichtssaal momentan ins Zentrum des Interesses gerückt. Seit 2004 haben sich die ArbeiterInnen von sechs Starbucks-Filialen in New York City bei der IWW Starbucks Workers Union (SWU) organisiert, außerdem ist die SWU nach Illinois, Michigan und Maryland expandiert. Starbucks versucht, jegliche gewerkschaftliche Organisierung seiner Angestellten zu unterbinden.



Die IWW, vertreten durch ihre Mitglieder Daniel Gross und Joe Agins Jr., haben eine Untersuchung durch die Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen (National Labor Relations Board, NLRB *1) gegen Starbucks in die Wege geleitet, die am 9. Juli 2007 in Manhattan (New York) begann. Es geht um 30 Verstöße gegen Arbeiterrechte, darunter die Kündigungen von drei IWW-Mitgliedern. So waren Gross und Agins als Starbucks-Beschäftigte in New York City – so die Sicht der IWW – aus fadenscheinigen Gründen und in Wirklichkeit wegen ihrer Organisierungsaktivitäten für die SWU gefeuert worden. Gross verlor am 12. August 2006 seinen Job, Agins bereits am 12. Dezember 2005. Starbucks soll – so die Forderung der IWW – gezwungen werden, die gefeuerten Kollegen wieder einzustellen und eine Erklärung zu unterzeichnen, nach der das Unternehmen von zukünftigen Versuchen absieht, gewerkschaftliche Organisierung am Arbeitsplatz zu unterbinden.

Don't call me Jimmy!



Vor Gericht werden die Wobblies vom Anwalt Stuart Lichten vertreten. Mit seiner Hilfe konnten Wobblies bereits am 19. Juni diesen Jahres obsiegen, als Starbucks gezwungen wurde, die Kündigung des IWW-Mitglieds Isis Saenz zurückzunehmen. Sie war am 1. November 2006 gefeuert worden, weil sie an einer Protestveranstaltung gegen die Starbucks-Unternehmenspolitik teilgenommen und bei diesem Anlass den Starbucks-Vize-Präsidenten, Jim McDermott, mit «Jimmy» angesprochen haben soll. Damals wollte der Starbucks-Boss Howard Schultz, der sich medial als eine Art Halbgott zu inszenieren weiß, sein neues Buch in New York präsentieren. Das Schiedsgericht mochte der Argumentation nicht folgen, dass in der Verniedlichung seines Adlatus von «Jim» zu «Jimmy» ein »respektloses Verhalten« zu sehen sei. (Hieß nicht sogar ein US-Präsident so?) Die Wobblies riefen damals außerdem «Shame, Shame, Shame». IWW-Anwalt Lichten sagte gegenüber der Presse: »Es steht außer Frage, dass Starbucks derzeit den unbarmherzigsten Anti-Gewerkschafts-Feldzug in den Vereinigten Staaten unternimmt. Wenn Wal-Mart auf dem Feld der Gewerkschafts-Zerschlagung einen Bruder im Geiste hat, dann Starbucks.«

Der jüngste Prozess wurde zunächst auf den 6. August vertagt, weil die Starbucks-Anwälte, die gleich in der Stärke einer Handball-Mannschaft (*1) antraten, angaben, sie könnten die erforderlichen Unterlagen (Personalakten etc.) nicht ohne weiteres beibringen.

Zwei leere Worte: Soziale Verantwortung

Sowohl die Wobblies als auch Starbucks nehmen das Verfahren äußerst ernst. Denn es könnte nicht nur Modellcharakter für die Durchsetzung einer Starbucks-Gewerkschaft in den USA haben, sondern die IWW mit einem Schlag in die bürgerlichen Medien hieven und das sorgsam gepflegte Starbucks-Image weiter beschädigen. Denn Starbucks geht – anders als Ketten wie McDonalds und Wal-Mart – offensiv mit dem Gedanken der »Sozialen Verantwortung« hausieren. Es heimelt und menschelt in der Unternehmens-PR. So pflegt Starbucks den Mythos von einer kostenlosen Krankenversicherung seiner Angestellten. Dabei sind nur 43% der Starbucks-Angestellten in den USA krankenversichert. Weniger als bei der berüchtigten Discounter-Kette Wal-Mart (47%). Und diese Versicherung müssen die ArbeiterInnen von einem Lohn bezahlen, der zum Leben kaum reicht. Die Löhne sind regional unterschiedlich und liegen zwischen 7—9 $. Eines der Hauptprobleme für Starbucks-Beschäftigte in den USA ist es zudem, genügend Wochenstunden zusammenzukriegen.

In Deutschland...

...liegt der Fall anders. Hier sind die Angestellten – so zumindest erste Erkenntnisse – alle ordentlich versichert, die Löhne liegen etwa bei 8 Euro die Stunde. Auf die intensive Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und Unterbindung von gewerkschaftlicher Organisierung will Starbucks aber auch hier nicht verzichten. In Köln klagen Baristas über massenhafte Überstunden, die sie nicht ausbezahlt bekommen, sondern abfeiern müssen. Bei einem ohnehin flexiblen und ständig wechselnden Dienstplan heißt das schlicht: umsonst arbeiten. Auch werden sie in dem Glauben gehalten, dass sie sofort gekündigt werden könnten, wenn sie einer Gewerkschaft beiträten. Was natürlich hanebüchen ist und gegen das im Grundgesetz verankerte Recht auf Vereinigungsfreiheit verstoßen würde.

Heiner Stuhlfauth (IWW Köln)



Paris: Migrantinnen fordern Sozialwohnungen

In Paris haben 150 Wohnungslose, vor allem Frauen aus Afrika, provisorische Lager aufgeschlagen, um auf ihre prekäre Lage aufmerksam zu machen. Die Frauen und ihre Familien hausen z.T. schon seit Jahren unter übelsten Bedingungen in völlig überfüllten Unterkünften. Nachdem die Polizei die Zelte der Frauen beschlagnahmt hat, übernachten sie jetzt im Freien. Sie wollen so lange durchhalten, bis ihre Forderungen erfüllt werden.

Guyana: 12.000 Zuckerarbeiter im Streik

12.000 Zuckerarbeiter der Guyana Sugar Corporation (Guysuco) im südamerikanischen Staat Guyana (nicht zu verwechseln mit der Landschaft Guayana) traten in Streik, 82 Prozent der Belegschaft. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 12 Prozent, was gerade der aktuellen Inflationsrate entspricht. Der Konzern will aber nur 6,5 Prozent zahlen.

Papua-Neuguinea: Streik bei Lihir Gold

Alle 3.500 Bergleute des Tagebaus von Lihir Gold in Papua-Neuguinea im Pazifik organisierten im September einen viertägigen selbständigen Streik. Die Arbeiter setzten schweres Gerät ein, um die Eingänge des Bergwerks und die Produktion zu blockieren. Sie fordern das Recht, sich zu organisieren, Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen und die Entlassung des gesamten Managements. Regierung und Unternehmen erklärten den Streik für »illegal« und flogen bewaffnete Polizei ein. Die Arbeiter haben mittlerweile eine eigene Gewerkschaft gegründet, die Lihir Gold Allied Workers Union.

Anmerkungen

1) National Labor Relations Board (NLRB): Die »Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen« ist für die Umsetzung des wichtigsten Arbeitsgesetzes der USA, des National Labor Relations Act, zuständig. Die Behörde kann gegen unfaire Arbeitspraktiken vorgehen und schützt das Recht der ArbeitnehmerInnen, durch Abstimmungen zu entscheiden, ob sie sich durch Gewerkschaften vertreten lassen. Sie wurde unter Roosevelt im Jahr 1935 eingerichtet.

2) Ein Handball-Team besteht aus sieben SpielerInnen, sechs im Feld eine(r) im Tor.

Stellenvorschlag

Falls Du einen Job suchst und gleichzeitig etwas für die Weiterentwicklung lokaler wie internationaler Arbeitskämpfe tun willst: Bewirb Dich bei Starbucks! Das Unternehmen expandiert und die Gewerkschaft braucht Dich, um den Kampf der Starbucks Workers Union effektiv führen zu können.

Kontakt: <iwwcologne@yahoo.de>

Infos:

www.wobblies.de
www.starbucksunion.de

Der Film »Together we win – Der Kampf um Organisierung bei Starbucks«
(Diane Krauthamer, USA 2007, DVD, 14 Min., dt. Untertitel) kann bei der IWW-Deutschland bestellt werden:

IWW, Postfach 19 02 03, 60089 Frankfurt am Main. Bitte legt Briefmarken im Wert von 3 Euro bei.

Wirtschaftswunder

Wie Chinas ArbeiterInnen in die Verlegenheit kamen, der Weltwirtschaftsmotor zu werden

Tiananmen-Platz 1989
Die Niederschlagung der Proteste in Peking wurde dabei weniger durch die Studentenproteste provoziert, welche die Staatsführung als relativ ungefährlich tolerierte. Erst als sich zunehmend ArbeiterInnen an den Protesten beteiligten, Betriebe sabotierten oder bestreikten und ihre eigenen Assoziationen gründeten, ließ die Staatsführung Panzer auffahren. In Voraussicht dessen, und weil ihnen Forderungen nach betrieblicher Demokratie zu weit gingen, hatten es die meisten StudentInnen abgelehnt, sich mit den ArbeiterInnen zu solidarisieren.

Einige exilierte Mitglieder des »Autonomen Bundes der Beijinger Arbeiter« (gongzilian) und anderer Gewerkschaften und Arbeiterzirkel sammeln heute von Hongkong aus Daten und Berichte über Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe in China und unterstützen weitere Organisationsversuche. Dazu im Internet: China Labour Bulletin (www.clb.org.hk), und darüber hinaus: China Labor Watch (www.chinalaborwatch.org).

Wir haben der Fabrik unser gesamtes Leben verschrieben und werden niemals dulden, dass irgendwelche Individuen das Interesse der Arbeiter ausverkaufen. Wir werden bis zur letzten Person kämpfen«, stellte ein Arbeiter zu Beginn des Jahrtausends klar.[1]

In den staatseigenen Betrieben, die in Maos China einst die Avantgarde der Arbeiterklasse beschäftigten, gärt der Unmut seit Jahrzehnten. So auch in der Nahrungsmittelfabrik SL Group in Luoyang, Hauptstadt und Industriezentrum der ansonsten agrarisch geprägten Provinz Henan im mittleren Osten Chinas. Weil der Betrieb privatwirtschaftlicher Konkurrenz nicht mehr standhalten könne, entscheidet das Management im Jahr 2000, ihn auf acht Jahre an einen privaten chinesischen Investor zu verpachten. Die Verhandlungen werden schon zu Beginn von Protesten der Belegschaft begleitet, die mit LKWs und Sitzblockaden die Hauptzufahrtsstraßen und die Zugstrecke in Luoyang blockiert. Der Investor versichert jedoch, dass er keine Entlassungspläne hege und stellt sogar höhere Löhne in Aussicht. Um seine Argumente zu untermauern, lädt er Arbeitervertreter zu einer Besichtigung eines seiner anderen Werke ein. Obwohl die dortigen ArbeiterInnen – die, anders als bei SL Group, zum Großteil WanderarbeiterInnen sind – von der Geschäftsführung eingeschüchtert wurden, wird bekannt, dass der angebliche Modellbetrieb auf Grundlage einer Sieben-Tage-Woche produziert, mit täglichen Arbeitszeiten von zwölf Stunden. Alle ArbeiterInnen sind verpflichtet, eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn zum Morgenappell zu erscheinen, um geschlossen zu ihren Werkbänken zu marschieren, begleitet vom militärischen Drill der Vorarbeiter. Ein komplexes Strafsystem – für »schlechte Arbeitsleistung«, einen schmutzigen Arbeitsplatz, häufige Toilettenpausen etc. – reduziert den Lohn um 40–50 Prozent. Als die Belegschaft von SL Group von dem Ergebnis der Betriebsbesichtigung erfährt, zieht sie ihre Zustimmung zu den Plänen des Managements empört zurück, besetzt die Fabrik und leistet den Wachtrupps des neuen Pächters erfolgreich Widerstand. Im Zuge des Konflikts interveniert die Gemeindeverwaltung, in deren Besitz sich der Betrieb formal befindet, und beschließt, die Entscheidung über die Zukunft des Betriebs an den Arbeiter- und Angestelltenrat zu delegieren. Als Ergebnis eines erstmals in der Betriebsgeschichte abgehaltenen Referendums lehnen 80 Prozent der ArbeiterInnen die Umstrukturierung ab.

Eiserne Reisschüssel eingeschmolzen

Der Fall SL Group steht exemplarisch für die wirtschaftliche Restrukturierung und die damit verbundenen Kämpfe zwischen Arbeit, Kapital und Staat der letzten 20 Jahre in China. Die Reformierung des Staatssektors, d.h. eine Umstrukturierung des Produktionsprozesses unter die Verantwortlichkeit des leitenden Managements und seit 1994/95 die teilweise oder gänzliche Privatisierung der Betriebe, konfrontiert die Arbeiterschaft mit drohender Arbeitslosigkeit, der Kürzung oder Streichung von Pensions- und sonstigen Wohlfahrtsansprüchen, der Einbehaltung von Löhnen sowie der fortdauernden »traditionellen« Arbeitsdisziplin. Die Staatsbetriebe beschäftigten auch nach Beginn der Reform-Ära 1978 lange den Großteil der urbanen Arbeiterklasse, allerdings schrumpfte ihre Zahl stetig: von damals rund 78% auf heute gut ein Viertel. Das soziale Ausmaß dieser Entwicklung ist kaum zu unterschätzen, denn die oben erwähnten Sozialleistungen – die sogenannte »eiserne Reisschüssel« – wurden durch die Arbeitseinheit (danwei), den Staatsbetrieb geleistet, dem die Arbeiter ihr Leben lang zugeordnet waren. Während der Staatssektor also graduell seine Bedeutung für die chinesische Wirtschaft – aber nicht für die soziale Versorgung – verlor, entwickelte sich die private Exportindustrie zum eigentlichen Motor des chinesischen Wachstums.

> **ArbeiterInnen werden häufig in Schlafsälen untergebracht, die sich direkt an die Werkhallen anschließen. Diese »Serviceleistungen« werden dann in Rechnung gestellt.**

Dieses lag in den letzten drei Dekaden bei durchschnittlich zehn Prozent. Chinas Exportüberschuss lag 2004 bei 1,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und stieg bis 2006 auf 6,7%, d.h. neben Kapitalinvestitionen und öffentlichem und privatem Konsum machen Exporte einen wachsenden Anteil am chinesischen Wirtschaftswachstum aus. 2004 waren 93,2% der Exporte arbeitsintensiv gefertigte Industriegüter, die zu 38% aus der Sonderwirtschaftszone Shenzhen (Provinz Guangdong), dem Zentrum der chinesischen Exportindustrie, stammten. Die Provinz ist nach wie vor eines der wichtigsten Ziele ausländischer Direktinvestitionen in China (rund 15% der ADI 2003), die v.a. in industrielle Anlagen fließen[2], und damit das Zentrum der Verwertung billiger Arbeitskraft. Offiziellen Statistiken zufolge liegen die Löhne in der Stadt bei durchschnittlich $2000 pro Jahr – allerdings offenbart dieselbe Statistik, dass sich die Jahreseinkommen von Haushalten der unteren und oberen zehn Prozent auf $350 bzw. $3000 belaufen: eine starke Differenz auf allgemein niedrigem Niveau. Diese wird auch durch die Reallohnsteigerungen von 2,8-11,5% in den letzten drei Jahren nicht aufgehoben. Nicht enthalten in diesen Statistiken sind die WanderarbeiterInnen, von denen im Jahr 2000 rund sechs Millionen in Shenzhen arbeiteten. Diese »fluktuierende Bevölkerung«, die fast ausschließlich vom Land kommt, wird auf 80 bis 150 Millionen Personen beziffert (ca. 10% der Gesamtbevölkerung). Obwohl das Haushaltsregistrierung-System (hukou), das jeder Chinesin und jedem Chinesen qua Geburt rurale oder urbane Residenzrechte zuweist, zunehmend auch in die offizielle Kritik gerät, bedeutet es für ländliche MigrantInnen nach wie vor, dass sie keinen Anspruch auf Wohlfahrtsleistungen in den Städten haben, in denen sie »temporär« arbeiten. Sie sind besonders von unsicheren Arbeitsbedingungen, unbezahlten Überstunden und ausbleibenden Lohnzahlungen betroffen. Nicht selten verlangt die Fabrikleitung bei der Einstellung eine Kaution oder zieht die Papiere ein. Insbesondere ArbeitsmigrantInnen werden häufig in Schlafsälen untergebracht und in fabrikeigenen Kantinen verpflegt, die sich direkt an die Werkhallen anschließen. Diese »Serviceleistungen« werden dann in Rechnung gestellt, sodass der eigentliche Lohn wesentlich niedriger liegt als der vertraglich vereinbarte – so denn überhaupt ein Arbeitsvertrag existiert und der Lohn überhaupt gezahlt wird. Tatsächlich bekommen drei von vier WanderarbeiterInnen nur unregelmäßig, zu wenig oder gar keinen Lohn, und nur ein Drittel ist im Besitz eines Arbeitsvertrags. Die durchschnittliche Arbeitszeit liegt in Shenzhen bei zwölf bis 16 Stunden pro Tag, 47,2% haben eine Sieben-Tage-Woche ohne Urlaub. Jährlich sterben ca. zwölf ArbeiterInnen an Überarbeitung, an Nähmaschine oder Fließband kollabierend, schwere Arbeitsunfälle gehen in die Tausende.

Parallelwelten: Zwischen Wehmut und Widerstand

Obwohl die Wirklichkeit eine ganz andere war, stilisierte der Maoismus die ArbeiterInnen der Staatsbetriebe zu »Herren der Fabrik«. Dieses Erbe wird in Reaktion auf Umstrukturierungen von den Betroffenen bewusst instrumentalisiert, indem sie sich als die »arbeitenden Massen« (gongren qunzhong) bezeichnen – und einen Begriff verwenden, der noch aus der Zeit der Kulturrevolution stammt. Die Aneignung der Sprache der Mao-Ära und ihre Zuschneidung auf die eigenen Bedürfnisse unterstreicht gegenüber der KP die Legitimität der Arbeiterforderungen. Vor dem Hintergrund ihrer alten Rechte »existiert Klassensubjektivität [für die ArbeiterInnen der Staatsbetriebe] in der Form eines oppositionellen Bewusstseins gegen die Verletzung des Eigentums der Arbeiter an der Fabrik und des Anspruches auf redistributive Ressourcen.«[3]

Dort, wo privates Kapital neue Fabriken wie Pilze aus dem Boden schießen lässt, formiert sich Protest jedoch auf anderer Grundlage: Seit 1994/95 existiert auf dem Papier ein Arbeitsrecht, das Arbeitsstandards wie Achtstundentag und sichere Arbeitsbedingungen festschreibt – WanderarbeiterInnen sind sich über ihre formalen Rechte aber meist völlig im Unklaren. Sie können auch nicht auf ein historisches Erbe zurückgreifen, das ihnen besondere Privilegien zugesichert hätte. Ein positiver Bezug auf die eigenen Existenzbedingungen – ob vergangen oder aktuell – fällt daher schwer: ›Ihr seid dagongzai [»arbeitende Söhne«, Wanderarbeiter], ihre seid mit Sicherheit kein Niemand.‹ Überrascht von meiner Ernsthaftigkeit verfielen die Arbeiter in Gelächter und sagten: ›Was soll dagongzai sein? Dagongzai ist nichts wert. Dagongzai ist nur ein Wegwerfartikel.‹[4]

Während in den Staatsbetrieben noch die Abteilungen der Gewerkschaft und wie bei SL Group die Arbeiter- und Angestelltenräte existieren, stehen migrantische ArbeiterInnen der Fabrikdespotie vollkommen schutzlos gegenüber. In allen Industriezentren gibt es jedoch ein staatliches Arbeitsbüro, das für die Beilegung von Konflikten zuständig ist und an das sich die WanderarbeiterInnen im Konfliktfall zumeist als Erstes wenden. Weil die meisten keinen Arbeitsvertrag besitzen, erfahren sie häufig erst dort von der Existenz des Arbeitsrechts. Vor dem Hintergrund ihrer verbrieften Rechte äußert sich der Protest von ArbeitsmigrantInnen v.a. in Petitionen und gerichtlichen Klagen. Begleitet wird er allerdings zumeist von kollektiven direkten Aktionen wie Sitzstreiks, Langsamarbeiten und Straßenblockaden. Die Behörden müssen offensiv zur Arbeit gedrängt werden, weshalb Demonstrationen vor Amtsgebäuden zum Alltag gehören. Schaltet sich die Behörde jedoch erst einmal ein, werden rund 50–80% der Schiedsverfahren zugunsten der ArbeiterInnen entschieden. Andererseits liefert die formale Kanalisierung des Widerstands auch die Grundlage für die Unterdrückung weiterer, inoffizieller Proteste. Unabhängige Gewerkschaften sind illegal, und Gründungsversuche sind bisher durch brutale Repression erstickt worden, am deutlichsten wohl am Tiananmen-Platz 1989 (siehe Randspalte). Spontane direkte Aktionen sind daher allenfalls ein Versuch, das Fehlen einer selbstverwalteten Organisationsstruktur zu kompensieren. Denn obwohl Chinas offizielle Gewerkschaft seit 2005 berechtigt ist, WanderarbeiterInnen zu organisieren, ist sie eigentlich nutzlos, wie zwei Funktionäre in Guangdong gegenüber ausländischen Investoren verdeutlichen: »Wir haben den Arbeitgebern ebenfalls gesagt, dass die Gewerkschaften in China ein ›Mittelsmann‹ in Bezug auf die Beilegung von Arbeitskonflikten sind. Sie werden definitiv keine Streiks organisieren.«[5]

Häufig sind die Vorsitzenden der Gewerkschaft gleichzeitig Teil des Managements. ArbeiterInnen in China kämpfen daher an mindestens zwei Fronten – gegen das Kapital und gegen die staatliche Kontrolle, die sich durch Klientelismus und offizielle Institutionen über ganz China zu erstrecken versucht.

[Foto© S. Crosetto] **Chic&Luxury.** ***Schreiender Widerspruch im Straßenbild...***



DA berichtete:
»In Europa funkelt's, in China dunkelt's. Schillernde Schmucksteine sind der Tod für chinesische ArbeiterInnen«, DA #182 (Juli/August 2007); »Tod durch Arbeit. Cadmium-Vergiftungen bei Elektrounternehmen in China«, DA #181 (Mai/Juni 2007); »Klassenkämpfe und Globalisierung. Beverly Silver über die weltweiten Klassenbewegungen seit 1870«, DA #161 (Januar/Februar 2004).

Literaturtipps:

Burkett, Paul und Hart-Landsberg, Martin: *China and Socialism. Market Reforms and Class Struggle*, Monthly Review Press, New York 2005.
Großer Widerspruch China, Argument-Verlag, Hamburg/Berlin 2006.
Lee, Ching Kwan: *Against the Law. Labour Protest in China's Rustbelt and Sunbelt*, University of California Press, Berkeley 2007.
Pun, Ngai: *Made in China. Women Workers in a Global Workplace*, Duke University Press, Hong Kong/London 2005.
Reeve, Charles und Xi Xuanwu: *Die Hölle auf Erden. Bürokratie, Zwangsarbeit und Business in China*, Edition Nautilus, Hamburg 2000.

provoziert Widerstand

– und wie es ihnen in dieser Rolle gefällt

Fesseln neuer Form

Die Bestandsaufnahme des chinesischen Wachstums und der Arbeits- und Lebensbedingungen der großen Masse der chinesischen Bevölkerung legt einen inneren Zusammenhang nahe. Tatsächlich ruhte Chinas Öffnung gegenüber kapitalistischen Märkten auf einer Transformation der Klassenverhältnisse in einem wesentlich von oben geführten Kampf.

Nach dem Tod Maos 1976 übernahmen mit Deng Xiaoping marktwirtschaftlich orientierte »Pragmatiker« das Ruder und leiteten eine Restaurierung privaten Eigentums in Stadt und Land ein. Zum Zwecke der Produktivkraftentwicklung sollten »alle Aspekte in der Beziehung zwischen Produktion und Überbau, die diesem Ziel im Wege stehen, [...] entscheidenden Veränderungen unterzogen werden.«[6]

Die Erneuerung und Modernisierung der staatlichen Produktionsanlagen machte v.a. eines erforderlich: Kapital. Um dieses aus aller Welt anzuziehen, sorgte die chinesische Führung dafür, dass ein neues Proletariat geschaffen wurde, welches die Rendite der Investoren erwirtschaften würde. Anders als später in Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion, schottete die chinesische Führung die staatliche Binnenwirtschaft zunächst ab und etablierte einen Laborkapitalismus: Chinesische Manager und Technokraten sollten in den Sonderwirtschaftszonen an der Küste kapitalistisches Wirtschaften erlernen. Tatsächlich jedoch lief die kapitalistische Dynamik der Küstenregionen der Zentrale mehr und mehr davon: Die lokale Verwaltung, ausländische Investoren (großteils Überseechinesen) und neuerstarkte Unternehmer verschmolzen zusehends zu einer Klasse von »Kader-Kapitalisten«[7], die sich die Schwebesituation zwischen Kommandowirtschaft und Kapitalismus zunutze machten. Dieser Prozess blieb allerdings nicht auf die Küstenregion beschränkt, da inländische Provinzen ihre Wirtschaft auf die Zulieferung in die Sonderwirtschaftszonen umstellten. Unter dem Deckmantel des Staats- und Kollektiveigentums schälten sich so in ganz China privatkapitalistische Produktionsverhältnisse heraus, und die Zentralverwaltung gab ihre Kompetenzen zunehmend an formale Gesetze ab – von denen in den letzten 25 Jahren so viele erlassen wurden wie nie zuvor. Das wesentliche Element dieses qualitativen Bruchs besteht aber in der Verschiebung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft auf Marktprozesse. Die städtische Arbeiterklasse erfuhr diesen Prozess seit den 1980er Jahren am eigenen Leib: Der direkt durch den Staat ausgeübte Arbeitszwang und die Zuteilung der zur Reproduktion notwendigen Über-Lebensmittel wichen zusehends dem bloßen Zwang, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, um das Überleben zu sichern. Gleichzeitig wurden auf dem Land die Agrarkollektive aufgelöst und den bäuerlichen Haushalten einzelne Parzellen zur privaten Bewirtschaftung übergeben. Im Gegensatz zur urbanen Kommodifizierung, dem Zur-Ware-Werden der Arbeit wurde die Rückkehr zur Privatwirtschaft vom Großteil der Bauern begrüßt, die jahrzehntelang unter der autoritären Fuchtel der Brigadeleiter gestanden hatten.

Bis in die späten 1980er Jahre wurden die Verantwortlichkeiten für die Produktion somit sukzessive von den zentralen und lokalen Planstellen zugunsten der einzelnen Betriebe verschoben – für ausländisch finanzierte Unternehmen und Jointventures galten und gelten ohnehin Sonderregelungen. Anfänglich äußerst starke reformkritische Stimmen innerhalb des Staatsapparates, die eine Rückkehr zum maoistischen Entwicklungsmodell forderten, wurden mit der Verschmelzung von Parteikadern und Kapitalisten ausgeschaltet. Die Bereicherung einzelner Parteimitglieder hat daher viel umfassendere Auswirkungen als das, was allgemein als Korruption verstanden wird: Unternehmertum und Staatsklasse werden eins. Seit 2002 ist die Mitgliedschaft von Kapitalisten in der KPCh legal und das Privateigentum dem Staatseigentum auch rechtlich gleichgestellt. Begleitet wird diese Entwicklung von einer Abkehr vom maoistischen »Klassenkampfismus« und der Stärkung patriotisch-nationalistischer Ideologien. Mit der wachsenden Autonomie der Unternehmer eine demokratische Erneuerung zu verbinden, ist und bleibt also ein bürgerliches Ammenmärchen.



... verdient keinen Respekt und kriegt ihn auch nicht [Foto© Poagao]

Hoffnungen – und Widersprüche

In dieser kapitalistischen Transformation, die nicht selten in Analogie zu Marx' »ursprünglicher Akkumulation« begriffen wird[8], nahm die chinesische Führung bewusst in Kauf, dass sich die Küstenregion schneller entwickelte als die Binnenregionen – und dass die Klassengegensätze dort in rasantem Tempo zunahmen. Tatsächlich erzielt das Kapital in den Sonderwirtschaftszonen nicht selten Mehrwertraten von 100%, indem den ArbeiterInnen der Lohn in Gänze vorenthalten wird. Dass diese Praxis zum Normalzustand werden konnte, liegt an der besonderen Einbettung des urban-industriellen Chinas in ein agrarisch-ländliches Umfeld. Denn nach wie vor erhält jede Familie mit ruralem hukou vom Staat eine Parzelle Land zur subsistenten Bewirtschaftung – wenn alle Stricke reißen, können migrantische ArbeiterInnen wieder in die Landwirtschaft zurückkehren und ihre Reproduktion nicht-warenförmig sichern.[9] Dies ist natürlich auch dem Kapital bekannt, und es wird bewusst kalkuliert, dass die Zurückhaltung der Löhne die Rückkehr der WanderarbeiterInnen in ihre Dörfer bewirkt, sodass Proteste und Prozesse gegen den Unternehmer nicht zustande kommen. So gesehen ist die Proletarisierung der chinesischen Bauern auf halber Strecke stehen geblieben, aber ermöglicht gerade dadurch eine beschleunigte Kapitalakkumulation. Nicht selten kommt es zum Schulterschluss zwischen Kapital und urbaner Arbeiterklasse auf Kosten der WanderarbeiterInnen. Beispielsweise erkaufen sich lokale Kaderkapitalisten in einer Kleinstadt im Umland von Shenzhen durch eine Gewinnbeteiligung die Loyalität der StädterInnen. Während diese entweder kleine Gewerbe eröffnen oder leitende Funktionen im Betrieb innehaben, wird der gesamte Profit von WanderarbeiterInnen – die 80% der Belegschaft stellen – erwirtschaftet: »Heute brauchen die Leute nichts weiter tun, als auf ihren Anteil an der Dividende am Jahresende zu warten.«[10]

In der chinesischen Leichtindustrie wiederum – der Produktion von Textilien, Spielzeug, elektronischem Gerät etc. – werden primär Frauen beschäftigt, denen ein noch geringerer Lohn als männlichen WanderarbeiterInnen gezahlt wird und die unter noch harscheren Arbeitsbedingungen, körperlichen Strafen und sexueller Gewalt leiden. Im Perlflussdelta, der Region, die Shenzhen mit dem globalen Markt verbindet, sind ca. 80% der Beschäftigten Frauen. Insgesamt ist der Anteil von Frauen unter den WanderarbeiterInnen mittlerweile auf fast 50% angestiegen. Trotz der unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Sonderwirtschaftszonen nehmen viele Wanderarbeiterinnen ihren Arbeitsaufenthalt in den Städten als eine Möglichkeit wahr, wenigstens temporär aus der Hierarchie und Enge des männlich dominierten ländlichen Haushalts auszubrechen.[11] Meist sind sie Anfang zwanzig und kehren zur Heirat in ihre Dörfer zurück – ein eigener Verdienst verspricht relative Unabhängigkeit vom Ehemann und eine gestärkte Position in der Familie.

Allgemein ist das Verhältnis von Agrar- und Industrieproduktion ein wichtiger Regulator von Arbeitsmigration und Klassenverhältnissen. So hat die Erhöhung der Agrarpreise 2004 die Position des Kapitals in einigen Regionen Guangdongs geschwächt, da die Verdienste aus der Landwirtschaft plötzlich über dem dortigen Lohnniveau lagen, sodass die Arbeitskräfte ausblieben. Die »erfolgreiche« Rückkehr von ArbeitsmigrantInnen hat hingegen Auswirkungen auf Ungleichheit und Klassenverhältnisse in deren ländlichen Heimatorten. Beispiele sind der Ankauf weiterer landwirtschaftlich nutzbarer Parzellen (legal seit Anfang der 1990er) oder die Gründung kleinerer Unternehmen, in denen ehemals gleichgestellte Nachbarn als LohnarbeiterInnen beschäftigt werden. Die chinesischen Klassenverhältnisse sind also im Kern geprägt von den Widersprüchen zwischen Stadt und Land, zwischen Stammbelegschaft und migrantischen ArbeiterInnen und zwischen den Geschlechtern.

Das wesentliche Element dieses qualitativen Bruchs besteht in der Verschiebung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft auf Marktprozesse

Potenzial für proletarische Offensive

Die Internationalisierung der chinesischen Wirtschaft und die Proletarisierung der Arbeiterschaft vollzogen sich in einem untrennbaren Wechselspiel. Ohne internationale Kapitalinvestitionen wäre eine Umstrukturierung der Produktion zwar nicht unmöglich gewesen, jedoch wesentlich langsamer verlaufen. Auf der anderen Seite bildete die Schaffung eines urbanen Proletariats und einer Klasse halb-proletarisierter Bauern-Arbeiter überhaupt erst die Basis für die Anziehung von Kapital und die Integration der chinesischen Produktion in globale Produktionsketten.

Diese Integration hat konsequenterweise Auswirkungen auf die Region Ostasien und die gesamte Weltwirtschaft. Chinas Entwicklungsmodell folgte dem der sogenannten asiatischen »Tigerstaaten« – Südkorea, Singapur, Hong Kong und Taiwan – hinsichtlich einer export-finanzierten Modernisierung und Ausbreitung von Marktstrukturen. Hatten letztgenannte ihren kapitalistischen Aufschwung ab Mitte der 1980er Jahre v.a. in Abhängigkeit von japanischem Kapital erlebt, trat China mit der Ausweitung seiner Sonderwirtschaftszonen konkurrierend neben diese. Während Japan sich die Tigerstaaten sowohl als Lieferanten billiger Arbeitskraft für hochtechnologische Produkte als auch als Absatzmärkte erschloss, verlagerten diese wiederum die Produktion einfacher, arbeitsintensiver Industriegüter nach China. Dessen Aufstieg zur Weltmanufaktur gründet sich nach wie vor auf eine ausgeprägte Re-Exportstruktur: Während die kapitalintensive Entwicklung und Produktion von Teilstücken im Ausland stattfindet, wird die arbeitsintensive Montage in einem zweiten Schritt auf dem chinesischen Festland vorgenommen und die fertigen Waren wieder exportiert – meist vollkommen zoll- und steuerfrei. So entfallen von dem gesamten Wertzuwachs, den ein Plastikglobus von den primären Rohstoffen bis zur Ladentheke durchmacht, nur ca. 4% auf die Fertigung in China.

Mit dem Einbruch der Exporte in den von der Asienkrise 1997/98 erfassten Staaten verlagerten sich ausländische Direktinvestionen, die zuvor in diese Regionen geflossen waren, zunehmend nach China. Den regionalen Kampf um Exportanteile konnte China damit zunehmend für sich entscheiden und fungiert als innerasiatischer Lohndrücker: Unternehmer in Südkorea, Taiwan, Thailand etc. sicherten ihre Profitabilität entweder durch Lohnsenkungen, Verlagerung der Produktion nach China oder gingen schlicht in Konkurs. Die Einbettung der chinesischen Wirtschaft in den globalen Kapitalismus verschärft somit den Druck auf andere Nationalökonomien – und China wird in seiner Rolle als führendes Billiglohnland seinerseits von Staaten wie Indien oder Vietnam bedroht.

So verstärkt sich innerhalb Chinas der Druck der profit-orientierten Produktion und überschattet die Einzelerfolge der Arbeiterkämpfe. Auch der Fall SL Group nahm letztlich kein Happy-End: Nach der Zurückweisung des Restrukturierungsplans durch die ArbeiterInnen wurden die finanziellen Nöte des Betriebs auf die Belegschaft abgewälzt, indem die Betriebsleitung Auszahlungsstopps für Löhne und Pensionen verhängte. Trotz der wachsenden Proteste und Streikbewegungen lässt sich also nicht leugnen, dass die chinesische Arbeiterbewegung vor enormen Schwierigkeiten steht. Konfrontiert mit einem der repressivsten politischen Systeme, gestaltet sich der Aufbau koordinierten Widerstands und autonomer ArbeiterInnen-Assoziationen äußerst schwierig. Nichtsdestotrotz besitzen die ArbeiterInnen in China wie nirgendwo sonst das Potenzial, das Kapital international in die Defensive zu drängen und der globalen Arbeiterbewegung den Rücken zu stärken.

Frido Wenten (BSy Berlin)

Fußnoten:

1) Feng, 2003 Feng, Chen: *Industrial Restructuring and Worker's Resistance in China*, in: Modern China, Jg. 29, Nr. 2 2003, S. 248.
2) Für Gesamtchina entfielen 2004 rund 70% der ADI auf Industrieanlagen (30386 Projekte), gefolgt von ca. 10%, die in Immobilien und Grundstücke investiert wurden.
3) Lee, Ching Kwan: *Against the Law. Labour Protest in China's Rustbelt and Sunbelt*, Berkeley 2007, 116.
4) Pun, Ngai: *Made in China. Women Factory Workers in a Global Workplace*, Hong Kong. London 2006, 24.
5) In Lee, Ching Kwan: *Against the Law*, a.a.O., 59.
6) Kommuniqué der Dritten Plenarsitzung des Elften Zentralkommittees der KPCh, 1978, in: Cho, Hyekyung: *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*, Münster 2005, 30.
7) So, Alvin Y.: *The State, Economic Development, and the Changing Pattern of Classes and Class Conflict in China*, www.sepi.org/modules/wfsection/article.php?articleid=8
8) vgl. Buck, Daniel und Richard Walker: *The Chinese Road*, in: New Left Review, Nr. 46, Juli/August 2007.
9) Dann allerdings auf niedrigstem Niveau: Die untersten zehn Prozent der ruralen Bevölkerung verdienen zwischen $12 und $145 im Jahr, gegenüber dem untersten urbanen Perzentil bedeutet dies eine Einkommensdisparität von 1:4,4 und gegenüber dem obersten urbanen Perzentil ein Verhältnis von 1:39!
10) Lokaler Kader über die urbanen BewohnerInnen des Verwaltungsbeszirks, in: Pun, Ngai: *Made in China. Women Factory Workers in a Global Workplace*, Hong Kong/ London 2005.
11) Überall dasselbe, vgl. zur europäischen Geschichte: »Mutti kocht und Vati schafft. Geschlechterverhältnisse im Spiegel der Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik«, DA #182



Nachtrag

Im Artikel »Rote Erde« in der letzten DA, über die gleichnamige, Anfang der 1980er Jahre ausgestrahlte Bergarbeitersaga, wurde bemängelt, diese sei kaum noch zu sehen und nur zum stolzen Preis von knapp 500 Euro beim WDR zu beziehen.

Als habe man sich an zuständiger Stelle diese Kritik zu Herzen genommen, ist die Serie nun ab dem 14. November auf fünf DVDs im Handel erhältlich, und zwar zum erschwinglicheren Preis von 40,95 Euro.

Neue Tonträger:

Brigada Flores Magon – Tout pour tous
Etwas später als ursprünglich geplant (vgl. DA 180), ist das neue Album erschienen, dafür enthält es neben 12 neuen, energetischen Songs eine DVD mit einem Konzertmitschnitt sowie Dokumaterial und (englisch untertitelte) Interviews mit der Band. Offizieller Release ist der 5. November.
Näheres unter www.brigadafloresmagon.org

The Nightwatchman – one man revolution
Die Solo-Scheibe von Tom Morello (Ex-Rage against the Machine und Ex-Audioslave) knüpft vom politischen her an alte RATM Zeiten an. Musikalisch ist es wohl eher AntiFolk.
www.nightwatchmanmusic.com

Hate the State Vol. II
Ein musikalisch vorzüglicher Sampler, der einen Querschnitt durch die libertäre Politpunk- und Ska-Szene bietet, mit Brigada Flores Magon, Brixton Cats, Obrint Pas, Jeunesse Apatride, Banda Bassotti, Patchanka usw.
www.fireandflames.com

Cartouche – je trahirai demain
Die Sängerin der französischen Anarchoband Kochise hat mit Leuten von Ya Basta und Brigada Flores Magon eine neue Band gegründet.
www.cartouche-le-blog.com

La Fraction – la vie revée
Die französische Anarcho-Punkband mit ihrem 3. Album. Im Vordergrund steht einmal mehr die phänomenale Stimme der Sängerin.
www.lafraction.org

Los Fastidios – Añejo 16 Años
Nach 16 Jahren Tour und unzähligen Alben hier die »Best of« der italienischen Streetpunk-Combo. Sehr empfehlenswert!
www.losfastidios.com

No Respect – Abschied
Eine der wenigen Anarchobands des deutschsprachigen Raumes werden sich im Frühjahr 2008 auflösen. Besucht noch eines ihrer letzten Konzerte.
www.norespect-skapunk.de

„Unsere Männer aber müssen aufgerüttelt werden..."

Texte des Syndikalistischen Frauenbundes neu aufgelegt

Der Syndikalistische Frauenbund (SFB) war seit 1921 die Organisation der Hausfrauen innerhalb der syndikalistischen Gewerkschaft Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD). Er war mit seinen bis zu 1.000 Mitgliedern (Berlin: 200) Ausdruck eines separaten Organisationswillens von Syndikalistinnen im Reproduktionsbereich, da in einer traditionellen Gewerkschaft lediglich in Lohnarbeit stehende Männer und Frauen Platz fanden. Die FAUD hatte gemäß ihrer Programmatik jedoch einen umfassenden gesamtgesellschaftlichen Anspruch, sodass folglich auch die spezifischen Angelegenheiten von Hausfrauen ihren eigenen Ausdruck finden mussten. Dazu zählten in besonderem Maße die Haushaltsführung, die Kindererziehung und darüber hinaus der Kampf um die Anerkennung dieser Arbeiten als gleichberechtigte Tätigkeiten neben der klassischen Lohnarbeit. Der Einsatz ging jedoch noch weiter und verlangte zudem die generelle Gleichstellung von Frau und Mann, sowie das Recht der Frau, eigenständig über ihr Wohlbefinden entscheiden zu können. In diesen Bereich fallen beispielsweise die Stichworte: Abtreibungsparagraphen 218-220, Sexualhygiene, Koch- und Nähkurse. Insgesamt war das Bewusstsein der syndikalistischen Frauen eingebettet in die Weltanschauung eines kommunistischen Anarchismus und eng verflochten mit dem syndikalistischen Gewerkschaftscharakter der FAUD.

So hatte die syndikalistische Frauenbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre ganz besondere Charakteristika, welche der bisherigen Forschung oftmals verschlossen blieben. Zum einen deshalb, weil die AutorInnen die Tiefe der Geschichte der syndikalistischen Bewegung nicht erfassten und zum anderen, weil sie von einer neofeministischen Sichtweise ausgehend bestimmte Eigenheiten der syndikalistischen Frauenbünde ignorierten. Diese Defizite wurden dann oberflächlich durch eindimensionale Erklärungsmuster kompensiert. Besonders stark äußert sich das neben anderen Fehlern im Beitrag zum syndikalistischen Frauenbund in Silke Lohschelders »Anarchafeminismus«, welches gemeinhin als Standardwerk zum Thema gilt. Aber erst aus dem sorgfältigen Quellenstudium werden die vielschichtigen und komplexen Hintergründe ersichtlich. Bis heute lässt sich feststellen, dass die syndikalistischen Frauen in ihrer Zeit die besten Analysen selber geliefert haben!



Den Frauen das Wort!

Was liegt also näher, als die Aktivistinnen der syndikalistischen Frauenbünde selber zu Wort kommen zu lassen? Siegbert Wolf hat sich die Mühe gemacht und eine Quellensammlung erstellt, welche nicht nur ihresgleichen sucht, sondern den syndikalistischen Frauenbund grobthematisch gegliedert in seinen Facetten wieder lebendig werden lässt. Dokumentiert sind die Prinzipienerklärung »Was will der syndikalistische Frauenbund?«, Texte aus den Zeitschriften »Der Frauen-Bund«, »Die schaffende Frau«, »Die Schöpfung« und »Der Syndikalist«, die Statuten des Berliner Frauenbundes, mehrere programmatische Artikel bekannter Aktivistinnen und, auf die lokale Ebene bezogen, zahlreiche Berichte, welche die konkreten Tätigkeiten und Bedingungen der einzelnen Ortsvereinigungen veranschaulichen. Themenbezogene Beiträge finden sich zu Kindererziehung, sozialen Kämpfen, politischen Anschauungen, Liebe, Sexualität, Geburtenkontrolle, Ehe, kulturellen Fragen, zu Personen der Zeitgeschichte wie Gandhi oder Rosa Sacco – insgesamt satte 58 Beiträge aus erster Hand! Es kommen auch tatsächlich die Protagonistinnen der Bewegung zu Wort wie Milly Witkop, Aimee Köster und Hertha Barwich. Letztere wurde in der bisherigen Forschung gerne unterschlagen, weil sie, die Geschäftsführerin des syndikalistischen Frauenbundes, mit neofeministischen Ansichten partout nicht konform gehen wollte und beispielsweise ihrem Stolz auf Mutterschaft und Haushalt deutlich Ausdruck verlieh und die Meinung vertrat, dass Männer im Haushalt nichts zu suchen hätten. Natürlich ist es aus heutiger Sicht schwierig, möglichst unbefangen an die Sache heranzugehen – nötig ist es dennoch, da vor jede Bewertung ein möglichst umfassendes Verstehenwollen gesetzt werden sollte, und das geht nur über das Quellenstudium.

Die einleitenden Worte

Entsprechend aufgeschlossen gehalten ist das Vorwort von Siegbert Wolf, welches die Hauptintentionen und Aktivitäten der Frauenbünde präzise hervorhebt, ohne vorschnell in einseitige Erklärungsmuster zu verfallen. Wolf schreibt nämlich nicht vornehmlich aus anderen Forschungsbeiträgen ab, sondern weist sich ausdrücklich durch Quellenkenntnis und -rezeption aus. Eine vortreffliche Auswahl an Sekundärliteratur ergänzt das Ganze. Nur so ist es ihm möglich, die Selbstkritik der syndikalistischen Frauen genauso wie deren Kritik an ihren männlichen Kameraden ausgewogen darzustellen. Wolf fasst den komplexen Stoff schließlich so zusammen: »Einig waren sich die Frauen im Syndikalistischen Frauenbund trotz autonomer Organisierung innerhalb der FAUD, dass die Befreiung der Menschen nur geschlechterübergreifend erreicht werden könnte. Das Prinzip des Klassenkampfes blieb allerdings auch bei ihnen unangetastet. Sie durchbrachen mitnichten geschlechtsspezifische Rollenordnungen, weil sie die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht bis an die Wurzeln patriarchaler Herrschaft zurückführten und soziale Eigenschaften – etwa die der ‚gefühlsbetonten' Frau und des ‚vernunftgesteuerten' Mannes – weiterhin jeweils den beiden Geschlechtern zuordneten.« Die Weigerung männlicher Syndikalisten, »patriarchale Rollenmuster zu hinterfragen und zu überwinden, trug zum Scheitern der syndikalistischen Frauenorganisation bei«, so Wolf weiter. Den Anspruch des Buches, »einen Eindruck [zu] vermitteln, wie lebendig die anarchosyndikalistische Frauenbewegung in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts agierte, und wie sich sozialrevolutionäre Frauen eine Symbiose aus Frauenbefreiung, Lösung der Geschlechterfrage und Anarchosyndikalismus vorstellen«, hat er vollauf eingelöst!





Antiquierter Stoff?

Allerdings hat sich wohl kein Teilbereich anarchosyndikalistischer Geschichte so überlebt wie ausgerechnet der syndikalistische Frauenbund, da sich nicht nur die Rahmenbedingungen insgesamt stark verändert haben (Hygiene, Wohnsituation, niedrigere Kinderzahl, kein inoffizieller Ehezwang, freiere Berufswahl etc.), sondern die moderne Frauenbewegung in den letzten 40 Jahren viel bewirkt hat. Die Frauen der syndikalistischen Nachkriegsbewegung haben sich daher auch nicht mit der Wiedergründung von Frauenbünden (über den Status von AGs hinaus) befasst und stattdessen mehr integrierend auf die Organisation gewirkt, beispielsweise die Prinzipienerklärung inhaltlich um die Geschlechterfrage erweitert. Sollte dies Buch Anlass dazu bieten, diese Auffassung, Frauen nicht in »Frauenbünden« mit dem Status eigenständiger Ortsvereinigungen innerhalb der FAU zu organisieren, einmal zu hinterfragen? Die historischen Vorbilder zeichnet Wolf so: »Der Radikalismus Milly Witkops, Aimee Kösters, Hertha Barwichs und der vielen Mitstreiterinnen des Syndikalistischen Frauenbundes zur Restrukturierung der Gesellschaft ohne Hierarchien und Herrschaft gründete auf einer Beschreibung der kapitalistisch-etatistischen Gesellschaft nicht nur als ein hierarchisches Klassensystem, sondern umfassender als ein soziales Gefüge, als eine Beziehung der Menschen untereinander. Für diese Frauen bedeutete eine revolutionäre Vision und Strategie, menschliches Leben in allen Bereichen der Gesellschaft – privat wie öffentlich – alltäglich zu verändern.« Das ist eine offene Frage, und die Erfahrungen konkreter Basisaktivitäten müssen beweisen, ob dieses historische Buch auch einmal einen sehr praktischen Nutzwert bekommen kann.

Schwächen im Buch

In einer Frage greift auch Wolf zu kurz, da er den gesamtorganisatorischen Zusammenhang in der Frage der eigenständigen Integration der SFB innerhalb der Bewegung nicht ausreichend thematisiert. Die nur zögerliche Eingliederung der Frauenbünde als eigenständige Ortsvereine und den Widerstand dagegen leitet der Großteil der bisherigen Forschung aus frauenfeindlichen Motiven ab und übersieht damit schwerwiegende organisationstechnische Ursachen, nämlich: Wie lassen sich Mitglieder außerhalb der Betriebe in einer Gewerkschaft organisieren, also nicht nur Frauen, sondern auch Jugendliche oder Erwerbslose? Nur wer dieser Frage intensiver nachgeht, kann angemessene Schlüsse ziehen. Siegbert Wolf fehlte der Platz dafür. Auch anderweitig war er gezwungen, sich in der Auswahl der Quellentexte kurz und präzise zu fassen. So kamen nur Frauen des SFB zu Wort, obwohl der SFB zahlreiche Beiträge nahestehender Frauen und Männer abdruckte und ausdrücklich guthieß. Kleinere, aber anschauliche Details hätten hingegen problemlos Platz gefunden, beispielsweise Angaben zur Größe der syndikalistischen Gesamtbewegung über den Frauenbund hinaus oder der Hinweis, dass die Schriftstellerin Etta Federn nicht nur im Berliner syndikalistischen Frauenbund organisiert war, sondern auch als erste Rathenau-Biographin in die Geschichte einging. Kleinere Verweise auf Nina Mardon oder Anni Geiger-Gog wären schön gewesen, genauso wie weitere Artikel von Milly Witkop, z.B. die Nachrufe auf Peter Kropotkin. Eine kurze biographische Skizze hätte Hertha Barwich verdient gehabt. Als Letztes: Eine Quellensammlung zieht ihren Hauptwert nicht nur aus der Tatsache, dass sie möglichst lebendig, weil zeitnah und authentisch angelegt ist, sondern auch aus dem Wunsch, mit ihr möglichst effektiv arbeiten können. Was die Repräsentativität angeht, ist inhaltlich nahezu alles abgedeckt. Fehlen tut hier lediglich das Protokoll über die »1. Reichskonferenz der syndikalistischen Frauen« von 1921. Das größte Manko ist dagegen das fehlende Namens-, Orts- und Organisationsregister! Ein Buch, dessen Inhalt zum Weiterverwerten über Generationen hinaus eine große Bedeutung besitzt, muss darauf zurückgreifenden SchreiberInnen oder ReferentInnen möglichst schnell jeden Zugang zu bestimmten Stellen ermöglichen. Dieser Verantwortung kann sich kein Verlag entziehen, ob er nun »Unrast« oder »Suhrkamp« heißt.

Diese Mängel wiegen mitnichten all die Vorzüge des Buches auf! Alle Leserinnen und Leser, welche die Thematik erschließen wollen, fangen am besten mit diesem Buch an, genauso wie alle diejenigen, die sich erstmal einen Überblick verschaffen oder diejenigen, welche einfach nur reinschnuppern wollen – für alle Motivationen ist dieses zudem handliche und gut gesetzte Werk hervorragend geeignet!

H. (FAU-Bremen)

Milly Witkop, Hertha Barwich, Aimee Köster u. a.:
Der Syndikalistische Frauenbund,
Unrast Verlag,
275 Seiten, 16 Euro,
ISBN 978-3-89771-915-6

Kampf um welche Freiheit?

Ein neuer Film über Leben und Tod des Sozialrevolutionärs Salvador Puig Antich



Salvador – Kampf um die Freiheit

Pariser Mai – Vietnamkrieg – Woodstock… Ende der 1960er Jahre befindet sich die Jugend der westlichen Welt in Aufruhr. Auch in Francos Spanien formiert sich der Protest der ArbeiterInnen, Jugendlichen und StudentInnen. Sie gehen auf die Straße und liefern sich Schlachten mit der Polizei. Einigen reicht das nicht. Sie wollen den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft aufnehmen. Zu ihnen gehört Salvador Puig Antich, genannt «Salva». Aus Frankreich werden verbotene Bücher ins Land geschmuggelt – und die ersten Waffen. Dann geht alles sehr schnell. Um Propagandamaterial zu finanzieren und autonome Arbeiterkämpfe zu unterstützen, werden Banken überfallen. Noch bilden libertäres Lebensgefühl und politische Aktion eine Einheit: Die Erstürmung einer Bank wird zum stampfenden Rhythmus von «Locomotive Breath» (Jethro Tull) geschnitten, eine Schießerei mit der Guardia Civil mit Dylanklängen untermalt. Doch die fröhliche Unbekümmertheit der ersten »Expropriationen« ist nicht von langer Dauer. Der Verfolgungsdruck wächst. Es kommt zu ersten Verhaftungen. Der Militärputsch in Chile wird zum Symbol für das Ende einer Epoche. Wenig später gerät Puig Antich in einen Hinterhalt und erschießt bei seiner Verhaftung – so jedenfalls die Darstellung des Filmes – im Handgemenge einen Polizisten.

So rasant der erste Teil des Films inszeniert ist, so quälend langsam schleppt sich der zweite Teil dahin. Das ist natürlich dramaturgische Absicht, um die Tristesse des Knastalltags, die Schäbigkeit und Niedertracht des franquistischen Justizapparates geradezu körperlich spürbar zu machen – bis zum »Höhepunkt«, der ebenso barbarischen wie makaberen Erdrosselung Puig Antichs durch die Garotte, als letzte Machtdemonstration eines maroden Regimes.

Das Dilemma des Kommerzkinos

»Salvador« ist jedoch kein politischer Film, sondern reines Gefühlskino. Politische Hintergründe spielen nur insofern eine Rolle, als sie dazu beitragen, Puig Antich zur Identifikationsfigur und zum Sympathieträger zu stilisieren, zum Märtyrer für eine gute Sache, wenn nicht zum Popstar der Revolte. Aus dem gleichen Grund bleiben die konkreten Ziele und Motive des historischen Salvador Puig Antich und des MIL (Movimiento Ibérico de Liberación/Iberische Befreiungsbewegung), der Gruppe, der er angehörte, weitestgehend ausgespart. Um Identifikation zu ermöglichen, muss die Filmfigur Puig Antich als leere Fläche erscheinen, auf die jede/r seine/ihre eigenen politischen Ideen projizieren kann. Puig Antich als Kämpfer für die »Freiheit« darzustellen (wie der deutsche Untertitel nahelegt), erfüllt diesen Zweck am besten, da der Freiheitsbegriffs ebenso positiv besetzt wie inhaltsleer ist.

Dies ist letztlich die Crux kommerzieller Kinoproduktionen. Um erfolgreich zu sein, d.h. ein möglichst großes Publikum zu erreichen, müssen alle kontroversen und polarisierenden Momente ausgeklammert werden. Um KatalanistInnen nicht zu verprellen, darf Puig Antich nicht als der poletarische Internationalist präsentiert werden, der er war. Um ihn als linke Ikone vereinnahmen zu können, muss die heftige Kritik des MIL am Bürokratismus und Autoritarismus der traditionellen Linksparteien und Gewerkschaften unterschlagen werden. Um Puig Antich schließlich mit dem bürgerlich-demokratischen Antifranquismus kompatibel zu machen, muss verschwiegen werden, dass die »bewaffnete Agitation« des MIL nicht nur auf den Sturz Francos abzielte, sondern darauf, die Arbeiterkämpfe der ausgehenden Franco-Ära zu einen allgemeinen antikapitalistischen Aufstand zu radikalisieren. Im Gegensatz dazu war die »demokratische Opposition« zu Beginn der 1970er Jahre längst dabei, sich mit dem franquistischen Establishment zu arrangieren, um den kapitalistischen Status Quo über Franco hinaus fortzuführen, weswegen sie die Aktionen des MIL als »Gangstertum« diffamierte und keinen Finger rührte, um Puig Antich zu retten.



Einen anderen filmischen Zugang, zumindest für alle, die ein wenig in Fremdsprachen bewandert sind, bietet der Dokumentarfilm «MIL» der Schweizerin Martina Loher Rodriguez, der im Wesentlichen auf Interviews mit Angehörigen der Familie Solé Sugranyes beruht, von der fünf Personen (Geschwister) seinerzeit an den Aktionen des MIL beteiligt waren; Oriol, der älteste Bruder und »Kopf« des MIL, war 1976, nach einem spektakulären Massenausbruch politischer Gefangener aus dem Knast von Segovia, von der Guardia Civil ermordet worden. Allerdings tendiert der Film allzu sehr dazu, den MIL zu einer Familiengeschichte zu reduzieren. Er kann als Stream auf der Homepage des schweizer Medienkollektivs «La Famille Digitale» betrachtet werden (ein Download ist in Vorbereitung).

MH

Ü-30-Punkrock with Attitude

Daddy Longleg: «Barricadas»

Es gibt im Wesentlichen drei Arten von Punk: Den Dosenbier-am-Bahnhof-Abhäng-Irokesen-Punk, den musikalischen Punk (drei Akkorde) und den politisch motivierten DIY (Do it yourself)-Punk. Die drei Kategorien können zusammenfallen, müssen es aber nicht.

Für eine gesellschaftsverändernde Perspektive ist nur die dritte Kategorie von Relevanz, denn wie die Menschen aussehen und welche Art von Musik sie bevorzugen, ist für eine emanzipatorische Bewegung vollkommen egal. Daddy Longleg sind zwar dem einen oder anderen Bier nicht abgeneigt und das, was sie musikalisch machen, gehört eindeutig in die Kategorie «Punk», aber bestimmend ist die dritte Kategorie: Daddy Longleg publizieren seit 17 Jahren ihre Platten auf dem Münsteraner DIY-Label «Falling Down Records» (stilecht mit schwarz-roter Fahne), hier ist alles, von vorne bis hinten, selber gemacht (okay, gepresst haben sie die Platten nicht selber…), die Texte sind selbstredend entsprechend: Es geht um Religionskritik, Zapatismus, Antikapitalismus, aber auch eine politische Band hat natürlich ihre persönlichen Dinge zu sagen.

Daddy Longleg sind ein Ausnahmephänomen. Denn die DIY-Szene ist kurzlebig. Die Aufnahme eines Studiums oder der Einstieg ins Berufsleben sind meist Gründe, das gemeinsame Bandprojekt zu beenden, manchmal kommen dann Neuzusammensetzungen und neue Bands zu Stande, aber wie viele DIY-Bands gibt es, die dem Prinzip des Selbermachens treu geblieben sind und über fast zwei Jahrzehnte – ohne auch nur eine personelle Umbesetzung – halten?

Das bringt eine gewisse Trägheit mit sich. Verstreut über Berlin, Köln, Münster und seit kurzem San Cristóbal de las Casas/Chiapas, beruflich eingebunden, findet man Daddy Longleg nur noch selten auf der Bühne. Und auch selten im Proberaum oder Studio: Seit der letzten Scheibe – «Todo para todos» (Alles für alle) mit den leider mittlerweile verblichenen «Petrograd» (Luxemburg) – sind fünf Jahre ins Land gegangen. Und wer sich so rar macht, ist in der DIY-Szene schnell vergessen. Als die letzte Platte erschien, waren potentielle neue Fans vielleicht gerade mal zwölf…

Darum muss ja auch eine Jubelrezension

her, auch wenn Rezensionen das Selber-Anhören nicht ersetzen können. Und eine Platte, die auf den Namen «Barricadas» hört, verdient auch ihren Platz in einer anarchosyndikalistischen Zeitung. Denn was man bei dem Titel bereits ahnt, bestätigt sich: Der Titel ist natürlich eine Anspielung auf die Hymne des Spanischen Revolution «A las Barricadas», und mit diesem Lied endet die Platte auch. Die Version ist kurz und auf den Punkt und m.E. eine der besten Neuinterpretationen des Klassikers. Wobei durch den eigenen neuen Song «Crime» mindestens ebenso viel anarchosyndikalistischer Geist weht: «Who the fuck know's what's going on/ who brings the food, the streets, the goods/ we are the workers, we know what's going on/ we should know how to organize». Deutlicher geht's kaum, und es ist nahezu überflüssig zu erwähnen, dass sich die Texte auch in einem entsprechenden Engagement wiederfinden…

«Barricadas» ist gleichzeitig eine neue Scheibe und eine Art «Best Off»-Retrospektive. Fünf der 11 Songs sind bereits auf anderen Platten erschienen, wurden allerdings für «Barricadas» neu eingespielt. «To Small» und «Blah» erschienen bereits 2000 auf der Split-Single Ladget vs. Daddy Longleg (Twisted Chors/ Ya Basta recordings/ Falling Down Records), die zapatistische Mitgröhlhymne (live bleibt spätestens beim gemeinsamen «Zapata vive – la Lucha sigue» dem Publikum die Stimme weg…) «Muerte al Poder» ist auf dem Antifa-Sampler «Turn it down» vertreten.

Der älteste Song aber ist «Satanás (returns)» eine Hommage an Slayer und gleichzeitig ein Song gegen jede Religion, eben auch den Satanismus, geschrieben 1992: Hier hört man der melodischen Punkband ihre Wurzeln im Thrash-Metal der 80er Jahre an.

Da die 10 Songs in 15 Jahren geschrieben wurden, bekommt «Barricadas» einen gewissen Samplercharakter. Stilistisch unterschiedlich und doch immer der Sound einer Band. Auch die neuen, bisher nirgendwo publizierten Songs sind innerhalb von 5 Jahren entstanden. Mein Favorit auf der Scheibe ist «Never ever», bestechend durch den Basssound. Kann man den ersten Teil dieses Songs noch leise hören und ihn als guten Rocksong verstehen, entwickelt er sich im zweiten Teil zu einer Hymne, die Lautstärke braucht und zum Mitsingen animiert.

Mitgröhlen,

Thrash-Metal, Wummerbass? Keine Angst, bei Daddy Longleg handelt es sich keineswegs um Hardcore-Gedresche, sondern im Gegenteil um eine versierte, meist sehr melodische Punkband. Für die härtere Fraktion sind eigentlich auf der Platte «Satanás» «Hatred« und «Muerte al Poder» reserviert – man kann den Stil fast am Titel ablesen, «Tristeza», «Some» und «Old Man» sind – na ja – die eher »ruhigen« Stücke.

Man muss beileibe keinen Punk mögen, um Anarchist oder Anarchosyndikalist zu sein. Aber man muss auch kein Punker sein, um Daddy Longleg zu mögen. Eigentlich kenne ich niemanden, der das Songwriting nicht mochte (nur an «Satanás» scheiden sich die Geister…). Wären Daddy Longleg nicht zwanzig Jahre etwas alt für die Teenie-Hip-Melody-Punk-Fraktion und nicht konsequent politisch und DIY, sie wären längst ein Fall für MTV und viva. So bleiben sie – dankenswerterweise – der klassische Fall der sympathischen Punkband von nebenan.

Teodor Webin



Salvador – Kampf um die Freiheit
(OT: Salvador Puig Antich), Spanien 2006, 129 min., Regie: Manuel Huerga; Schauspieler: Daniel Brühl, Tristán Ulloa u.a.

MIL, Martina Loher Rodriguez,
Schweiz 2006, 52 min., katalanisch/spanisch/französisch/schweizerdeutsch mit französischen Untertiteln

www.lafamilledigitale.org/mil.html

Probehören:
Ein »Barricadas«-Medley steht auf www.daddy-longleg.de nebst anderen, teilweise unveröffentlichten Songs zum Download zur Verfügung.

Bestellungen an:
Falling Down Records
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64 48153 Münster
<falling-down@gmx.de>
www.falling-down-records.de.ms

Die CD kostet 8 Euro (plus Porto, in der BRD 1,45), WiederverkäuferInnen erhalten 25 Prozent Rabatt.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.

Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.



Zur Durchsetzung unserer Ziele und -Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

„Der Kampf gegen den Faschismus…“

Des letzten Rätsels Lösung: Otto Rühle (1874—1943)

Otto Rühle wurde am 23.10.1874 im sächsischen Großvoigtberg geboren, ab 1896 organisierte er sich im Freidenkerverband und in der SPD – er arbeitete als Redakteur in verschiedenen Zeitungen. Im Jahre 1901 heiratete er Johanna Zacharias, und sie bekamen 1903 eine Tochter. In der Zeit vor dem 1. Weltkrieg arbeitete er als Wanderlehrer für den Zentralbildungsausschuss der SPD und hielt Vorträge über Volkswirtschaft, Marxismus und Erziehungsfragen. Ab 1912 saß er für die SPD im Reichstag und stimmte 1915 mit Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite. Von 1916 an saß er als Unabhängiger weiterhin im Reichstag und beteiligte sich am Aufbau des Spartakusbundes. Mit seiner Frau baute er das Kindererholungsheim »Waldpark« im sächsischen Mulda bei Freiberg auf. Während der Novemberrevolution 1918 war er einer der Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Dresden. Auf dem 1. Parteitag der KPD Anfang 1919 stellte er sich in der Frage der Wahlbeteiligung vehement gegen Rosa Luxemburg. Das Jahr 1920 war schicksalhaft für sein Leben, denn seine geliebte Frau verstarb, während ihn sein politischer Weg zum 2. Weltkongress der Kommunistischen Internationale führte, wo er sich gezwungen sah, vorzeitig abzureisen. Dafür nahm am 2. Parteitag der VKPD teil, welche aber dann doch zur rätekommunistischen KAPD. Im Jahr 1921 begründete er die rätekommunistische Gewerkschaft »Allgemeine Arbeiter Union (Einheitsorganisation)« AAU(E) in Pirna (Sachsen) mit. 1922 heiratete er nochmals, seine Frau Alice Rühle-Gerstel begleitete ihn bis zu seinem Tode. Gemeinsam gründeten sie den Verlag »Am anderen Ufer«, welcher sich mit proletarischen Erziehungsfragen beschäftigte. Immer stärker forderte er die Aufhebung der Trennung der politischen Organisation der Arbeiterbewegung in Parteien und Gewerkschaften. Somit entfernte er sich auch allmählich von der rätekommunistischen Bewegung und vollzog den Bruch endgültig 1925 – er näherte sich immer stärker dem Anarchismus und befreite somit auch das Räteprinzip von ideologischem Ballast. Im selben Jahr kam es zur Gründung der Dresdner »Marxistisch-individualpsychologischen Arbeitsgemeinschaft«. Ende 1932 blieben er und seine Frau nach einer Reise in Prag, und ihre Bibliothek in Dresden ging während der Bücherverbrennungen 1933 in Flammen auf. 1935 floh Rühle nach Mexiko, seine Frau folgte ihm ein Jahr später. Dort wurde er Berater des mexikanischen Erziehungsministeriums. Am 24.06.1943 starb Otto Rühle an Herzversagen, und seine Frau folgte ihm durch Freitod.



Felix Müller, ***Conrad Der Agitator (Otto Rühle spricht). 1920***

1939 hatte Otto Rühle eine seiner wichtigsten politischen Schriften verfasst, mit der er in schärfster Form mit dem Bolschewismus und Faschismus abrechnete. Unter dem Titel »Der Kampf gegen den Faschismus beginnt mit dem Kampf gegen den Bolschewismus« (1) fasste er alle seine politischen Erfahrungen zusammen. In neun Punkten formulierte er eine schonungslose Kritik – hier ein kleiner Auszug:

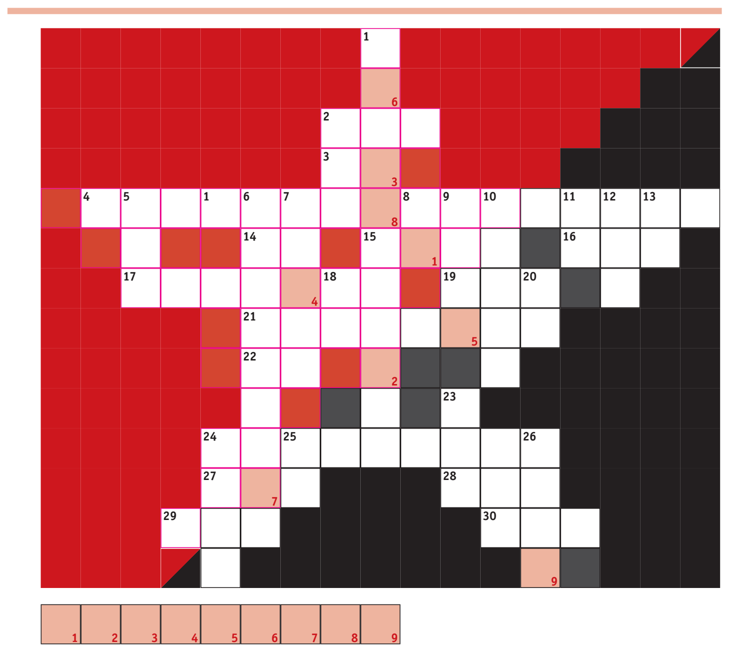
»Mit diesen neun Punkten ist nicht nur die tiefe Scheidelinie zwischen Bolschewismus und Sozialismus gezogen. Es ist auch die grundsätzlich bürgerliche Orientierung des Bolschewismus und seine unverkennbare, enge, ja engste Verwandtschaft mit dem Faschismus aufgezeigt. Nationalismus, autoritäres Prinzip, Zentralismus, Führerdiktatur, Machtpolitik, Gewalt- und Terrorsystem, mechanische Dynamik, bürgerliche Orientierung, Unfähigkeit zum Sozialismus – alle wesentlichen Charakterzüge des Faschismus sind in ihm schon vorhanden. Der Faschismus ist in ihm schon vorgedacht und vorgemacht. Er fand in ihm sein Modell, seinen Lehrmeister. Darum muss aller Kampf gegen den Faschismus mit dem Kampf gegen den Bolschewismus beginnen!«

Thomas Bruns FAU-IAA – A.M.S.E.L.

Hand&Fußnote:

(1) Den Text gibt es als Broschüre der AS-Flugschriftenreihe Heft 71 zum Herunterladen: http://projekte.free.de/fau-amsel/news.php

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 50



Hinweis zum Rätsel:

Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als »ss« geschrieben

Waagerecht

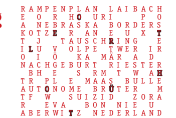
2. ein Bedürfnis oder eine Neigung der Menschen, eine Quelle unbeschreiblicher Freude und zahlreicher Komplexe, die im Kapitalismus außerdem zur Ware wird; man sagt, Kerls denken im Schnitt ca. alle 8 Minuten daran 3. englisch für mein/meine/meins 4. Ziel des Anarchosyndikalismus ist die auf ~ begründete Gesellschaft 14. Universität mit technisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt <Abk.> 15. eine kleine historische Anekdote: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wollten sich syndikalistisch orientierte AnarchistInnen in Litauen eine feste Organisationsform geben; aus landesspezifischen Gründen dachten sie an eine offiziell registrierte Gewerkschaft oder einen eingetragenen Verein, aber beides wurde von den Behörden verhindert; das Einzige, was durchgehen würde, sagte ihnen ein wohlmeinender Beamte, wäre die Gründung eines Gesangsvereins, und so hieß diese Gruppe dann folgerichtig: Anarchistischer ~ 16. eine der bedeutendsten englischen Rockbands der 1960er und 1970er Jahre: «The ~» 17. Schwung, Triebkraft 19. seit den 1950er Jahren hat die CIA systematisch Menschenversuche mit dieser Droge durchgeführt; es hält sich hartnäckig das Gerücht, dass das Beatles-Lied Lucy in the Sky with Diamonds eine Anspielung auf die gleiche Substanz darstellen soll 21. groß angelegte Offensive reaktionärer Kräfte, die viele erkämpfte Rechte und Errungenschaften zunichte macht <engl.> 22. chemisches Zeichen für ein mit dem Chlor verwandtes Element, bei gewöhnlicher Temperatur eine rotbraune Flüssigkeit 23. Kfz-Kennzeichen für Zittau 24. Tier oder Pflanze, das bzw. die Schaden zufügt 27. Typ von Kraftwerk; wenn alles gut läuft, hat man »nur« ein paar zehntausend Jahre lang Probleme mit den Abfällen <Abk.> 28. kambodschanischer Politiker (1928-98), Leiter eines kommunistisch-primitivistischen Bauernstaats: Pol ~ 29. aus der ersten Strophe des Liedes »Auf die Barrikaden«: Finstere Stürme durchtosen die Lüfte, dunkele Wolken versperren ~ die Sicht 30. heftiger Zorn

Senkrecht

1. das älteste nicht-kommerzielle Freie Radio in Deutschland, sendet seit 1977: Radio ~ 2. einer der Begriffe für die Schülervertretung an Schulen in Deutschland <Abk.> 5. feierliche Versicherung, die Wahrheit zu sagen und nichts zu verschweigen 6. Kaffeehauskette (Konzernsitz in den USA), die schon seit längerem wegen aggressiver Versuche, gewerkschaftliche Organisation seiner Angestellten zu unterbinden, in der Kritik steht; FAU-Ortsgruppen haben sich an verschiedenen Protestaktionen beteiligt 7. Geschwulst 8. Eiweiß auf der Zellmembran der roten Blutkörperchen; bei der Bezeichnung der Blutgruppe wird die Ausprägung dieses Faktors (»+« oder »-«) genannt <Abk.> 9. großes Stahlwerk und Stadt in Polen: Stalowa ~ 10. wichtigster Chronist der Machno-Bewegung, Vorname: Pjotr 11. die ersten zwei Buchstaben des englischen Wortes für »zwei« 12. Eule mit auffälligen Federohren 13. in dieser Himmelsrichtung geht es bspw. nach Finnland <Abk.> 18. Landeskürzel für Israel 20. Landeskürzel für Dänemark 23. offenes Format zur komprimierten Archivierung von Computerdateien <Abk.> 24. eine Person, die auf Demos und bei Aktionen erste Hilfe leistet und manchmal Leben rettet <linkes Jargonwort> 25. ein Zehntel eines Kilowatts <Abk.> 26. Zeile aus der Internationale: »Das Recht, wie ~ im Kraterherde, nun mit Macht zum Durchbruch dringt«

Wieder gibt es ein DA-Abo (6 Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig). Das letzte Kreuzworträtsel hat gewonnen: René M. aus Frankfurt/M.

Auflösung Nº 49





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU-Bielefeld
August-Bebel-Str. 16
33602 Bielefeld

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Bug: <da-bug@fau.org>
Globales: <da-globales@fau.org>
Hintergrund: <da-hintergrund@fau.org>
Kultur: <da-kultur@fau.org>
Zeitlupe: <da-zeitlupe@fau.org>
Schlußredaktion: <da-schlussredaktion@fau.org>

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstr. 28—30, 30167 – Hannover
ViSdP: Alexander Stricker
Druck: Union Druck Berlin
Redaktionsschluß DA #185: Mittwoch —> 12. Dezember